





004 **Editorial**

008 **Eine neue politische Praxis**

- 010 Eine neue Aktionsform:
Militante Untersuchung am Jobcenter Neukölln
- 013 Was ist eine Militante Untersuchung?
Ein Methodenkoffer
- 015 Innenansichten des Jobcenter Neukölln

020 **Gespräche**

- 022 Das Gleich-zu-Gleich-Gespräch. Eine Anleitung
- 026 Fragen zur Erwerbslosigkeit. Ein Sammelsurium
- 028 Auswertung der Gespräche. Erste Ergebnisse
- 033 Zusammen statt getrennt?
Das Konzept der Klassenzusammensetzung

042 **Institutionenanalyse**

- 044 Wut.Bürger.Arbeit.
Beschäftigungsindustrie und Bürgerarbeit
- 048 Wie im Hamsterrad?
Arbeitsbedingungen im Jobcenter Neukölln
- 050 Die Struktur des Jobcenters Neukölln. Eine Mindmap

054 **Organisierung**

- 056 Versammlung? Gegen das Jobcenter Neukölln!
- 057 Wir sind nicht allein. Fragen und Antworten für
Randnotizen – Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez
- 061 Vielleicht wird daraus ja mal wirklich was Gemeinsames.
Gespräch mit einer Aktivistin der Versammlung

066 **Interventionen**

068 Zu viel Ärger, zu wenig Wut? Interventionen

072 Bericht vom Aktionstag

074 Grundlagen des Solidarischen Begleitens.
Eine Anleitung

076 Tipps & Tricks im Umgang mit dem Jobcenter

082 **Perspektiven zuspitzen**

084 Vom (Euro)Mayday zur Militanten Untersuchung

088 Moderner Klassenkampf mit Fragebogen?
Untersuchungen auf der Berlinale und dem Mayday

094 Perspektiven zuspitzen! Soziale Kämpfe in der Krise

108 Aktionsformen im Überblick. Eine Tabelle

112 **Anhang**

114 Fragebogen. Vorläufige Version.

116 Einige Beratungsstellen für von Hartz IV Betroffene

118 Literatur zum Weiterlesen

119 Glossar

128 **Impressum**

**Ein Gespenst geht um:
In Nordafrika gestartet,
zieht es weiter,
erst nach Südeuropa
und dann bis in die USA -
Ein Gespenst der Empörung
und Revolte,
von Generalstreiks
und Protestversammlungen,
vom Verlangen
nach wirklicher Demokratie,
nach einem anderen Leben.**

6

Auch Deutschland hat das Gespenst nun zaghaft geschweift, ob es bleiben wird, ist noch offen. Denn während sich die deutsche Wirtschaft auf Kosten der europäischen Peripherie weiterhin zu stabilisieren versucht, holte sich die Bundesregierung die Milliarden für „systemwichtige“ Banken mit ihrem Kürzungspaket zunächst bei Erwerbslosen und Geringverdienenden zurück. Schuldenbremse, „Arbeitsmarktflexibilisierung“ und ein Absenken von Sozialleistungen – in Deutschland längst bekannt und durchgesetzt. Im Gegensatz zum beeindruckenden Widerstand der griechischen Bevölkerung und den bis vor kurzem kaum denkbaren Massenprotesten in Spanien und den Vereinigten Staaten scheint hier (bislang) noch vergleichsweise wenig (dauerhaft) in Bewegung zu geraten. Die ersten Krisenproteste 2009/2010 in der BRD unter dem Motto „Wir zahlen nicht für Eure Krise!“ waren zunächst nicht viel mehr als eine nette Idee. Infolge der Besetzung des „Liberty Plaza“

nahe der Wall Street haben sich allerdings auch hier Gruppen von „Empörten“ zusammengefunden, eine Demonstration, zu der Hunderte erwartet wurden, hatte überraschend für alle 10.000 Teilnehmer_innen. Ob die Bewegung auch in Deutschland Ausdauer haben wird, ist allerdings noch unklar. Wir hoffen es.

Den hiesigen Massenmedien zufolge sollen es neben den Griech_innen auch die Hartz IV- Empfänger_innen sein, die den Krisengewinnern auf der Tasche liegen würden. Zwar wissen wir, dass das Gegenteil der Fall ist. Doch was folgt daraus?

Nicht nur auf den öffentlichen Plätzen und in den Zeltlagern, auch an den Jobcentern findet jeden Tag eine soziale Auseinandersetzung statt, ein Kampf um Einkommen und Würde. Meist individualisiert und im Verborgenen wird auch hier um Lebensperspektiven und soziale Sicherheit gerungen - und nicht zuletzt um Respekt. Doch trotz der Massenproteste bei der Einführung von Hartz IV, erfolgreichen Zahltags-Aktionen und der kontinuierlichen Tätigkeit verschiedener Erwerbsloseninitiativen wird hier wenig Widerstand sichtbar, haben viele die Hoffnung auf Widerstand längst aufgegeben. Warum ist das so? - Und vor allem: Wie lässt sich das ändern?

Während die Gewerkschaften über Möglichkeiten diskutieren, sich mittels Organizing-Strategien wieder mit Leben zu füllen, sind viele unserer Freund_innen aus dem internationalen Mayday-Netzwerk dazu übergegangen, sich mit Militanten Untersuchungen und neuen Organisationsformen in soziale Auseinandersetzungen vor Ort einzumischen.

7

So haben auch wir eine Militante, also eingreifende und parteiische, Untersuchung begonnen. An einem geradezu typischen Ort, an dem soziale Unsicherheit und Entrechtung, also Prekarisierung, abgewickelt wird: Dem Jobcenter Neukölln. Die vorliegende Broschüre stellt dabei eine Zwischenauswertung dar. Wir berichten von unseren Erfahrungen mit Gesprächen und Aktionen, mit Institutionenanalyse und Versammlungen, mit Empörung, Enttäuschung und Widerstandsperspektiven. Wir wollen unsere Erfahrungen weitergeben und zur Diskussion stellen, weiter experimentieren und gemeinsam nach neuen Wegen suchen, wollen die Macht des Hartz IV-Regimes brechen.

Denn manchmal sind es die staatlichen Ämter, die die Menschen zusammen bringen und wo Widerstände entstehen.

Macht mit, macht's nach, macht's besser...!

FelS, November 2011





Eine neue politische Praxis

Drei Artikel, drei Zugänge: In diesem ersten Kapitel nähern wir uns aus ganz unterschiedlichen Perspektiven unserem Thema. Den Hintergrund der Militanten Untersuchung (MU) und eine kurze Darstellung der politischen Bedingungen im Feld Erwerbslosigkeit bietet der Artikel *Eine neue Aktionsform: Militante Untersuchung am Jobcenter Neukölln*. Er erklärt kurz, warum wir uns als FelS*-AG Soziale Kämpfe für ein Projekt zum Thema Militante Untersuchung und Organizing entschieden haben. Wer dazu weiter lesen will und sich insbesondere für das Projekt Mayday* interessiert, das in den letzten Jahren den Arbeitsschwerpunkt der AG bildete, findet im Kapitel *Perspektiven zuspitzen* einen ausführlicheren Artikel Vom (Euro)Mayday zur Militanten Untersuchung.

Der Artikel *Was ist eine Militante Untersuchung? Ein Methodenkoffer* bietet eine verständliche und kurze Einführung in die beiden zentralen Methoden, mit denen wir gearbeitet haben: Die Militante Untersuchung und das Community Organizing.

Der Artikel *Innenansichten des Jobcenter Neukölln* beschreibt abschließend mit Fakten und Zahlen die Situation am und im Jobcenter Neukölln. Der Text wurde bereits in den Randnotizen, einer Stadtzeitung, die sich besonders mit den Wohn- und Lebensverhältnissen im Schillerkiez in Neukölln auseinandersetzt, veröffentlicht. Hier werden die Relevanz sowie die Arbeitsweise des Jobcenters deutlich und gleichzeitig erste Widersprüche und Risse aufgedeckt. So wird ersichtlich, wo eine Militante Untersuchung am Jobcenter Neukölln ansetzen kann.

Eine neue Aktionsform

Militante Untersuchung am Jobcenter Neukölln

Am Beginn eines politischen Projekts steht meistens ein Ereignis: Eine Demo zu einem aktuellen Problem wird organisiert oder eine Aktion gegen einen Nazi-Infostand vorbereitet. Ein Thema steht im Raum und will bearbeitet werden: Also setzt sich eine Gruppe von Aktivist_innen zusammen und überlegt, was zu tun ist.

Mit der Militanten Untersuchung wollten wir den Spieß umdrehen. Nicht zu Ereignissen arbeiten, sondern diese selbst schaffen: Durch neue, experimentelle Aktionsformen soziale Missstände herausarbeiten und diese dabei politisieren. Was auf den ersten Blick womöglich nach Theoriegespinnst aus dem „roten“ Elfenbeinturm klingt, ergab sich sehr praktisch aus den Erfahrungen der Soziale Kämpfe AG von FeLS beim Mayday. Über mehrere Jahre waren wir Teil des Mayday-Bündnisses, das sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit prekären Arbeitsbedingungen und Lebenslagen auseinander gesetzt hat, und haben die Mayday-Paraden am 1. Mai in Berlin mitorganisiert. Diese Aktivitäten haben uns viel Spaß gemacht und wir sehen sie als einen Erfolg an: Insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Prekarität, aber auch das Verständnis, bei uns selbst anzufangen und Politik zu machen, die an alltäglichen Erfahrungen anknüpft, haben unser Verständnis von linksradikaler Politik erweitert.

12 Ein großes Ziel des Mayday-Prozesses sehen wir aber als nicht erreicht: Den Selbstorganisationsprozess anzustoßen, scheiterte. So fühlten sich viele von uns von den Vorbereitungen der jährlichen Parade und der Initiierung des Bündnisprozesses eher überlastet – unser Ziel war es aber, politische Strukturen zu schaffen, die auch ohne uns funktionieren würden. Daher haben wir uns aus dem Mayday zurückgezogen, um uns auf neue Art und Weise mit (Selbst-)Organisierung zu beschäftigen.

Als Konsequenz unserer Diskussion über Organisationsansätze und -perspektiven haben wir uns verstärkt mit den Konzepten des Community Organizing und der Militanten Untersuchung auseinander gesetzt.

Militante Untersuchung, das kann für die_den Leser_in, die_der sich nicht mit italienischen Kommunist_innen der sechziger Jahre beschäftigt, theorielastig wirken: Schreibblock und Megaphon, Untersuchung und Aktion - vielleicht sogar ein Widerspruch? Die Geschichte der Militanten Untersuchung ist aber sehr aktivistisch: Sie entstand aus einem Bruch von Aktivist_innen und Forscher_innen mit der Politik der Kommunistischen Partei Italiens. Die später als Operaismus bezeichnete Strömung sammelte sich um die Zeitung Quaderni Rossi (Rote Hefte) und beschäftigte sich wieder mit den konkreten Arbeits- und Lebens-

bedingungen der Arbeiterklasse, abseits von dem durch die Kommunistische Partei verordneten nationalen Produktivismus eines „italienischen Weges zum Sozialismus“. Sie gingen in die FIAT- und Olivetti-Fabriken und untersuchten die alltäglichen Arbeitsabläufe und die Widerstandsformen der Arbeiter_innen. Ein Resultat dieser „Untersuchungen“ war der Begriff der technischen, sowie der politischen Klassenzusammensetzung. Als Randnotiz sei an dieser Stelle noch vermerkt, dass eine Folge der damaligen Untersuchung – trotz erfolgreicher Streiks und Sabotagen – die Abwendung von der Fabrikarbeit und eine Hinwendung zu sozialpolitischen Themen war. Für uns ein Anreiz mehr, die Methode außerhalb der Fabrik und unter postfordistischen Bedingungen auszuprobieren. Ergänzend haben wir uns mit dem Konzept des Community Organizing beschäftigt: Saul Alinsky lieferte dazu in den USA ab den 40er Jahren einige bedeutende Beiträge. Das Ziel des Community Organizing ist, Bewohner_innen einer Community zu befähigen, für ihre eigenen Interessen zu kämpfen und die Macht zu entwickeln diese durchzusetzen. Bewusst grenzt sich der Ansatz von herkömmlicher, als bevormundend kritizierter Sozialarbeit ab. So antwortet ein Wahlspruch Alinskys auf die Frage „Welche Hilfe hast du mir anzubieten?“ - „Gar keine!“. Alinskys Ansatz betont die Wichtigkeit von Kommunikation für politischen Protest und beschreibt Methoden, durch Kommunikation Macht aufzubauen.

Nach viel gemeinsamen Lesen und Diskutieren sollte es endlich losgehen. Was wir aus der Beschäftigung mit den Theorien rund um Militante Untersuchung und Organizing gezogen haben? Folgenden Absatz schrieben wir Anfang 2010 für die FeIS-Homepage, der weiterhin als Ziel unseres Projekts gelten kann:

„Unser Anspruch war und ist, Untersuchungs- und Organisationsansatz zu kombinieren, um gesellschaftliche Bruchlinien und Ansatzpunkte eines sozialen Widerstands im Alltag aufzuspüren, um Möglichkeiten der Aktivierung und Organisation zu entwickeln. Wir wollen so einerseits Konflikte entdecken, ihre Dynamiken und neuralgischen Punkte, ihre Sprache und ihr antagonistisches Potenzial verstehen lernen und gleichzeitig versuchen, diese auszuweiten und aktiv an ihnen zu partizipieren.“

Eine Lehre aus unseren Aktivitäten rund um den Mayday und den Debatten über Prekarisierung war, dass wir einen gemeinsamen Ort brauchen. So haben auch wir uns, neben den Überlegungen zur Methode, die Frage gestellt wo, an welchem Ort wir mit unserer Militanten Untersuchung ansetzen wollen. Denn eines haben wir bei der Auswertung verschiedenster solcher Untersuchungs-Anläufe gelernt: Ohne einen konkreten Ort, ohne einen Ort der Intervention und einen Ort des Zusammenkommens, reproduzieren wir die Illusion eines nicht vorhandenen Ortes der Ausbeutung, der konstitutiv für die Klassenfragmentierung im Postfordismus ist.

Ein Jahr nach dem Startschuss ist klar, dass die Auseinandersetzung mit Methoden wesentlicher Bestandteil unseres Projekts geblieben ist. Sei es, um das Gespräch am Jobcenter als „aktivierende Befragung“ nach Alinsky zu üben, oder, um dem Mayday treu zu bleiben, Hartz IV als individualisierende, auch auf uns wirkende Herrschaftsform analysieren und bekämpfen zu können und nach den neuen Formen des Protestes zu suchen.

Die Einführung und Umsetzung der Hartz IV-Gesetze geht mit verschiedenen Phasen, Protestzyklen und -formen einher. So überraschten die Montagsdemos, selbstorganisierte Massenproteste gegen die Einführung von Hartz IV 2004, viele linke Aktivist_innen kaum weniger als die Regierung selbst. Als der größte Abbau sozialer Rechte in der Geschichte der BRD schließlich 2005 umgesetzt wurde, blockierten im Rahmen der Kampagne Agenturschluss tausende von Menschen die jetzt „Jobcenter“ genannten Arbeits- und Sozialämter. In mehreren Städten blieb es nicht dabei: Viele neu entstandene Initiativen setzen den Protest mit Zahntag-Aktionen fort, besetzen ihre Jobcenter, um z.B. die Auszahlung fälliger Leistungen durchzusetzen. Nicht selten mit Erfolg.

Es existieren eine Vielzahl unabhängiger Erwerbsloseninitiativen und Beratungsstellen, Angebote wie das Erwerbslosenfrühstück zum Austausch und Begleitungen als praktische Solidarität. Manche Initiativen wie die Arbeitslosen Selbsthilfe Oldenburg (ALSO) gehen dabei noch auf die Jobber_inneninitiativen der sozialrevolutionären Linken der 80er Jahre zurück. Andere entstanden erst recht spät, wie zum Einen die Initiative *Keine/r muss allein zum Amt!**, die mit unserer Beteiligung Anfang 2009 entstand und versucht hat, eine sich selbst tragende solidarische Alltagsstruktur zu schaffen, oder zum Anderen das Erwerbslosenzentrum im Berliner Stadtteil Wedding, das gerade erst entstanden ist. Und doch haben nicht erst die leider geringen Proteste gegen das Sparpaket der Bundesregierung, die Ende 2010 vor dem Bundestag stattfanden, gezeigt, dass Kürzungen bei Erwerbslosen derzeit ohne nennenswerten Widerstand durchsetzbar sind. Viele Erwerbslose und Linke scheinen resigniert. Die Hoffnung auf Kämpfe im und gegen das Hartz IV-Regime ist gering. Die Abwertung von Erwerbslosen durch Politik, Medien und Bekanntenkreis, durch Arbeitsethos und bewusste Spaltung in diejenigen, die noch in Lohnarbeit sind und diejenigen, die in dieser Hinsicht „überflüssig“ sind, scheinen selbstbewusste Kämpfe unmöglich zu machen. Wie können „wir Erwerbslose“ – verstanden als direkt und indirekt Betroffene des Hartz IV-Regimes, was auch die prekären Erwerbstätigen und „Aufstocker_innen“ umfasst – eine gemeinsame Bewegung werden, wenn sich kaum jemand als „wir Erwerbslose“ identifizieren will? Wo finden sich Gemeinsamkeiten, wenn wir alle als individualisierte „Fälle“ verwaltet werden?

Um diese Fragen zu beantworten, stellen wir Fragen. Wir fragen am Jobcenter „Aufstocker_innen“ und Erwerbslose sowie Prekäre um uns herum. In der Krise ist das Hartz IV-Regime schon seit der Einführung. Die Angestellten sind

überlastet, die „Fallzahlen“ hoch und die Regierung hatte den Leuten nicht zugetraut, ihre Rechte so zahlreich auf diesem Amt durchzusetzen. Die Klage- welle gegen die oftmals rechtswidrigen Bescheide reißt nicht ab. Es rumort in den Jobcentern. Von den Betroffenen wird der Ärger oft in sich hinein gefressen, manchmal wird er auch zur Wut. Im Gegensatz zu linken Aktivist_innen der 70er, die in ihnen oft fremde Fabriken gingen um sich dort an Organisation und Untersuchungen zu beteiligen, gehört das Jobcenter heute für viele von uns zu unserer Lebensrealität. Es geht um Würde, Respekt und soziale Rechte. Denn wir erwarten mehr vom Leben als Scheißjobs und Hartz IV-Anträge.

Was ist eine Militante Untersuchung? Ein Methodenkoffer

Karl Marx entwarf 1880 einen „Fragebogen für Arbeiter“. Dieser sollte einerseits der Analyse der Klassenverhältnisse dienen, andererseits die Reflexion der Befragten über ihre Situation befördern und ihre Organisation unterstützen. Eine eingreifende Untersuchung also, nicht der vermeintlichen Objektivität der Wissenschaft verpflichtet, sondern der Parteilichkeit im sozialen Konflikt; gewissermaßen Klassenkampf mit Fragebogen.

► Militante Untersuchung

Darauf aufbauend organisierten italienische Marxist_innen 1960/61 bei FIAT in Turin eine Con-ricerca (Mit-Untersuchung) und entdeckten dabei „unsichtbare“ Widerstandsformen der Arbeitenden: Von der unerlaubten Pause bis zur Sabotage. Während andere marxistische Strömungen sich darum sorgten, dem Proletariat ein Klassenbewusstsein quasi einzutrichern, interessierten sich diese Aktivist_innen für die eigenen Ideen und Verhaltensweisen der Beschäftigten. Mit der Untersuchungsmethode verbunden war die „Entdeckung“ der Subjektivität, der Bedürfnisse nach einem anderen Leben, die mit Lohnerhöhungen und gewerkschaftlicher Vertretung alleine kaum zu befriedigen waren. Der FIAT-Mythos von der modernen Fabrik war geknackt. Es rumorte unter dem Dach, unter den scheinbar unpolitischen Leuten, die die kapitalistische „Entwicklung“ zu Anhängseln der Maschinen degradiert hatte.

Im Zuge der Veränderung der Arbeitsverhältnisse werden Militanten Untersuchungen heute in verschiedenen Bereichen durchgeführt. Militant bedeutet im internationalen Sprachgebrauch entschieden für etwas einzustehen, die Untersuchung ist hier also eine parteiische, eine eingreifende. Vor dem Hintergrund der individuellen Erfahrung zunehmend unsicherer Lebens- und Arbeitsbedingungen ist dieser Ansatz wieder ein interessanter Ausgangspunkt geworden, den Alltag zu erforschen und darin nach einem Gemeinsamen zu suchen,

das als Ausgangspunkt für Forderungen und Kämpfe dienen kann. Beispiele hierfür sind die Suche nach Gemeinsamkeiten angesichts der Vielfalt von Formen prekärer Beschäftigung aus feministischer Perspektive durch die Gruppe Precarias a la Deriva in Madrid oder eine Untersuchung mit Call-Center-Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen: Die Gruppe kolinko wollte dort die konkreten Formen der Ausbeutung analysieren, Diskussionen und Selbstorganisation befördern. International finden gerade im Umfeld des Mayday-Netzwerkes verschiedene Befragungsprojekte statt.

► Organizing

Von dieser Tradition ausgehend haben wir uns auch mit Methoden des Organizing beschäftigt. Diese werden momentan vor allem als Erneuerungsstrategie in den Gewerkschaften ausprobiert. Viele dieser Methoden kommen jedoch aus Erfahrungen mit der Organisierung von Stadtteilen und können auch jenseits von Gewerkschaften hilfreich sein. Ein wichtiger Stichwortgeber war dabei der Community-Organizer Saul Alinsky, der daran glaubte, dass Gesellschaft sich dadurch verändert, dass unterschiedliche Menschen miteinander kommunizieren, ein gemeinsames Programm entwickeln und es gemeinsam durchsetzen. Die Erfahrung der Ohnmacht gegenüber dem scheinbaren Sachzwang der kapitalistischen Realität kann so gebrochen und Macht, verstanden als die Fähigkeit zu handeln, gemeinsam aufgebaut werden. Im Organizing wird statt „Militante Untersuchung“ der Begriff „Aktivierende Befragung“ benutzt. Da Erwerbslose am Jobcenter aber mit einer ständigen „Aktivierung“ konfrontiert werden, war dieses Wort dort kaum zu gebrauchen. Wohl aber das Gesprächsschema, das in einem Dreischritt versucht, Probleme und als ungerecht empfundene Zustände herauszufinden, die Empörung darüber in eine Hoffnung zu überführen, dass diese Veränderung möglich ist und schließlich gemeinsam eine Aktion zu entwickeln und durchzuführen, die sich das zum Ziel nimmt (siehe Artikel *Das Gleich-zu-Gleich-Gespräch. Eine Anleitung*). Daneben haben wir auch andere Methoden – wie Mapping zur Veranschaulichung und Analyse der Institution und Versammlungen – benutzt, die im Organizing wie auch in anderen Befragungsprojekten vorkommen.

16

Insgesamt betrachten wir die vielfältigen Erfahrungen in eingreifenden Untersuchungen als eine Art Werkzeugkasten, aus dem wir Methoden entnehmen, die wir neu kombinieren und mit denen wir experimentieren. Die vorliegende Broschüre stellt dabei eine Zwischenauswertung dar. Wir hoffen, dass sie andere ermutigt, sich eigene Werkzeugkästen zu bauen und sich selbst im Klassenkampf mit und ohne Fragebogen auszuprobieren.

Innenansichten des Jobcenter Neukölln

Viele in Neukölln haben ein Problem damit. Lange Wartezeiten, Unterlagen verschwinden, Geld auf dem Konto - Fehlanzeige, falsche Bescheide, die Mitarbeiter_innen des Jobcenters wirken mit unfreundlichem und barschem Ton alles andere als vertrauenswürdig. Betroffene erwarten Hilfe und werden diszipliniert oder gleich sanktioniert. Von der Armut und Ausgrenzung als Hartz IV-Bezieher_innen ganz zu schweigen.

► Zahlen und Fakten

Im Jahre 2009 betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote in Neukölln 21%. Es gab im März 2010 in Neukölln 40.420 Bedarfsgemeinschaften mit 78.415 Personen. 85% der migrantischen Erwerbslosen haben keine Berufsausbildung, insgesamt sind es bei den über 25jährigen Jobcenterkund_innen 65,4%.

Wohin sollen sie integriert werden? In den Niedriglohnssektor und in prekäre Beschäftigung? Aber selbst dort wird oftmals eine Qualifikation verlangt. Entsteht hier ein Heer der Überflüssigen?

Das Jobcenter teilt die Erwerbslosen dementsprechend in arbeitsmarktnahe und -ferne Personen ein. Am 17.8.2009 wurde ein „Vier Phasen Modell der Integrationsarbeit“ eingeführt. Es gibt danach sechs Profillagen: Marktprofil, Aktivierungsprofil, Förderprofil, Entwicklungsprofil, Stabilisierungsprofil und Unterstützungsprofil. Die ersten drei Profile seien integrationsnah, das sind 27,5% der Erwerbslosen. Sie werden vermittelt, erhalten Einstiegsgeld, berufliche Weiterbildung oder müssen in Trainingsmaßnahmen. Im März 2010 gab es ganze 12 „Eintritte“ ins Einstiegsgeld für Selbständige. Von den Verantwortlichen im Bezirk wird das oftmals damit begründet, dass man mit den Erwerbslosen in Neukölln vom „Intellekt her nichts anfangen könne“.

Die letzten drei Profillagen gelten als integrationsferner, das sind 69,7% der Erwerbslosen. Sie erhalten Arbeitsgelegenheiten oder Beschäftigungszuschüsse. Im März 2010 gab es 1.722 MAE-Plätze (Ein-Euro-Jobs) und 252 Maßnahmen in der Entgeltvariante. Von Januar bis März 2010 wurden in Neukölln insgesamt 13.875 Teilnehmer_innen an verschiedene Beschäftigungsträger vermittelt.

34 % der „Kunden“ des Jobcenters waren im Jahre 2009 Langzeitarbeitslose. Ihnen will sich das Jobcenter besonders „widmen“. Jede_r soll ein Angebot erhalten. Es werden „konkrete Kundenlisten“ erstellt. Ein Konzept zur „gezielten Bearbeitung dieses Kundenstammes“ wird erarbeitet. Da kann man auf einiges gefasst sein. Eine andere Zielgruppe sind große Bedarfsgemeinschaften (mehr als 4 Personen). Sie werden gezielt in Maßnahmen gesteckt, meistens in Maßnahmen in der Entgeltvariante. Damit sollen die ALG II-Zahlungen gesenkt werden, das dient aber auch der „zielgerichteten Betreuung der Familien mit mehreren Kindern“. Auch die Neukund_innen sollen sofort aktiviert werden.

► Während die „Kunden“ aktiviert werden sollen, arbeiten die Jobcentermitarbeiter_innen schleppend.

Im März 2010 lagen 676 Neuansprüche und 2.347 Fortzahlungsansprüche noch auf der Halde, d.h. sie wiesen einen Bearbeitungsrückstand auf. Monatlich gehen 1.553 Widersprüche im Jobcenter Neukölln ein, im März 2010 gab es noch 5.096 unerledigte Widersprüche. In einer Bürger_innenfragestunde wurde auch darauf verwiesen, dass der Jobcenterchef Tack nicht ausschließen könne, dass Unterlagen verschwinden. Monatlich würden ca. 40.000 Poststücke eingehen, es könne „nicht ausgeschlossen werden, dass vereinzelt Poststücke in Akten wandern, ohne bearbeitet worden zu sein. Insoweit könnte der Vorwurf durchaus berechtigt sein, dass eine geringe Anzahl von Sendungen tatsächlich abhanden kommt“. Ob diese Anzahl wirklich so gering ist, darf bezweifelt werden.

► Auch bei den Mitarbeiter_innen läuft vieles nicht rund

Das Chaos im Jobcenter Neukölln – aber auch in anderen Jobcentern in Berlin – ist eng verknüpft mit der prekären Situation vieler Jobcentermitarbeiter_innen, denn eine große Anzahl arbeitet mit Zeitarbeitsverträgen, andere sind Opfer der Privatisierungspolitik von ehemals Post und Telekom. Unter jenen Mitarbeiter_innen, die befristet arbeiten, herrscht Unsicherheit. Diese Jobcenter-Beschäftigten stehen unter Druck. Der Krankenstand unter ihnen ist sehr hoch. Laut Vorgabe des Arbeitsministeriums soll ein_e Beschäftigte_r 170 Fälle bearbeiten. Die Realität sieht anders aus: Oft müssen mehr als 300 Fälle bearbeitet werden. Häufig sind auch ehemalige Hartz IV-Bezieher_innen mit 12 Wochen Umschulung zeitlich befristet beschäftigt. Auch Hartz IV-Zeitverträge können entfristet werden. Von 100 Zeitverträgen dürfen aber nur 20 entfristet werden, das gibt die zuständige Nürnberger Behörde vor. Ergänzt wird das Personal im Jobcenter Neukölln durch Menschen, die in der so genannten Entgeltvariante arbeiten. Diese sind in der Poststelle, wo sie Briefe sortieren, die Post hin- und herbringen. Sie machen begleitende Sachen, sind aber keine Sachbearbeiter. Die Qualifikation ist sehr unterschiedlich. Viele jener, die arbeitslos waren und dann Mitarbeiter_innen wurden, haben einen Hochschulabschluss. Außerdem kommen Mitarbeiter_innen aus dem zentralen Stellenpool der Verwaltung oft ohne ausreichende Kenntnisse an das Jobcenter.

18

► Auch bei der Miete soll gespart werden

Da Berlin mit dem Bund und Bundesrechnungshof wegen der Kosten der Unterkunft Ärger hatte, soll die Stadt in einem Jahr eine Million Euro bei diesen Kosten sparen. So fordert auch das Jobcenter Neukölln Hartz IV-Bezieher_innen auf, die Kosten der Unterkunft zu senken. Besonders problematisch ist das im Reuterkiez, der sich in der Anfangsphase der Gentrifizierung befindet. Das heißt, immer mehr besser zahlende Künstler_innen und Studierende

ziehen nach „Kreuzkölln“, die Mieten steigen und arme Mieter_innen werden verdrängt. Es gab 2009 ca. 600-650 Zwangsumzüge in Neukölln. Oftmals setzen die Vermieter_innen die Mieten aber auch nach dem Hartz IV-Satz an (378 Euro beträgt die angemessene Miete für einen Single) und fordern dann horrenden Nachzahlungen für die Nebenkosten. Gerade die hohen Nachzahlungen bringen viele Betroffene ins Taumeln. Als letzte Rettung bleiben Wohnungen im geschützten Marktsegment, allerdings gibt es keine in Neukölln, sondern im Plattenbau in Marzahn und Hellersdorf.

► **Auch auf die Jugendlichen hat es das Jobcenter abgesehen**

Das Jobcenter Neukölln hat es insbesondere auf die Jugendlichen unter 25 abgesehen. Was die „Kontaktdichte“ des Jobcenter Neukölln mit den Jugendlichen betrifft, lag das Jobcenter im Juli 2009 an 1. Stelle. 24,3% der jungen Erwerbslosen haben keinen Hauptschulabschluss und 80,4% sind ohne Berufsausbildung. Den Jugendlichen eine gewünschte Ausbildung zu ermöglichen, wäre ja eine gute Sache, aber meistens werden ihnen Aktivierungsmaßnahmen ohne jegliche Perspektive aufgedrückt, mit dem einzigen Ziel „strukturierter Tagesablauf“. Manchmal fahren Mitarbeiter_innen der freien Träger, die diese Aktivierungsmaßnahmen durchführen, zu den Jugendlichen nach Hause, um sie abzuholen.

► **Mangelnde Auskünfte**

Über erfolgte Sanktionen gibt es in Neukölln keine Zahlen! Auch über den Ermittlungsdienst gibt es vom Jobcenter keine Auskunft! Vor 2-3 Jahren soll Neukölln 5 Sozialschnüffler gehabt haben. Eine Liste von Beschäftigungsträgern und freien Trägern, die Ein-Euro-Jobber in Neukölln einsetzen, gibt es nicht. Das unterliege dem Datenschutz. Mit den Maßnahmen (MAE, Entgeltvariante) wird in Neukölln vor allem die kommunale Infrastruktur aufrechterhalten. Viele reguläre Jobs wurden abgebaut. Es wurde so gekürzt, dass ein Hausmeister heute 10 Schulen zu betreuen hat, das schafft er nicht mehr. Die Hausmeistergehilfen auf MAE-Basis machen also die Arbeit, die notwendig ist. Die MAE-Kräfte müssen die Lücken, hervorgerufen durch die Einsparungen, füllen. Trotzdem wird der öffentliche Dienst weiter abgebaut. In Neukölln wurde wegen der Sparauflagen das Grünflächenamt aufgelöst, es gibt nur noch ca. 8 Mitarbeiter_innen, die Aufsichtsaufgaben haben. Der Stadtbezirk Neukölln muss in erster Linie die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben, z.B. Hilfe zur Pflege, gewährleisten. Darüber hinaus wird kaum noch Geld verteilt. Es verdienen nur die Beschäftigungsträger an der neuen Armut.

19

Aus dem Sozialausschuss: Die Anzahl der Schuldner_innen im Bezirk Neukölln betrug im Jahr 2009 ca. 42.600 Personen, die insgesamt in einer Größenordnung von über 59 Millionen Euro verschuldet waren.

Warteraum 1

Team 645

Team 642

Preisträger:
Sachbearbeiter
des Monat

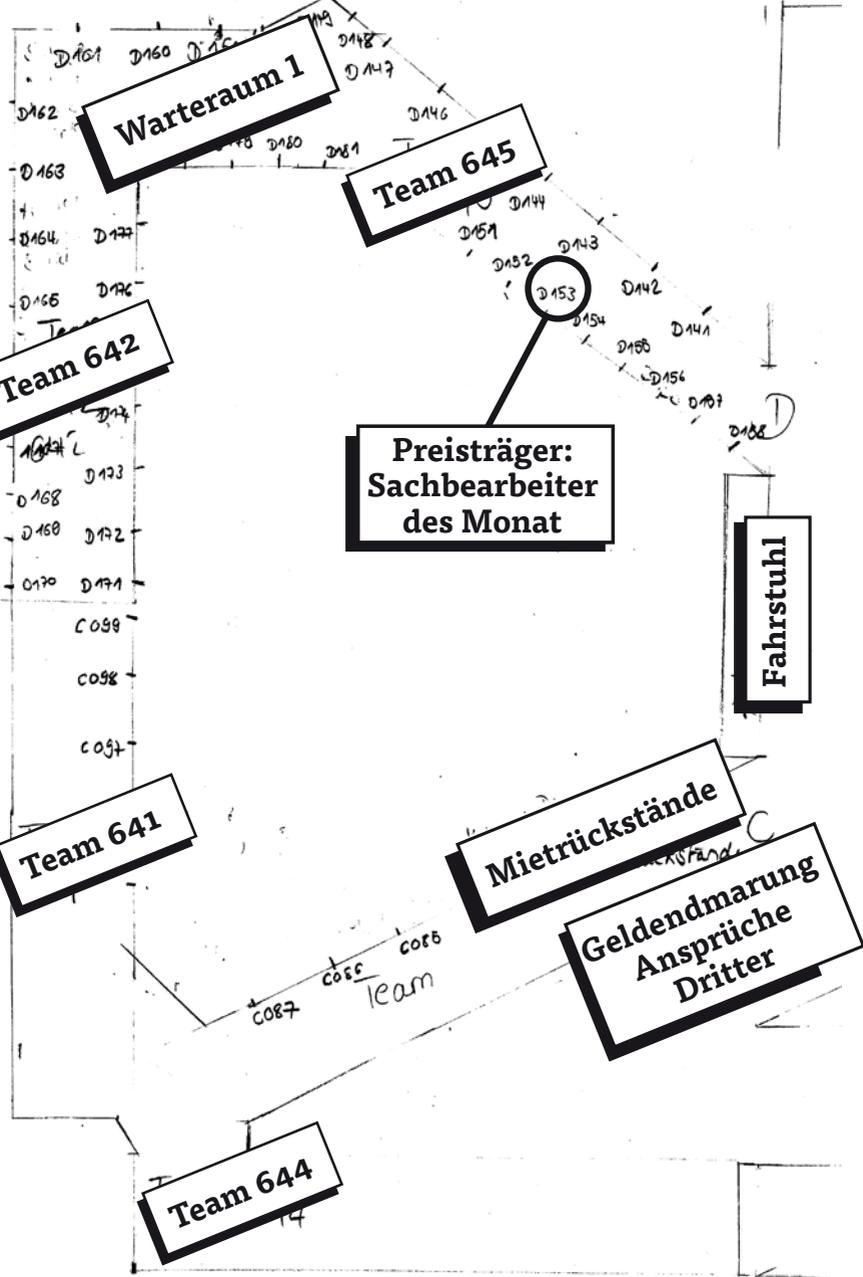
Fahrstuhl

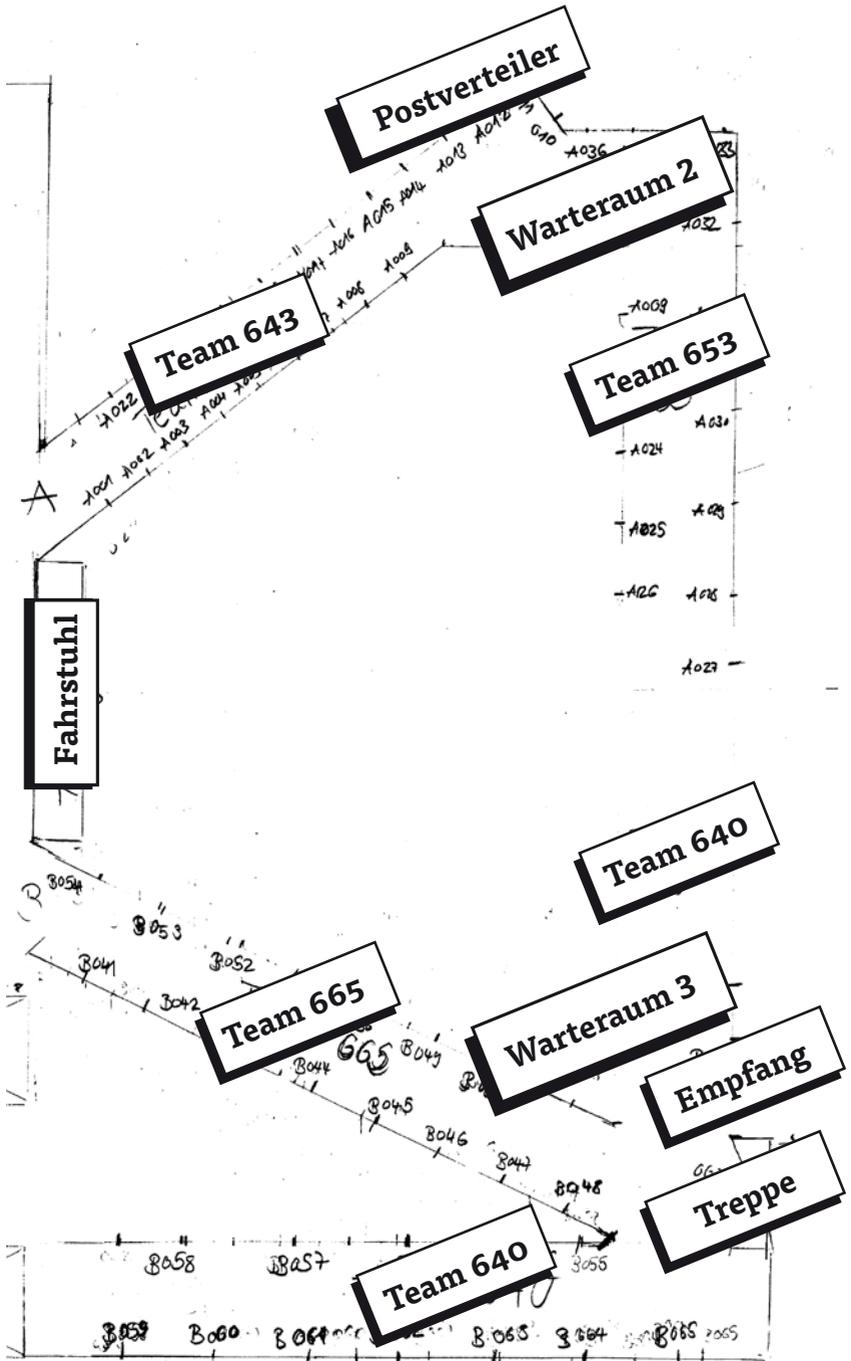
Team 641

Mietrückstände

Geldendmarung
Ansprüche
Dritter

Team 644





Innenansicht des vierten Stockwerkes, Jobcenter Neukölln

Gespräche

Mit Menschen über Prekarisierung im Allgemeinen und die Erfahrungen am Jobcenter Neukölln im Konkreten ins Gespräch zu kommen, ist wesentlicher Teil des Projekts Militante Untersuchung am Jobcenter Neukölln. Durch die Gespräche können wir ein Verständnis über Missstände am Jobcenter entwickeln, die uns gemeinsam betreffen und gemeinsame Handlungsperspektiven erzeugen. Häufig haben wir erlebt, dass wir durch die Gespräche und den Austausch erst zum Nachdenken darüber angeregt werden, wo wir eigentlich „drin stecken“ – und ob wir das so wollen. Sie sind der erste Schritt, uns zu organisieren und Praxen zu kollektivieren, die Hartz IV-Bezieher_innen bisher vereinzelt angewendet haben, um ihre Rechte durchzusetzen. Solche Gespräche sollten noch häufiger geführt werden, und jede_r kann sie führen. Der Text *Das Gleich-zu-Gleich-Gespräch. Eine Anleitung* beschreibt, wie wir unsere Gespräche geführt haben. Die *Fragen zur Erwerbslosigkeit. Ein Sammelsurium* stellen wir uns und den Menschen, denen wir am Job Center begegnen. In den beiden Texten *Eine Auswertung der Gespräche. Erste Ergebnisse* und *Zusammen statt getrennt? Klassenzusammensetzung am Jobcenter Neukölln* halten wir fest, was wir durch unsere Gespräche bisher über die Erfahrungen der Menschen am Jobcenter Neukölln gesammelt haben und wie dieses Wissen für eine Organisation nützlich gemacht werden kann.

Das Gleich-zu-Gleich Gespräch.

Eine Anleitung

Das Gleich-zu-Gleich Gespräch ist ein Kurzgespräch, das aus dem Organizing stammt und hervorragend vor dem Jobcenter wie auch mit kleinen Variationen für andere Zwecke, z.B. gegenseitige Befragungen in Workshops, anwendbar ist. Es hat sich für eine Kontaktaufnahme und zum Informationsgewinn als sehr geeignet erwiesen und kann durch ausführlichere Gespräche in einer gemüthlicheren Atmosphäre ergänzt werden. Einladungen zu solchen Gesprächen, Versammlungen oder ähnlichem können auch durch G-z-G Gespräche vermittelt werden.

► **Grundmuster: Wut, Hoffnung, Aktion**

Wir wollen herausfinden, was die Leute wütend macht, wo und wie sie Hoffnung auf Veränderung haben, was sie dafür bereits tun oder tun wollen/können. Meist eher kurze Gespräche werden ohne festen Fragebogen (wohl aber mit möglichen Nachfragen im Kopf!) geführt und orientieren sich an Fragen wie: Welche Probleme hast du hier? Was tust du dagegen? Hast du damit erreicht, was du wolltest? Geht es anderen ähnlich? Was könnte man sonst noch tun? Tauscht du dich mit anderen über diese Lösungen aus...? Wut-Hoffnung-Aktion (WHA) wird auch als Organisierungskreislauf bezeichnet, also eine Art Grundschema für untersuchende und organisierende Projekte.

24 ► **Mögliche Vorstellung**

„Hallo, kann ich dir ein paar Fragen stellen? Ich bin Anna, wir sind Teil der Initiative *Zusammen! Gegen das Jobcenter*. Wir wollen wissen, was die Probleme hier sind, und was wir gemeinsam tun können, um unsere Rechte durchzusetzen...“. Die Vorstellung sollte kurz und verständlich sein. Wir machen transparent, dass wir engagierte Betroffene sind, kein Forschungsinstitut oder ein kommerzieller Anbieter von Dienstleistungen. Damit verbunden ist die Organisierungs- und Konfliktbotschaft.

► **Message**

Unsere Botschaften sind Widerständigkeit und Organisierung. Wir sind organisiert, das macht uns handlungsfähiger und keineswegs unsympathisch oder unindividuell. Die Gesprächspartner_innen sind es vielleicht auch, auch wenn sie es nicht so nennen. Organisierung hilft, um sich gegenseitig unterstützen zu können. Es geht nicht um Service, sondern um Selbstorganisation. Wir bieten keine fertige Lösung an, sondern „nur“ die Bereitschaft, uns mit ihnen und anderen organisieren zu wollen, um gemeinsam unsere Rechte besser durchzusetzen.

Dabei haben wir keinen Apparat im Rücken, der Bekanntheit und Ressourcen zur Verfügung stellen würde. Wir bieten jedoch unsere Eigenaktivität und Kontakte und appellieren an die der Befragten.

► **Anliegen**

Uns interessiert besonders, was die Anliegen (Issues) sind, um die Konflikte existieren oder entstehen können. Die Gesprächspartner_innen kennen sie oder Teile davon, behandeln sie aber meist wie individuelle Probleme. Unser Ziel muss sein, daraus eine Art gemeinsame Agenda zu entwickeln, gemeinsame Ziele, die wir dann durchsetzen wollen. Bei Anliegen ist es wichtig, dass diese den Leuten wirklich auf den Nägeln brennen, sie wütend machen. Es sollten viele Leute davon betroffen sein, eine positive Veränderung sollte auf erreichbarer Ebene durchsetzbar sein, z.B. der lokalen Leitung des Jobcenters.

► **Praktiken**

Wir wollen herausfinden, welche widerständigen, kollektiven, oder überhaupt nur auf Rechte beharrende Praktiken bereits angewandt werden oder auch bekannt sind und wie sie eingeschätzt werden. Wie gehen die Leute mit den Zumutungen des Jobcenters um. Wo suchen Sie Unterstützung? Vertrauen sie eher auf juristische Strategien oder auf halblegales Durchmogeln? Spielen sie „Musterschüler_in“ oder „Querulant_in“? Reden sie mit anderen darüber? Haben sie Ideen für kollektive Aktionen? Welche Erfahrungen haben sie gemacht? Wir wollen diese sammeln, auswerten und weitertragen.

► **70:30 Regel**

Die befragende Person spricht 30% der Zeit, die Befragte 70%. Die befragende Person macht sich selbst als aktive Betroffene transparent, auch bei nicht Erwerbslosen, da wir einen „breiten Klassenbegriff“ transportieren wollen. Sie konzentriert sich aber vor allem auf das W-H-A* Schema und versucht, möglichst viel vom Gegenüber zu erfahren. Zu den Aufgaben der befragenden Person gehören: aktives Zuhören, Wiedergeben des Verstandenen und schließlich Festlegen auf eine gemeinsame Absprache oder Verabredung.

► **Offene Fragen**

Es handelt sich um eine Untersuchung, nicht um Frontalunterricht. Menschen werden nicht aktiv, nur weil man ihnen die richtigen Argumente liefert. Statt dessen wollen wir ihre wirklichen Anliegen herausfinden und gemeinsam nach Handlungsmöglichkeiten suchen. Daher sind offene Fragen wichtig, wir wollen den Raum öffnen, damit uns die Probleme geschildert werden. Um die angesprochenen Probleme genauer zu besprechen und Details der Auseinandersetzung zu erfahren, haken wir mit Fragen zur Vertiefung nach. Dabei wollen wir

mehr über die geschilderten Abläufe erfahren, vor allem aber auch, wie es den Gesprächspartner_innen dabei geht und wie sie damit umgehen.

► **Kontakte/Organisieren**

Wir laden die Leute zur Versammlung ein und bitten sie deshalb um Kontaktdaten. Wir treffen uns dort, um über Probleme und Strategien zu sprechen. Wichtig ist, die Betroffenen vor allem auch deshalb einzuladen, damit sie ihre Fähigkeiten und Erfahrungen anderen weitergeben können. Zudem ist es zentral zu vermitteln: „Wir müssen alle etwas tun, damit sich die Situation ändert, gerade du bist wichtig dafür“. Zu diesen Zweck sammeln wir Telefonnummern und E-Mail Adressen, um Leute vor und nach Treffen, Veranstaltungen usw. kontaktieren zu können.

► **Notizen**

Einige von uns haben bei den Gesprächen gute Erfahrungen damit gesammelt, mit einem Notizblock in der Hand mitzuschreiben. Dadurch wird den Gesprächspartner_innen nicht nur transparent gemacht, dass und wie mitgeschrieben wird, sondern auch, dass die genannten Informationen anonym gesammelt und für gemeinsame Auswertungen und Aktionen genutzt werden sollen. Andere haben bessere Erfahrungen damit gesammelt, während des Gesprächs nur zuzuhören und im Anschluss alles Wesentliche aufzuschreiben. Dadurch wirkt das Gespräch ungezwungener und eine Zusammenfassung wird leichter. Bei beiden Methoden können Details oder interessante Zitate verloren gehen. Um dies zu vermeiden, eignet sich im Einzelfall und mit vorheriger Zusage der Gesprächspartner_innen eine Aufnahme mit Diktiergerät.

26

► **Rechtfertigungsstrategien**

Wie rechtfertigen die Leute ihre Situation und die Welt um sich herum? Wie wird die herrschende Ideologie in den Subjekten verinnerlicht? Wie wird fehlende Aktivität und fehlende Solidarisierung mit anderen gerechtfertigt? Welche Abgrenzungen werden gezogen? Wir wollen das „analytisch“ wissen und gleichzeitig bearbeiten, aber nicht nur durch theoretische Ideologiekritik, sondern auch durch praktische: über die Perspektive Solidarisierung-Organisation. Die Subjektposition und eigene Wahrnehmung der Gesprächspartner_innen wird dabei Ernst genommen, ihr Eigeninteresse ist wichtig und legitim, und auch für unser Interesse an Kollektivierung enorm wichtig. Rassistischen und sexistischen Aussagen müssen wir dabei aber grundsätzlich bedingungslos widersprechen.

► **„Realist Hope“**

Um Hoffnung auf Veränderung zu wecken, ist es wichtig Ideen reinzugeben, vor allem aber abzufragen: „Wie meinst du das durchsetzen zu können? Was könnten

wir machen?“. Wir können keine Erfolge versprechen, aber die Möglichkeit, gemeinsam mehr erreichen zu können. Diese Hoffnung ist mit unserer Organisationsbotschaft verbunden, aber auch mit Beispielen, von Leuten, die gerade hier ihre Ansprüche durchgesetzt haben, und von erfolgreichen Zahltag Aktionen in anderen Städten. Entgegen der oft vorhandenen Resignation wollen wir zeigen, dass das Jobcenter nicht allmächtig ist – bzw. diese Erfahrungen aus den Gesprächspartner_innen herausholen.

► „Produktive Ignoranz“

In den Gesprächen kommen nicht selten Dinge zur Sprache, durch die überraschende Gemeinsamkeiten hergestellt werden können. „Produktive Ignoranz“ meint dieses Zustandekommen vermeintlich einfacher Weisheiten im Gleich-zu-Gleich Gespräche. Schon deswegen sollten wir keine Scheu vor den Menschen haben. Derartige Gespräche sind für die meisten Leute erstmal eher ungewohnt und sicherlich werden wir bei Gesprächen aufgrund von Äußerlichkeiten leicht in irgendwelche Schubladen gesteckt. Doch wir können mit unserem Vorhaben offen umgehen und nach Begegnungen suchen. Bei allen Unterschieden haben wir dabei mehr gemeinsam als man denkt. Wir sind schließlich alle Menschen, wir atmen, verlieben uns und regen uns mal auf, sind alle irgendwie von Prekarisierung betroffen und vieles mehr. Dabei machen wir unsere eigene Situation transparent.

► Problemorientierte Auswertung

Welche Anliegen und Praktiken wurden genannt? Wie wurden sie wahrgenommen? Welche Kontakte haben wir bekommen? Wie schätzen wir Möglichkeiten für Organisation bzw. weitere Zusammenarbeit ein („Rating“)? Welche Rechtfertigungsstrategien sind uns aufgefallen? Welche Ideen für weitere Aktionen oder Ansprechpartner_innen haben wir bekommen? Das alles sammeln wir und kommen bei den nächsten Untersuchungs- und Organisierungsschritten darauf zurück.

Fragen zur Erwerbslosigkeit. Ein Sammelsurium

Fragen, die in Gleich-zu-Gleich-Gesprächen am Jobcenter oder auch in längeren Gesprächen gestellt werden können:

► Gespräche vorm Job Center:

Wieso musstest du/bist du/warst du heute beim Jobcenter?

.....
.....

Wie lange hat dein Besuch gedauert?

Wie lange musstest du warten?

.....
.....

Wie oft bist du/musst du zum Jobcenter

.....
.....

War dein_e Sachbearbeiter_in auf deinen Fall vorbereitet?

Ist sie_er auf deinen Fall eingegangen?

Hat sie_er Verständnis bzw. Entgegenkommen gezeigt?

Wie verstehst du dich mit deiner_deinem Sachbearbeiter_in?

.....
.....

28

Wie verlief das Gespräch?

Hat der_die Sachbearbeiter_in bei der Lösung der Probleme geholfen?

Welche konkreten Problem gibt es bei dir beim Bezug von Hartz IV?

Fühlst du dich ungerecht behandelt von deiner_deinem Sachbearbeiter_in?

.....
.....

Sind dir die Leistungen schon mal gekürzt worden? Warum?

Wie bist du in der Zeit über die Runden gekommen?

.....
.....

Setzt du dich bei Problemen zur Wehr? Wie?

Wo siehst du dabei Möglichkeiten und Chancen?

Welche Möglichkeiten siehst du, um Probleme mit dem Amt/Hartz IV zu bewältigen?

.....
.....

► Zu Erwerbslosigkeit allgemein:

Was bedeutet es für dich erwerbslos zu sein?

.....
.....

Was bedeutet Arbeit für dich?

.....
.....

Was denkst du über Hartz IV?

.....
.....

Reicht dein Geld? Wird dein Geld am Ende des Monats knapp?

.....
.....

Was bedeutet ein „schönes Leben“ für dich?

.....
.....

Fordert dich das Jobcenter? Fördert dich das Jobcenter?

Was forderst du?

.....
.....

Was willst du beim/vom JobCenter?

.....
.....

Wie fühlst du dich beim Gang zum Amt?

Wie fühlst du dich nach dem Gang zum Amt?

.....
.....

Glaubst du, demnächst einen Job zu finden?

Möchtest du das überhaupt?

.....
.....

Wie lange bist du erwerbslos?

Warum/Wie bist du erwerbslos geworden?

Wie bist du ALG I/II Bezieher_in geworden?

.....
.....
.....
.....
.....

Eine Auswertung der Gespräche.

Erste Ergebnisse

„Wo drückt der Schuh am Jobcenter Neukölln? Wie setzen sich die Kund_innen bei Problemen zur Wehr? Wie können wir individuelle Praxen kollektivieren und die institutionelle Krise des Jobcenters herbeiführen?“

waren Fragen, mit denen wir im Mai 2010 begannen, vor das Jobcenter zu gehen und mit Menschen Gespräche zu führen, die gerade Termine mit ihren Sachbearbeiter_innen in der Vermittlungs- und Leistungsabteilung hatten oder Anträge und Unterlagen abgegeben haben. Mit dem Ziel, herauszufinden, was das Hartz IV-Regime ganz konkret im Alltäglichen bedeutet, gemeinsame Praxen zu entwickeln und Gegenmacht aufzubauen, sprachen wir die sogenannten Kund_innen an – bei ihrer Zigarettenpause, beim Heraus- und Hineingehen. Wir luden sie ein, zu Erwerbslosenversammlungen zu kommen, um sich mit anderen auszutauschen, gemeinsame Aktionen zu planen und die eigenen Rechte durchzusetzen.

30

Anders als vielleicht bei einer Untersuchung zu erwarten wäre, hatten wir keinen vorgefertigten Fragebogen, sondern jede_r ihre_seine eigene Weise, die Leute anzusprechen. Denn keine empirisch valide Studie, sondern Austausch über gemeinsame Erfahrungen und Widerstandsstrategien und Organisierung standen im Vordergrund unserer Gespräche. Bevor wir anfangen, wöchentlich am Jobcenter präsent zu sein, haben wir uns in gegenseitigen Befragungen auf unsere eigenen Verstrickungen in das Hartz IV-Regime hin selbst untersucht. Diese Selbstuntersuchung sahen wir als Teil der Militanten Untersuchung, jenseits einer Trennung von Hartz IV-Betroffen- oder Hartz IV-Nicht-Betroffensein.

Die Gespräche, die wir am Jobcenter geführt haben, gaben Aufschluss darüber, welches die gemeinsamen Probleme der vielen Leute sind, die völlig individualisiert „beschäftigt“ gehalten werden und die entlang von Zuschreibungen und Stereotypisierungen unterschiedlich behandelt werden. In ihnen wurden die Verarbeitungsmechanismen einzelner unter den Bedingungen von Entrechtung und Disziplinierung deutlich und nicht zuletzt erfuhren wir von den Widerstandsstrategien, mit denen sich unsere Gesprächspartner_innen den alltäglichen Schikanen widersetzen.

► Issues

Bei der Auswertung der Gespräche zeigte sich, dass bestimmte Probleme immer wieder genannt wurden. Am häufigsten betraf dies die Bereiche Mehraufwandsentschädigungen (MAE, auch: Ein-Euro-Jobs), Probleme mit der Höhe

und bei der Überweisung von Regelsatz und Mieten, lange Wartezeiten und die insgesamt intransparente Behördenstruktur. Zusätzlich wurden oft rassistische Diskriminierung und eine infantilisierende Behandlung benannt, aber auch fehlende Rücksichtnahme auf die familiäre Situation und auf chronische Krankheiten, denen meist mit Simulationsverdacht begegnet wurde.

„MAE, das ist auch so ‘n Quatsch.“

MAEs wurden häufig als sinnlos empfunden, sowohl was die Arbeit selbst als auch was die Perspektive zum Ergattern einer regulären Stelle betrifft. Darüber hinaus wurde beklagt, dass die eigenen Präferenzen keine Rolle spielen würden, die Maßnahme wurde von einigen auch als reines Schikaneinstrument empfunden. Auch fehlende arbeitsrechtliche Standards wurden als Problem benannt. Ein Extrembeispiel ist ein Betroffener, der bleibende Schäden durch einen Arbeitsunfall, während einer MAE, davontrug und nicht haftpflichtversichert war. Auch gab es ein Beispiel für Kooperationen des Jobcenters mit Firmen, die dann keinen Lohn zahlten.

„...weil ich aufgrund des Jobcenters meine Wohnung verloren hab. Die haben meine Miete verkehrt überwiesen; nach Nürnberg und ich hab davon nichts gewusst.“

Auch mit der Überweisung des Geldes gab es sehr häufig Probleme. So wurde sehr oft das Geld zu spät überwiesen. Auch übernimmt das Jobcenter oft nur einen Teil der Miete und spart dann beispielsweise die Stromkosten aus. So entstehen bei Betroffenen nicht selten Mietschulden, die dann im schlimmsten Fall zu Obdachlosigkeit führen. Grundsätzlich wurde insbesondere von Alleinerziehenden auch beklagt, dass der Regelsatz schlichtweg viel zu niedrig ist, um davon leben zu können.

31

„Man ist ‘ne Nummer.“

Die intransparente Struktur des Jobcenters wurde ebenfalls als Problem empfunden. Die Zuständigkeiten waren den Befragten oft nicht klar, insbesondere im Hinblick darauf, dass kurz zuvor erst die Zusammenlegung verschiedener kleinerer Jobcenter zum jetzigen Jobcenter Neukölln stattgefunden hatte. So fehle oft ein_e verbindliche_r Ansprechpartner_in. Von vielen wird die Behandlung, die ihnen am Jobcenter zukommt, allgemein als entwürdigend und infantilisierend beschrieben. Ein „Kunde“ formulierte es so: Er fühle sich vorgeführt, „als ob er 12 oder 13 wäre, und das mit 43 Jahren“.

Ein oft genanntes Thema waren auch die langen Wartezeiten. Diese wurden von vielen als entmündigend empfunden, so als würde das Jobcenter frei über die eigene Lebenszeit verfügen. Im Hintergrund stehe die Unterstellung, als Erwerbslose_r „habe man ja eh nichts Wichtiges zu tun“.

„Bei Migranten machen die einen auf Ausländerdeutsch.“

Bei Menschen mit zugeschriebenem Migrationshintergrund kommt oft rassistische Diskriminierung hinzu. So fühlten sich einige Befragte einer demütigenden Sonderbehandlung unterworfen, so wurde ihnen beispielsweise pauschal Unkenntnis der deutschen Sprache unterstellt.

In anderen Fällen wurde insbesondere von Menschen mit begrenzten Deutschkenntnissen die Amtssprache als überfordernd empfunden. Diese Unsicherheit werde wiederum von den Sachbearbeiter_innen gezielt ausgenutzt, die Abläufe verkompliziert darstellten. In einem Beispiel wurde dies besonders deutlich, als jemand zur Ausländerbehörde geschickt wurde mit der Anweisung, er solle sich doch bitte „einen Paragraphen holen“.

Antimuslimischer Rassismus von Seiten der zumeist biodeutschen Sachbearbeiter_innen wurde ebenfalls konstatiert. So berichteten zwei Frauen, die sich gegenseitig zum Jobcenter begleiten, aufgrund ihrer Kopftücher von ihrer Sachbearbeiterin abwertend behandelt zu werden. So bekamen beide eine MAE, obwohl sie noch zur Schule gingen und wurden sanktioniert, als sie die MAE deshalb wechseln wollten.

„Die lassen die Menschen im Stich.“

Befragte mit Familie gaben oft an, dass auf ihre Situation keine Rücksicht genommen würde. Insbesondere Alleinerziehende beklagten, dass die Familie vom Regelsatz nicht leben könne. Um jede dazukommende Leistung müsse hart gekämpft werden. So konstatierte eine Mutter von drei Kindern resigniert: „Die Leistungsabteilung können sie vergessen“. Die Bearbeitungszeit ihrer Anträge betrug statt der angekündigten sechs bis acht Wochen auch schon vier oder fünf Monate. Zudem wurden Alleinerziehende ohne Rücksicht auf die dann fehlende Betreuung ihrer Kinder in Maßnahmen vermittelt.

32

„Wenn man krank ist, behandeln die einen wie einen Viertelmensch.“

Chronisch Kranke fühlten sich meist mit dem impliziten Vorwurf konfrontiert, nur zu simulieren. Um ihre Erwerbsunfähigkeit feststellen zu lassen, müssen sie sich von Amtsärzt_innen untersuchen lassen, die auch die von anderen Ärzt_innen ausgestellte Krankschreibungen aufheben können.

► Verarbeitungsformen einzelner

Die Macht des Jobcenters vermittelt sich durch die Personen, die in ihnen handeln – dies meint sowohl die Beschäftigten als auch die Kund_innen. Die Analyse der Macht beginnt demnach mit der Analyse der subjektiven Verarbeitungsformen der alltäglichen Situationen.

Aus den Gesprächen hat sich ergeben, dass eine wesentliche Verarbeitungsform der Begegnung mit dem Jobcenter darin besteht, dieses als unbeeinflussbaren

und übermächtigen Apparat zu empfinden. Die Hoffnung darauf, durch alltäglichen Widerstand im Jobcenter etwas zu bewegen, wird aufgegeben. Dies führt bei einigen zur vollständigen Resignation, so dass keine Möglichkeiten des eigenen Handelns gesehen werden – man fühlt sich jeder Handlungsfähigkeit beraubt. Einige wiederum setzen dem die Musterschüler_innenstrategie entgegen, so wird versucht, dem Konflikt mit dem Apparat aus dem Weg zu gehen. Andere klammern sich stattdessen an die Hoffnung, dass das Jobcenter ihnen doch aus ihrer Lage helfen kann. Dies führt schlussendlich zu dem Glauben, dass man sich nur richtig zu verhalten brauche, damit das Jobcenter einem helfe und aus der eigenen misslichen Situation befreie. Das Handeln des Jobcenters wird somit zur richtigen Norm erhoben und die Konflikte auf eigenes Fehlverhalten zurückgeführt. Ein weiteres wichtiges Moment ist Angst, eine Angst, die von einem übermächtig empfundenen Gegner herrührt, von dem die Betroffenen auch noch abhängig sind. Das Empfinden von Kraftlosigkeit ist das Resultat.

Gemeinsam ist allen die Disziplinierung durch Aktivierung, welche das Jobcenter erzeugt. Das Konzept der Aktivierung, soll Glauben machen, dass es das eigene Versagen sei, das in die Erwerbslosigkeit geführt hat. Dieser Glaube soll bestehen, aber nicht der Glaube daran, dass wir unser eigenes Schicksal wirklich selbst in die Hand nehmen können, im positiven Sinn: im Sinn des Handelns, des sich Wehrens, des Träumens mit anderen zusammen – verantwortlich sind wir laut Jobcenter selbst, aber nicht im Sinne der eigenen Befreiung. Eine weitere Erfahrung ist die, der eigenen Nutzlosigkeit – das Erleben, dass die eigene Existenz überflüssig sei – und die Scham darüber, dafür auch noch selbst verantwortlich zu sein. Sinn vermittelt nur das Jobcenter bzw. die Möglichkeit der Lohnarbeit und nicht die Kommunikation, das gemeinsame Handeln mit anderen. Denn wer sich selbst als nutzlos empfindet, für die_den ist es schwer vorstellbar in einem Prozess der Kommunikation, der gemeinsamen Aktion bedeutend zu sein.

33

Sehr wichtig wird dann die Stabilisierung des Selbst durch Abgrenzung gegen andere, welche wirklich „faul“ seien – ein Bekenntnis dazu, dass die Methoden des Jobcenters nicht falsch sind, sondern dass sie nur die Falschen treffen, also mich selbst, der ich ja eigentlich arbeitswillig bin. Dies führt nicht selten zu Ressentiments gegenüber als Migrant_innen Gesehenen, die ja eigentlich, so das gängige Vorurteil, sowieso nicht dazu gehören und das deutsche Sozialsystem ausnutzen würden, und gegen Langzeitarbeitslose, die sich total verweigern würden.

► Widerstandsstrategien

So gut die Herrschaft am Jobcenter auch funktionieren mag, bietet sie immer wieder Lücken und Möglichkeiten mit ihr umzugehen, sich zu entziehen oder sich gegen sie zur Wehr zu setzen. Diese genutzten Strategien sind meistens individuell und nur selten kollektiv, manchmal konfrontativ und manchmal nicht. Durch unsere Interviews haben wir von vielen verschiedenen, kreativen Gegenmacht-Strategien gehört, die wir in ihrer Gänze allerdings nicht offen darlegen wollen, da dies auch immer die Gefahr bietet, dass das Jobcenter diese Strategien bekämpft.

Grob können die Widerstandsstrategien in zwei Kategorien getrennt werden, in solche die eher konfrontativ sind und solche die eher darauf abzielen, sich aus dem Machtbereich des Jobcenters zu entziehen. Die relevanteste konfrontative Strategie ist der juristische Weg, welcher oft auch aus dem Glauben an das Funktionieren des deutschen Rechtsstaates begangen wird. Wichtig dabei ist auch, dass sich dabei auf eine externe „Autorität“, nämlich das Recht bezogen werden kann, die an Stelle eines renitenten Charakters die Handlung des Widerstandes erklärt. Eine andere Möglichkeit bietet das kollektive Begleiten, das oft durch Personen des Umfeldes durchgeführt wird. Diese Möglichkeit verhindert die individualisierte, abwertende Macht durch den konkreten Umgang mit dem_ der Sachbearbeiter_in.

Eine wichtige Strategie des Entzugs ist die unangemeldete Arbeit, welche die materielle Abhängigkeit vom Jobcenter verringert. Selbstständigkeit ist zumindest der zeitweilige, totale Entzug aus dem unmittelbaren Machtbereich des Jobcenters, während Ortswechsel eher bei Problemen mit den einzelnen Sachbearbeiter_innen vorgezogen werden. Krankschreibungen sind auch ein effektives und gern gewähltes Mittel, um aus MAEs rauszukommen.

Zusammen statt getrennt? Das Konzept der Klassenzusammensetzung

Es ist die unterdrückerische Sprache der Unterdrückter, die Unterdrückten auch noch durch die euphemistische Bezeichnung als Wohlfahrtsempfänger zu unterdrücken.

Paolo Freire, Pädagogik der Unterdrückten

► Am Jobcenter Neukölln

kommen die Leute zusammen: alte und junge, Leute mit Dokortitel und ohne Hauptschulabschluss, hier aufgewachsene und neu hinzugezogene. Das Jobcenter ist der größte Brötchengeber in Neukölln, der Ort an den alle kommen. Durch die Massenerwerbslosigkeit werden alle irgendwie gleichgemacht, und doch als einzelner „Fall“, scheinbar völlig individualisiert behandelt. An der Rückseite einer Einkaufspassage im Zentrum des Stadtteils untergebracht, verfügt das Jobcenter offiziell über 750 Beschäftigte. Allerdings beschäftigt es in gewisser Weise auch die 80.000 Menschen, die über das Jobcenter ihr Einkommen beziehen; in einem Bezirk mit 310.000 Einwohner_innen. Dazu kommen die, die selbst erwerbslos waren oder es bald sein werden, Erwerbslose im Freundeskreis und der Familie, der kleine Laden um die Ecke, der nur durch Hartz_IV Aufstockung überleben kann usw. Das Jobcenter muss eine immense Bedeutung in diesem Bezirk haben, eine ziemliche Macht. Für unsere Einkommen hier entspricht es der Bedeutung, die VW in Wolfsburg oder FIAT in Turin haben, oder zumindest mal hatten. Dieses Jobcenter erscheint wie eine seltsame Art derzeitiger Fabriken, als der Ort, an den wir hingehen müssen, um Geld zu kriegen und als der Ort, durch den wir diszipliniert, überwacht, organisiert und verwaltet werden.

35

► **Mit dem Begriff der Klassenzusammensetzung** versuchten die operaistischen* Marxist_innen in Italien die Tatsache zu fassen, dass das Kapital die Arbeiter_innen immer wieder neu „zusammensetzen“ muss, um Kontrolle zu gewährleisten und Profit zu ermöglichen. Klassischer Ort dieser Klassenzusammensetzung war die fordistische* Industriefabrik. Am Fließband und im Trott des Fabrikalltags wurden die Arbeitenden zur Masse, konnten so aber auch gemeinsame Erfahrungen sammeln und Auseinandersetzungen führen, wurden zu einem Subjekt des Klassenkampfes. Neben kollektiven Aktionsformen wie z.B. Streik, sind auch hier scheinbar individuelle Formen wie Blaumachen oder Sabotage von Bedeutung.

Dabei wird zwischen technischer Zusammensetzung, also der Anordnung der Arbeiter_innen im Produktionsprozess und der Arbeitsorganisation, sowie der politischen Zusammensetzung unterschieden, also der Fähigkeit der Arbeiter_innen, darin Widerstands- und Organisationsformen zu entwickeln. Als soziale Zusammensetzung fließen zudem Kategorien wie Bildungsstand, Herkunft und Geschlecht ein. Damit ist die Annahme verbunden, ausgehend von der technischen Klassenzusammensetzung eine mögliche gemeinsame politische Basis identifizieren zu können. Doch gibt es so etwas am Jobcenter?

► **Der heutige Kapitalismus funktioniert über Individualisierung und Differenzierung.** Selbstoptimierung und Konkurrenz soll heute jede_n einzelne_n in einer Vielzahl unterschiedlicher Formen prekärer Arbeits- und Lebensformen zur (Selbst-)Inwertsetzung führen. Dafür soll uns das Jobcenter fördern und fordern. Entsprechend der Logik der „Reformen“ des Bildungssystems im Zuge des Bologna-Prozesses werden durch das Hartz IV Regime „Aktivierung“ und Disziplinierung verallgemeinert. Kognitive, wissensbasierte Arbeit steht heute im Zentrum der Produktion von Werten. Das Jobcenter trainiert die Fähigkeiten dazu beginnend mit der E-mail Kommunikation und leitet schon beim Profiling bei der Anmeldung zur Selbstaktivierung an. Wofür kann ich mich brauchbar machen? Was fehlt mir? Was mache ich falsch? Wie werde ich fit fürs Hamsterrad der prekären Arbeit?

Doch daneben müssen auch flexibilisierte und prekarierte Formen der heutigen Ausbeutung an konkreten Orten organisiert werden. Im Call Center¹ werden Menschen zur kognitiven und kommunikativen Massenproduktion wie an einem Fließband zusammengesetzt, über die Individualisierung von Überwachung und Arbeitszeiten sollen Gemeinsamkeiten jedoch unsichtbar werden. Eine ähnliche Situation finden wir auch am Jobcenter:

► **Ein Ort der permanenten sozialen Auseinandersetzung,** an dem wir um Hartz IV Bezug und Wohngeld, gegen sinnlose Maßnahmen, um menschenwürdige Behandlung und soziale Rechte kämpfen. Eine Form des Klassenkampfes, der in individualisierter Form stattfindet und dennoch Teil einer Auseinandersetzung um Klassenmacht ist. Die Anzahl der Anträge und die Beharrlichkeit der Leute, ihre Rechte auch durchzusetzen, überraschte die Bundesregierung dabei von Beginn an. Dies stürzte das Hartz IV Regime schon bei der Einführung in die Krise, die sich nicht nur an den Klagewellen an den Sozialgerichten, sondern auch an Polizeieinsätzen gegen unbotmäßige „Kunden“ widerspiegelt. Bereits durch die Architektur des neuen Neuköllner Jobcenters soll ein Zusammenkommen der Leute verhindert werden. Gab es im alten Gebäude noch eine große gemeinsame Warteschlange, ist hier alles in Abteilungen und Stockwerken zerstückelt. Wenn wir pünktlich zum indivi-

duellen Termin erscheinen, müssen wir lange Wartezeiten in kleinen Räumen verbringen. Wir werden von und in dieser Institution so angeordnet, dass wir möglichst reibungslos verwaltet werden können, so dass wir in dieser Maschine der Verwaltung von Lebensrealitäten nicht stören. Es gibt keinen gemeinsamen Aufenthaltsraum, auch nicht für die Beschäftigten, die selbst durch Controlling und ständige Evaluierung „aktiviert“ werden sollen, um den am eigenen Leib erfahrenen Druck auch effektiv an ihre „Kunden“ weiterzugeben. Wir sollen uns als Bittsteller_innen fühlen, nicht als Menschen mit Würde und Träger_innen sozialer Rechte.

► **Als Ort der massenhaften Individualisierung** wirkt das Jobcenter dabei geradezu paradigmatisch. „Kunden“ verrichten in Wahrheit eine Vielzahl von Arbeiten, die vom Ausfüllen von Anträgen und musterschüler_innenhaftem Auftreten bei Terminen, über falsche Angaben und sich krank-schreiben lassen gegen sinnlose Maßnahmen reichen. Das Jobcenter produziert als Ort der Abwicklung eines neoliberalen Workfare-Regimes* soziale Unsicherheit, produziert regulierte und differenzierte Prekarität.

Das Jobcenter reproduziert gesellschaftliche Hierarchien, diskriminiert nach Migrationshintergrund und Bildungsstand, Alter, Geschlecht und Habitus*. Während der entlassene Industriearbeiter von einer Leiharbeitsfirma zur nächsten geschickt wird und eine gelernte Altenpflegerin muslimischen Glaubens in Anti-Agressionstrainings ihre Zeit verbringen soll, wird der frisch studierte Philosoph erst mal als „unbrauchbar« relativ in Ruhe gelassen. Während die einen auf bessere Zeiten hoffen, haben die anderen längst resigniert. Das Jobcenter teilt ein und grenzt aus, gesellschaftliche Anerkennungs- und Diskriminierungserfahrungen bleiben wirkmächtig und werden zur Erklärung der Situation abgerufen. Da das Jobcenter seine „Kunden“ in rassistisch und sexistisch untergliederte Arbeitsmärkte „vermitteln“ soll, diskriminiert es selbst massiv (sozial-) rassistisch und drängt Antragsteller_innen zudem in Tätigkeitsbereiche, die der vermeintlichen Eignung laut geschlechtlichen Zuschreibungen entsprechen.

► **Diese Differenzierungen führen** auch zu unterschiedlichen Umgangsweisen oder Spielräumen für diesen individuell ausgetragenen Klassenkampf. Erwerbslose mit mehr Zugang zu formaler Bildung können sich eher entziehen, sich mit Projekten oder (Schein-)Selbständigkeit etwas Ruhe vor den Zumutungen des Jobcenters verschaffen. Ebenso wie die Möglichkeit, sich im virtuellen Raum zu vernetzen, steht die Möglichkeit, sich zu entziehen, nicht allen Erwerbslosen in der gleichen Weise offen. Das Jobcenter unterscheidet in arbeitsmarktnahe und arbeitsmarktferne Personen. 65% der über 25-jährigen Jobcenterkund_innen haben keine Berufsausbildung. Bei Leuten mit Migrationshintergrund ist der Ausschluss aus formaler Bildung besonders hoch.

Es können nach Zugang zu Bildung und modernen Kommunikationsmedien – also mindestens zwei Gruppen von Erwerbslosen unterschieden werden.

Durch die unterschiedlichen Situationen, in denen wir uns befinden, entstehen unterschiedliche Verarbeitungsweisen und Widerstandsformen, woraus unterschiedliche Machtpositionen resultieren. Verschiedene Erfahrungen lassen verschiedene Formen von Anpassung und Widerständigkeit wirksam und rational erscheinen. So verstärkt sich eine Situation, die gemeinsame Kämpfe schon dadurch erschwert, dass sich angesichts der gesellschaftlichen Stigmatisierung kaum jemand selbst mit der Situation als Erwerbslose_r identifizieren, geschweige denn Gemeinsamkeiten mit scheinbar „Abgehängten“ oder weniger „Verwertbaren“ zugestehen will. Damit verbunden ist auch psychischer und emotionaler Druck, an unserer Verwertbarkeit und unserer gesellschaftlichen Position zu arbeiten. Doch auch hier ist das Jobcenter kein Ausnahmefall, sondern ein paradigmatischer Ort neoliberaler Bevölkerungskontrolle, ein Ort an dem die vielfältigen Formen prekärer Produktivität – zwischen Laptop und Wischmob – reproduziert und aktiviert werden.

► **Entgegen den Spaltungsdiskursen** der herrschenden Krisenpolitik sind die Auseinandersetzungen am Jobcenter dabei für alle Lohnabhängigen und Prekären von Bedeutung. Nicht nur, weil alle Beschäftigten auch potentielle Erwerbslose sind und umgekehrt, sondern auch weil durch Niedriglöhne und Aufstockung, nicht gemeldete Lohnarbeit und subventionierte Selbständigkeit, Bürger- und andere Pflichtarbeit, die Grenzen zwischen beiden Gruppen schon lange durchlässig geworden sind. Zum einen erfüllt Hartz IV eine faktische Mindestlohnfunktion, definiert als „bottom line“ (Untergrenze) der sozialen Standards von Lebens- und Arbeitsbedingungen. Das Hartz-IV Regime organisiert so eine Rahmensetzung des Arbeitsmarkts. Es geht um Würde in der Prekarität, um den Spielraum des Entzugs vor unerträglicher Lohnarbeit, um Standards von menschenwürdigem Leben und Arbeiten. Sinn der Erniedrigung der Erwerbslosen bleibt die Disziplinierung der Beschäftigten.

38

Unabhängig davon, wer von uns gerade erwerbslos ist und wer nicht, wir kämpfen am Jobcenter tatsächlich um unsere Rechte als Erwerbslose und Prekäre. Wenn wir uns dabei gemeinsam mit anderen zu einem Subjekt sozialer Kämpfe zusammenschließen wollen, müssen wir dabei Gemeinsamkeiten ebenso beachten wie Unterschiede, wie die Verschiedenheit der Positionen, in denen wir uns befinden. Wir, die diese Untersuchung begonnen haben, sind mehrheitlich Teil jener Gruppe von Erwerbslosen und Prekären, die als Biodeutsche und Akademiker_innen auch am Jobcenter relativ privilegiert sind. Dies bedeutet nicht, dass unsere Situation weniger prekär, ein Kampf für die Verbesserung unserer eigenen Lebensbedingungen weniger legitim wäre. Oftmals fehlen uns auch die familiären und sozialen Netzwerke, über die sich viele Migrant_innen am

Jobcenter Rückhalt und Unterstützung organisieren. Auch die Sorgen einer allein erziehenden Mutter, deren Bezüge für eine halbwegs angemessene Versorgung ihrer Kinder nicht ausreichen und die diese für die Teilnahme an Beschäftigungstherapien alleine lassen muss, kennen die meisten von uns nicht selbst.

► **Die Methode der Militanten Untersuchung** entwickelte sich dabei nicht zufällig gemeinsam mit dem Konzept der Klassenzusammensetzung. Bei einer solchen eingreifenden Untersuchung geht es darum, die derzeitige Situation zu analysieren und gleichzeitig zum Aufbau einer politischen Klassenzusammensetzung beizutragen, zur Organisation und Sichtbarmachung eines kämpferischen Subjekts.

Ausgangspunkt unserer Untersuchung ist sowohl die Erfahrung, dass soziale Rechte erkämpft werden müssen, als auch die Einsicht, dass wir in einen Dialog mit Menschen treten müssen, deren Erfahrungen und Lebensumstände wir nicht immer teilen. Migrant_innen sind mit ganz anderen Widerständen und Diskriminierungsformen konfrontiert als beispielsweise biodeutsche Akademiker_innen. Unsere eigene soziale Realität ernst zu nehmen ist die Bedingung dafür, mit anderen auf einer gleichberechtigten Ebene nach Gemeinsamkeiten zu suchen und dabei auch selbst ernst genommen zu werden. Dabei ist es gerade auch die Gruppe der „qualifizierten“ Erwerbslosen, die sich oft am wenigsten mit ihrer Erwerbslosigkeit und den politischen Konflikten darin beschäftigen möchte. Auch wenn beide Gruppen nicht deckungsgleich sind, gilt dies oftmals auch für politische Aktivist_innen, die Hartz IV nur als Durchgangsstation sehen und möglichst wenig Energie in dieses Feld stecken wollen. Anstatt eigene Fähigkeiten in den Klassenkampf am Jobcenter einzubringen, organisiert sich Anerkennung durch politisches Engagement zu völlig anderen Themen, die eigene Erwerbslosigkeit bleibt ein vermeintliches Privatproblem. Die Angst vor der (Selbst-) Stigmatisierung und der damit verbundene Bedarf nach Abgrenzung von Anderen wirkt fast überall. Auch die Bedürfnisse der Kund_innen sind je nach Situation unterschiedlich. Sie reichen vom Wunsch, so schnell wie möglich eine „normale“ Stelle zu finden, über die Hoffnung, möglichst lange davon verschont zu bleiben, bis hin zum Bedürfnis an einer bestimmten Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen zu dürfen (oder auch nicht).

39

► **Erwerbslosigkeit, schlechte Arbeitsbedingungen**

und materielle Unsicherheit werden im herrschenden Diskurs zum Versagen der Betroffenen erklärt. Anstatt die Defizite der herrschenden Wirtschaftsweise zu problematisieren, werden diese individualisiert und in die Betroffenen projiziert. Während VW Arbeiter_innen in Wolfsburg stolz auf ihre Bedeutung für den Ort verweisen und bei Problemen auf eine gewisse Solidarisierung

hoffen können, bleibt Erwerbslosigkeit mit Stigmatisierung verbunden. So wirkt auch das Jobcenter wie ein Nicht-Ort mit dem sich wenige beschäftigen wollen. Eine Institution, die für die Lebensidentität der Menschen keine Rolle zu spielen scheint und der in einem Stadtteil wie Neukölln dennoch die Rolle der geschlossenen Fabrik eingenommen hat, über die ein gutes Viertel der Bevölkerung ihr Einkommen bezieht – umgeben von Niedriglohn, Aufstockung und Leiharbeit, der Selbstaubeutung als kleine Selbständige, und den im Stadtbild stets präsenten Ein-Euro-Jobber_innen.

Viel mehr als bei den traditionellen Fabrikarbeiter_innen sind unsere Lebensrealitäten dabei auch außerhalb des Jobcenters unterschiedlich und fragmentiert. Einher mit Differenzierung und Individualisierung gehen Klischees über die „Anderen“, vor denen wir selbst nicht gefeit sind und mit denen wir auch selbst konfrontiert werden. Diese Spaltungen resultieren aus der differenzierten Aufteilung in verschiedene Gruppen, der architektonischen Zerstückelung im Jobcenter aus offensichtlicher Ungleichbehandlung und individualisierter „Betreuung“.

► **Diese Spaltungen erweisen sich als funktional** und scheinen gemeinsame Kämpfe oftmals geradezu präventiv zu verhindern. Gleichzeitig entwickeln sich allen Problemen zum trotz immer auch Formen der Auseinandersetzung. Die Aufsplitterung in individualisierte Verwaltungsvorgänge hat zu einer Vielzahl, oft erfolgreicher, juristischer Auseinandersetzungen geführt. Die Notwendigkeit mit rassistischer Diskriminierung umzugehen hat zu Formen solidarischer Selbstorganisation unter Migrant_innen geführt, nicht nur im Umgang mit dieser Behörde. Aus unterschiedlichen Positionen heraus entwickeln Menschen Strategien, um sich zumindest den schlimmsten Zumutungen des Arbeitsmarkts zu entziehen. Die dabei entstehenden Erfahrungen sind sicherlich begrenzt, nur eingeschränkt erfolgreich und oft unsichtbar. Sie sind jedoch ein Bestandteil von Klassenauseinandersetzungen, in ihnen entstehen Formen von Widerstandserfahrungen, Formen von subalternem* Wissen, auf denen eine politische Zusammensetzung aufbaut. Um von den unterschiedlichen Positionen aus zum „Zusammen dagegen!“ zu kommen, muss sich eine Organisation am Jobcenter vor allem auch gegen Diskriminierung und (sozial-) rassistische Ungleichbehandlung wenden sowie von einem gemeinsamen Verständnis von Menschenwürde ausgehen.

40

Das Jobcenter ist ein Ort, an dem unterschiedliche prekäre Lebensrealitäten zusammen kommen, an dem Begegnungen stattfinden und neue Verständnisse der eigenen Situation entstehen können. Ein Ort für eine interventionistische Politik, die sich ein Zusammenkommen unterschiedlicher prekärer Realitäten und eine politische Klassenzusammensetzung zur Aufgabe macht. Es geht um Auseinandersetzungen, um Menschenwürde und soziale Rechte, unabhängig

von Verwertbarkeit und Gehorsam; es geht um Macht und Ohnmacht, um uns selbst und um die prekäre Welt rund um das Jobcenter herum.

Eine Organisation sollte sich daher darum bemühen, das Jobcenter und die Auseinandersetzungen um Würde auch in der öffentlichen Wahrnehmung wieder in den Mittelpunkt nicht nur dieses Stadtteils zu rücken. Denn die Trennung zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten erleichtert die Kontrollier- und Verwaltbarkeit beider.

1 Die Gruppe Kalinko hat dort vor kurzem in NRW eine Militante Untersuchung gemacht, FeLS vor Jahren in Berlin mit der «Callcenter Initiative» ein Organisationsprojekt gestartet



Kirche



Grünfläche



Schule



Beschäftigungsindustrie



Kulturelle und soziale Orte

Columbiadamm

Bodinstraße



Allmende-Kontor
Nachbarschaftsgarten

Stadtteil-
und Infoladen
die Lunte

Sitzbänke

Oderstraße

Militante Untersuchung goes Community

Wege und Orte im, an denen Kommunikation und Solidarität entstehen und wir mit Hilfe eines Fragebogens (siehe S. 115) in Austausch mit dem Stadtteil über Hartz IV, Prekarsierung und das Job Center treten.

Rathaus
Neukölln



Flughafenstraße

Boddinstraße

Internet-Café,
Späti

Arabisches
Kulturinstitut

Kinder &
Jugendzentrum
Lessinghoeh

Karl-Marx Straße



Mittleweg

Karl-Marx Straße

Leinestraße



Thomasstraße

Hermannstraße

Institu- tionen- analyse

Die Voraussetzung für wirkungsvolle Interventionen am Jobcenter besteht darin, dass man sich mit dem Aufbau, den Akteuren und deren Zuständigkeiten auseinandersetzt. Daher ist die Institutionenanalyse ein fester Bestandteil einer Militanten Untersuchung. Mit ihrer Hilfe gewinnen wir Einblick in die Arbeitsverhältnisse am Jobcenter und über die lokale Umsetzung bundespolitischer Maßgaben. So können die Bedingungen am Jobcenter Neukölln mit denen an anderen Jobcentern verglichen werden. Dabei trägt jedes geführte Gespräch dazu bei, mehr Wissen über die Institution und die Konflikte, die in ihr stattfinden, zu bekommen.

45

Im ersten Text dieses Kapitels *Wut. Bürger. Arbeit. Beschäftigungsindustrie und Bürgerarbeit* geht es um Bürgerarbeit als ein relativ neues arbeitsmarktpolitisches Instrument, das voraussichtlich bundesweit eine zunehmende Bedeutung haben wird, da es zu den Vorzeigeprojekten der Arbeits- und Sozialministerin gehört. Hier aufgenommen wurde der Text, weil das Jobcenter Neukölln den weitaus größten Teil an Bürgerarbeitsplätzen in Berlin schafft und Bürgerarbeit daher hier in Zukunft eines der wichtigsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente werden dürfte. Im zweiten Text *Wie im Hamsterrad? - Arbeitsbedingungen im Jobcenter Neukölln* werden hingegen die Arbeitsbedingungen der Sachbearbeiter_innen am Jobcenter Neukölln thematisiert, wobei deutlich wird, dass diese mehr mit der Lage der „Kund_innen“ gemeinsam haben, als es zunächst den Anschein hat. Zuletzt wird anhand einer MindMap, *Die Struktur des Jobcenters Neukölln. Eine Mindmap*, der Aufbau des Jobcenters noch einmal veranschaulicht.

Wut. Bürger. Arbeit.

Beschäftigungsindustrie und Bürgerarbeit

Ein Bereich, mit dem wir in der Militanten Untersuchung immer wieder konfrontiert wurden, waren Ansätze, Erwerbslose zu Arbeitsleistungen zu zwingen. Aktuell wird eine neue Maßnahme ausprobiert: Knapp 34.000 Erwerbslose in Deutschland sollen 2011 in die so genannte Bürgerarbeit gebracht werden. Trotz des „harmlos“ klingenden Titels verschärft sich damit der Diskurs um die Art und Weise, wie Sozialleistungen bezogen werden. Ähnlich wie bei den bisher bekannten Maßnahmen (v.a. Ein-Euro-Jobs) geht es auch bei Bürgerarbeit darum, den Bezug von Sozialleistungen ohne die gleichzeitige Ausübung einer „Arbeit“ mehr und mehr einzuschränken. Allein der Begriff „Bürgerarbeit“ will klarstellen: Bürger_in könne nur sein, wer auch arbeitet. Und wer nicht Bürger_in ist, die_der hat auch weniger Rechte.

46

Vom Profil der Arbeiten her ist Bürgerarbeit zunächst anderen Maßnahmen ähnlich: Sogenannte „Maßnahmen-Träger“ (also Wohlfahrtsverbände wie die AWO, kirchliche Einrichtungen oder „arbeitsmarktpolitische Dienstleister“ wie Goldnetz oder BEQUIT), die den Status der „Gemeinnützigkeit“ innehaben, bieten – mal mehr und mal weniger subjektiv als sinnlos empfundene – „Arbeitsstellen“ an. Unter der Androhung von Sanktionen durch das Jobcenter werden diese dann durch Erwerbslose besetzt. Nur ein absurdes Beispiel für Maßnahmen, das in letzter Zeit bekannt wurde, war die Aufgabe, gespendete Spielzeug-Puzzle zusammenzubasteln, um zu sehen, ob sie auch vollständig waren. Allerdings werden andere Maßnahmen von den Betroffenen auch als sinnvoll angesehen, wie z.B. die der Stadtteilmütter in Neukölln, die die Aufgabe von „mobilen“ Beratungsstellen zu unterschiedlichsten Themen übernehmen.

In mancher Hinsicht unterscheiden sich die neuen Bürgerarbeitsplätze allerdings von anderen Maßnahmen: So gibt es im Vergleich zum Ein-Euro-Job noch mal weniger Geld. Das Bruttoarbeitsentgelt für eine 30-Stunden-Bürgerarbeitsstelle soll bei 900 Euro liegen und es wird auch eine Variante mit 20 Stunden und 600 Euro geben. Der Haken besteht aber darin, dass diese Stellen sozialversicherungspflichtig sind, also davon Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Rentenversicherung abgehen. Es bleiben bei 30 Stunden „Bürgerarbeit“ etwa 730 Euro, was ungefähr die Höhe des Eckregelsatzes plus die Kosten für die Wohnung wären. Allein die Arbeitslosenversicherung ist davon ausgenommen, was nichts anderes heißt, als dass die Betroffenen auch nach mehreren Jahren Bürgerarbeit kein Anrecht auf Arbeitslosengeld I hätten. Bürgerarbeit ist also

faktisch wenig anderes als ein Ein-Euro-Job ohne den einen Euro zusätzlich und dem Zusatz, dass die Bürgerarbeiter_innen ihre Sozialversicherung jetzt selbst zahlen. In Berlin sieht die Situation seit kurzem etwas anders aus: Hier hat die Linkspartei ihr Ziel erreicht, die Bürgerarbeit in den so genannten „Öffentlichen Beschäftigungssektor“ (ÖBS) zu integrieren – mit 7,50 Euro Stundenlohn. Bürgerarbeit soll zudem zu einer Vollzeittätigkeit werden, was bei 40 Arbeitsstunden einen Nettolohn von 1.300 Euro bedeuten würde. Dabei sind ÖBS und Bürgerarbeit eigentlich nicht vereinbar: Soll der ÖBS auf Freiwilligkeit basieren, steht bei der Bürgerarbeit eher der Zwang im Vordergrund.

Ein zweiter wesentlicher Unterschied besteht darin, dass eine Stelle im Konzept der Bürgerarbeit auf bis zu drei Jahre ausgelegt ist. Viele Maßnahmen des Jobcenters waren vor der Bürgerarbeit wesentlich kurzfristiger angelegt. Mit der Langfristigkeit hat sich aber auch die Begründung für die Arbeitsmaßnahmen geändert: Galten Ein-Euro-Jobs offiziell noch als eine Zusatzarbeit, wird bei Bürgerarbeit gleich mit der Notwendigkeit der auszuübenden Arbeit argumentiert, die sonst niemand anderes machen würde. Das macht Bürgerarbeit aber auch angreifbar, weil dann Arbeitsschutzgesetze gelten – und Missbrauch in der Ausübung von Bürgerarbeit für die Träger teuer werden kann. Aber auch der Vorlauf zur Bürgerarbeitsstelle ist deutlich länger und umfasst wesentlich mehr Personen als die, die am Ende die Bürgerarbeit leisten werden. Zunächst soll es bei potenziellen Bürgerarbeiter_innen, deren Zahl drei Mal so groß sein soll wie die der späteren Bürgerarbeiter_innen (also bundesweit ca. 102.000 Personen), ein „Arbeitsmarkt-Profilung“ geben. Ein solches hat zwar jede_r Erwerbslose zu erstellen, im Rahmen der Bürgerarbeit soll dies aber intensiviert werden. Darauf soll eine „Aktivierungsphase“ folgen, was im Prinzip nichts anderes heißt, als dass viel Zeit und Energie darauf verwendet werden soll, eine Stelle auf dem 1. Arbeitsmarkt zu bekommen. Bisherige Erfahrungen waren, dass die Gänge zum Jobcenter einfach nur häufiger werden. Als letzten Schritt vor der tatsächlichen Bürgerarbeit soll es noch einen Anspruch auf Weiterbildungsangebote geben – für die aber gleichzeitig gerade Mittel gestrichen wurden. Zusammen sollen diese ersten drei Stufen sechs Monate dauern, zwischendurch wird die Anzahl der betroffenen Personen wieder reduziert.

47

Es sind vor allem die Kommunen und Bezirksverwaltungen, die darüber entscheiden, ob und wie viele Bürgerarbeitsplätze sie bekommen wollen. Nicht alle haben daran Interesse: Nur in acht von zwölf Berliner Bezirken soll es Bürgerarbeit geben. Und während Stadtteile wie Kreuzberg-Friedrichshain oder Charlottenburg-Wilmersdorf nur wenige Bürgerarbeitsplätze schaffen wollen (150 bzw. 200) hat das Jobcenter Neukölln vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Zuschlag für 1.000 Bürgerarbeitsstellen bekommen. Das ist fast die Hälfte

der Stellen, die in ganz Berlin (etwa 2.300) entstehen sollen. Besonders in Neukölln wird die Bürgerarbeit also eine sichtbare Rolle spielen – und damit auch für die Militante Untersuchung.

Wer genau die Zielgruppe von Bürgerarbeitsmaßnahmen ist, liegt teilweise im Spielraum der lokalen Jobcenter, es sollen aber insbesondere Menschen sein, die keine oder eine geringe berufliche Qualifikation haben und/oder länger als zwei Jahre erwerbslos sind (laut Jobcenter ist das eine „komplexe Profillage“). Worüber die lokalen Jobcenter allerdings auch entscheiden können, ist die Frage, ob Personen gegen ihren Willen zur Bürgerarbeit herangezogen werden können oder nicht. Das Jobcenter Kreuzberg-Friedrichshain hat sich dazu entschieden, Bürgerarbeit nur auf „Freiwilligkeit“ einzuführen, das Jobcenter Neukölln will dies nicht. Für unsere Militante Untersuchung sind das nicht nur Unterschiede, sondern auch potentielle Auseinandersetzungen, die es zu führen gilt.

48 Dass aber ein Stadtteil wie Neukölln sich schon mal die Finanzierung für 1.000 Bürgerarbeitsplätze gesichert hat, ist kein Zufall: Der Bezirk spart letztendlich aufgrund der Ersetzung eigener Angestellter durch die Beschäftigungsindustrie. Im März 2011 gab es in Neukölln ca. 2000 „Arbeitsgelegenheiten“ (ohne Bürgerarbeit). So werden in Neukölln bereits ohne die Bürgerarbeit öffentliche Aufgaben wie die Grünpflege durch Erwerbslose in Maßnahmen billig erledigt. Die Sicherheit im Stadtteil sollen „Kiezläufer“ und in Kampfsport geschulte Erwerbslose garantieren, in der Hoffnung dadurch einen „richtigen“ Job im Sicherheitsdienst zu bekommen. Und auch einige Orte, an denen arme Menschen günstig Mittag essen oder einen Kaffee trinken können, werden durch Maßnahmen-Träger bewirtschaftet. Der Vorteil für den Bezirk liegt darin, dass Maßnahmen wie die Bürgerarbeit durch Bundes- und EU-Mittel finanziert werden, er also spart, je mehr öffentliche Aufgaben er so erledigen lässt.

Die genaue Form der Einführung der Bürgerarbeit ist dabei noch eine ziemliche Unbekannte. Gerade deshalb kann die Militante Untersuchung eine Methode sein, mehr zu erfahren. Das Jobcenter Neukölln ist dafür sicher ein geeigneter Ort. Was wir dort bisher in Erfahrung bringen konnten, ist kein Grund zur Entwarnung: Leute werden in Gruppen von sechs bis acht Personen durch die Teamleitung eingeladen. Dort werden ihnen neue Eingliederungsvereinbarung* zur Unterschrift auf den Tisch gelegt, die eine „Aktivierung“ zur Bürgerarbeit beinhalten. Eine genaue Information über deren Inhalt und die Höhe der Bezahlung unterbleibt. Es wird Druck aufgebaut, die Vereinbarungen möglichst schnell und ohne Diskussion zu unterzeichnen. Davon ist klar abzuraten. Mit derartigen Gruppenterminen will sich das Jobcenter die Abwicklung der Bürgerarbeit erleichtern. Allerdings bieten sie eine größere Öffentlichkeit als

die individualisierten Termine und damit Raum, um andere Betroffene über unsere Rechte, z.B. die Verweigerung der Unterschrift, aufzuklären und sich umgekehrt bei diesen Unterstützung für die eigene Auseinandersetzung zu holen. Mehr Infos über die Durchsetzung der Bürgerarbeit und mögliche Widerstandsformen werden wir durch weitere Gespräche herausfinden. Bekannt ist bereits, dass 3.000 Personen vorgemerkt wurden und „ihre“ Aktivierungsphase begonnen hat.

Komplett „neu“ ist Bürgerarbeit auch nicht: Es gab zuvor bereits Modellprojekte, unter anderem in Sachsen-Anhalt. Die „Erfolge“ dieser Modelle waren allerdings andere als die, mit denen die Bürgerarbeit jetzt beworben wird. So hat das Institut der Agentur für Arbeit in der Evaluation dieser Modellversuche klar zugegeben, dass die „echte“ arbeitsmarktpolitische Wirkung der Bürgerarbeit nur gering war, ihre „Aktivierungsversuche“ für den 1. Arbeitsmarkt gescheitert sind. Das dort erreichte Ziel war die schlichte Abmeldung von fast 50% der Erwerbslosen aus Angst vor Bürgerarbeit. Dort ging es vor allem darum, die Zeit von Erwerbslosen zu überwachen und kontrollieren und ihnen keine Freiräume zu lassen, um einer nicht angemeldeten Arbeit nachzugehen. Es ist eindeutig, worum es beim Ausbau von Projekten wie der Bürgerarbeit geht: Druck bei den Erwerbslosen aufzubauen und Angst bei den Beschäftigten zu erzeugen.

Obwohl Bürgerarbeit letztlich eine weitere Verschärfung der Situation von Erwerbslosen darstellt – kein Geld ohne (Arbeits-)Leistung – fällt der öffentliche Widerstand bisher schwach aus. Die Gewerkschaften üben zwar offene Kritik, wollen oder können aber anscheinend nicht mehr dagegen tun. Dabei betrifft eine solche Verschärfung auch die Erwerbstätigen, wenn die Angst vor den Zwängen der Erwerbslosigkeit mehr und mehr wächst. Und dass bereits die Ein-Euro-Jobs „reguläre“ Arbeitsplätze verdrängt haben, gilt als bekannt: ähnliches wird wohl auch von „Bürgerarbeit“ zu erwarten sein.

Wie im Hamsterrad? Arbeitsbedingungen im Jobcenter Neukölln

Auf der anderen Seite des Schreibtischs: Da sitzen die Sachbearbeiter_innen, für die Hartz IV-Empfänger_innen diejenigen, denen sie die nächste Maßnahme oder Sanktion zu verdanken haben. Entsprechend ist das Verhältnis zwischen Sachbearbeiter_innen und so genannten „Kund_innen“: Bei der Sachbearbeiter_innenbewertung (siehe 5.2 Bericht vom Aktionstag) hagelte es zum allergrößten Teil schlechte Noten und Kritik.

Dabei gibt es mehr, was beide Gruppen verbindet, als viele denken: Die Arbeitsbedingungen im Jobcenter sind hart und der zunehmende Druck und die Individualisierung der Mitarbeiter_innen hat handfeste Folgen: In Neukölln gibt es einen durchschnittlichen Krankenstand von fast 30 Prozent, regelmäßig kippen Mitarbeiter_innen bei der Arbeit um. Grund für diese erschreckenden Zahlen sind die hohen Vorgaben, die von der Leitung des Jobcenters festgelegt werden: Es gibt einen Schlüssel, der festlegt, dass ein_e Mitarbeiter_in für 150-170 Kund_innen verantwortlich ist. Als wäre diese Quote nicht schon Belastung genug, wurde auch bei dieser Berechnung noch getrickst: Denn Berechnungsgrundlage sind alle Mitarbeiter_innen des Jobcenters, also auch Reinigungs-, Sicherheitskräfte und viele andere. Außerdem muss von den Sachbearbeiter_innen der Krankenstand ausgeglichen werden. Daher beträgt die tatsächliche Quote etwa 400 Erwerbslose pro Sachbearbeiter_in.

50

Neben der hohen Arbeitsbelastung wird auch das Betriebsklima als belastend empfunden: Sachbearbeiter_innen beschreiben die Atmosphäre im Jobcenter als vereinzelt und einsam. Weder gibt es eine Kantine, noch Personalräume, in denen sich die Mitarbeiter_innen austauschen können. Zwar werden die Sachbearbeiter_innen eines Flurabschnitts jeweils in Teams zusammengefasst. Diese sollen aber nicht zu kollegialem Miteinander führen, sondern die Kontrolle verbessern: Für jeden Flur gibt es Teamleiter_innen, die die Arbeitsleistung der Mitarbeiter_innen überwachen. Die Teamleiter_innen wiederum kommunizieren die Leistung ihres Abschnitts in die oberste Etage des Jobcenters, wo die Gesamtleitung sitzt, und erhalten neue Vorgaben.

Wie genau funktioniert die Kontrolle der Mitarbeiter_innen? Dieses betriebswirtschaftlich bezeichnete Controlling wird seit Einführung von Hartz IV besonders gründlich betrieben und von Mitarbeiter_innen als größtes Druckmittel

bezeichnet. Ihre Leistung wird anhand von festgelegten Kriterien überprüft und systematisch verglichen: Dies erhöht den Konkurrenzdruck und wird von Mitarbeiter_innen als große Belastung empfunden. Anhand von fünf Kriterien wird die „Leistung“ der Sachbearbeiter_innen geprüft:

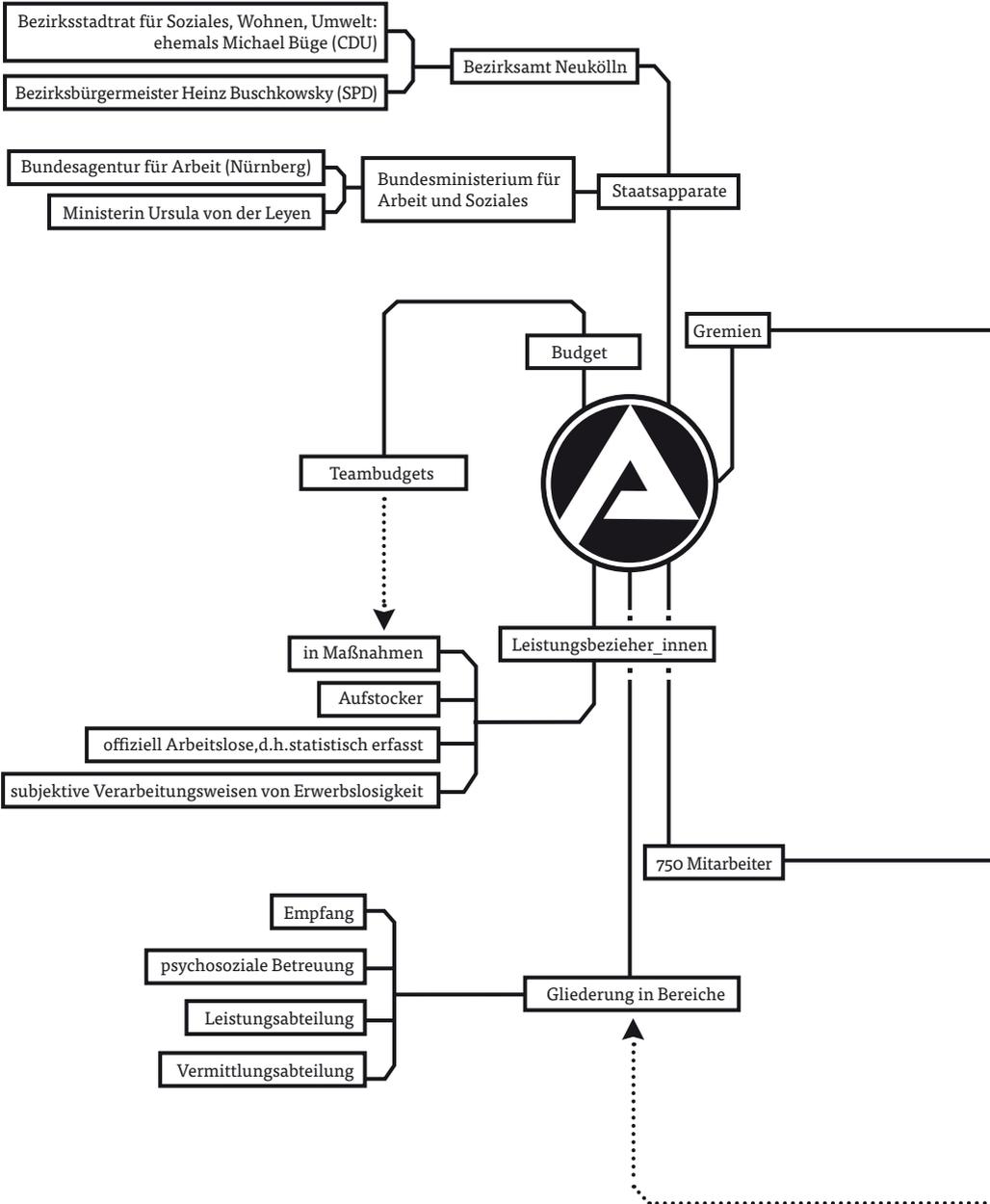
1. Gültige Eingliederungsvereinbarungen* mit der Vorgabe von 90%.
2. Kontaktdichte mit Vorgaben (60% der Arbeitszeit als Gespräche; min. 25 Gespräche in der Woche).
3. Sanktionen. Dort gibt es keine offizielle absolute Vorgabe. Allerdings werden die Sanktionsquoten der Teams verglichen und dann gesagt: Team A hat nur eine Quote von 3% Wenn also ein/e Sachbearbeiter_in zu wenig sanktioniert, verfehlt sie eine Vorgabe.
4. Wie viele Kund_innen wurden in Stellen vermittelt (Integration in den Arbeitsmarkt)?
5. Wie viele Maßnahmen wurden verhängt?

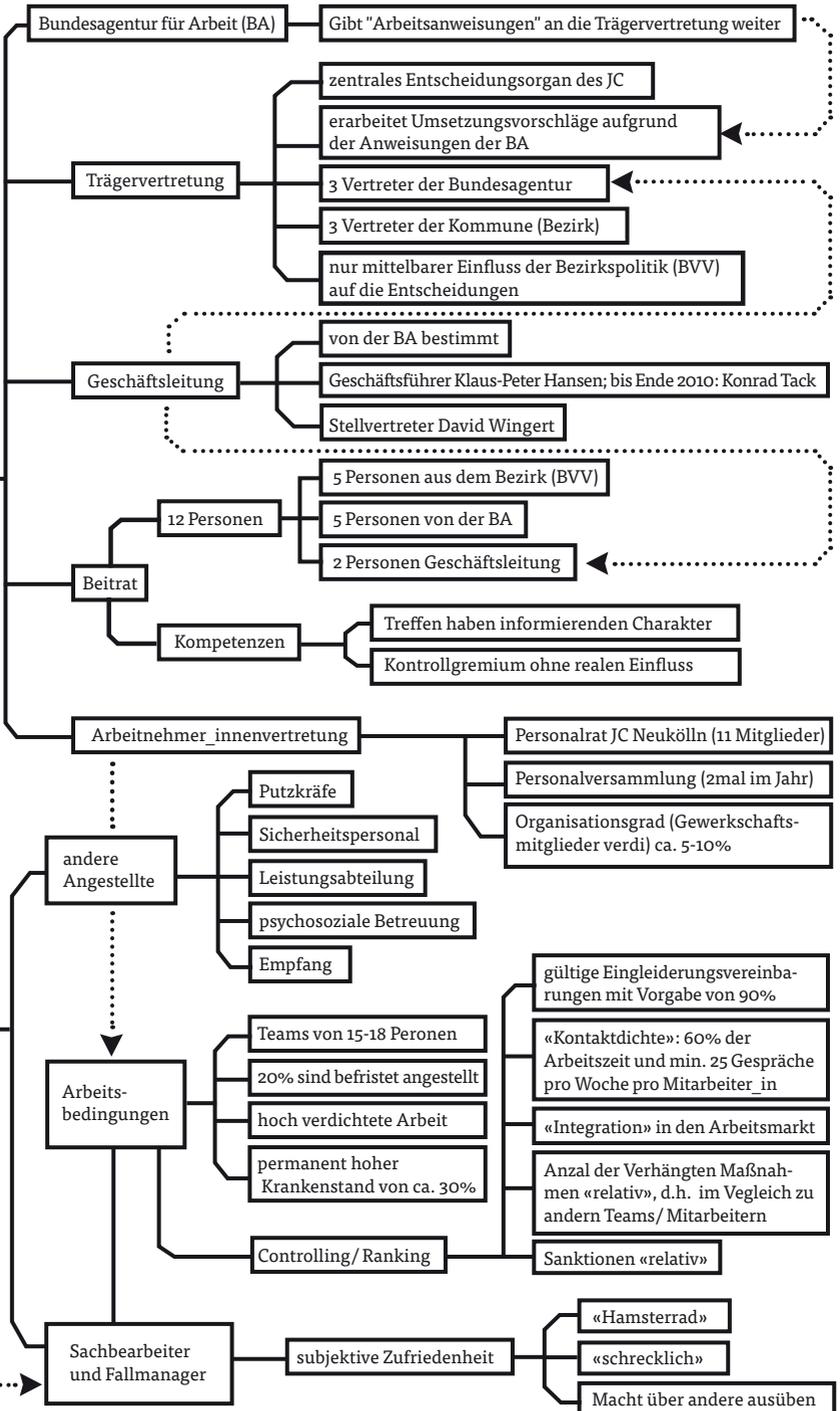
Dabei werden die Leistungen der Mitarbeiter_innen individuell erfasst und mit einer Software ausgewertet - die Leistungen der einzelnen Teams werden in einer Tabelle veröffentlicht. Bei Erfüllung der Vorgaben winken empfehlende Arbeitszeugnisse, die zur Beförderung führen können und sich bei neuen Arbeitgeber_innen gut machen. Wer die Vorgaben nicht erreicht, wird von der Teamleitung zum Gespräch gebeten und „fertig gemacht“. Doch damit ist es mit der Kontrolle nicht genug: Auch ganze Jobcenter werden nach sozialen Rahmenbedingungen zusammengefasst und dann bundesweit verglichen. Dabei verzeichnet das Jobcenter Neukölln traurige Erfolge und ist von einem der letzten auf einen der ersten Plätze vorgerückt und übertrifft mittlerweile die Vorgaben.

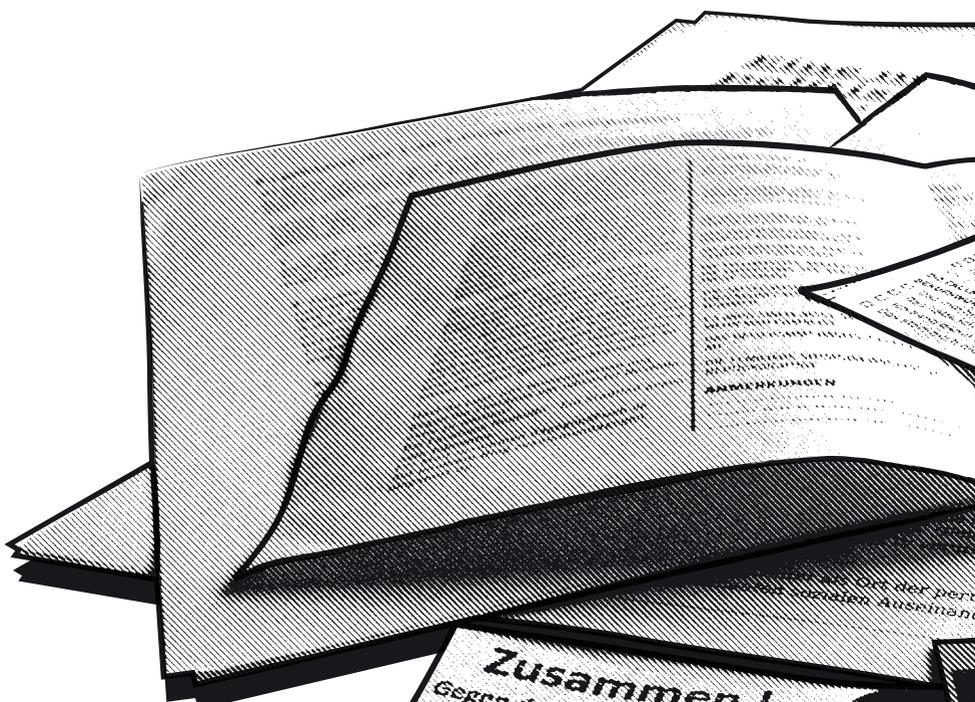
51

Bleibt zu fragen, warum sich trotz der so offensichtlichen Missstände kein Protest regt bei den Sachbearbeiter_innen. Neben der Individualisierung der Mitarbeiter_innen spielt sicherlich der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad von gerade einmal 10% eine Rolle. Auch die Team-Struktur befriedet Unzufriedenheit früh: Die Identifizierung mit dem eigenen Team und die gemeinsame Bewertung im Controlling lässt Protest als unsolidarisch gegenüber den Kolleg_innen erscheinen. Darüber hinaus führt die enge „Betreuung“ durch die Teamleiter_innen dazu, dass Kritik eher heruntergeschluckt wird.

Die Struktur des Jobcenters Neukölln. Eine Mindmap







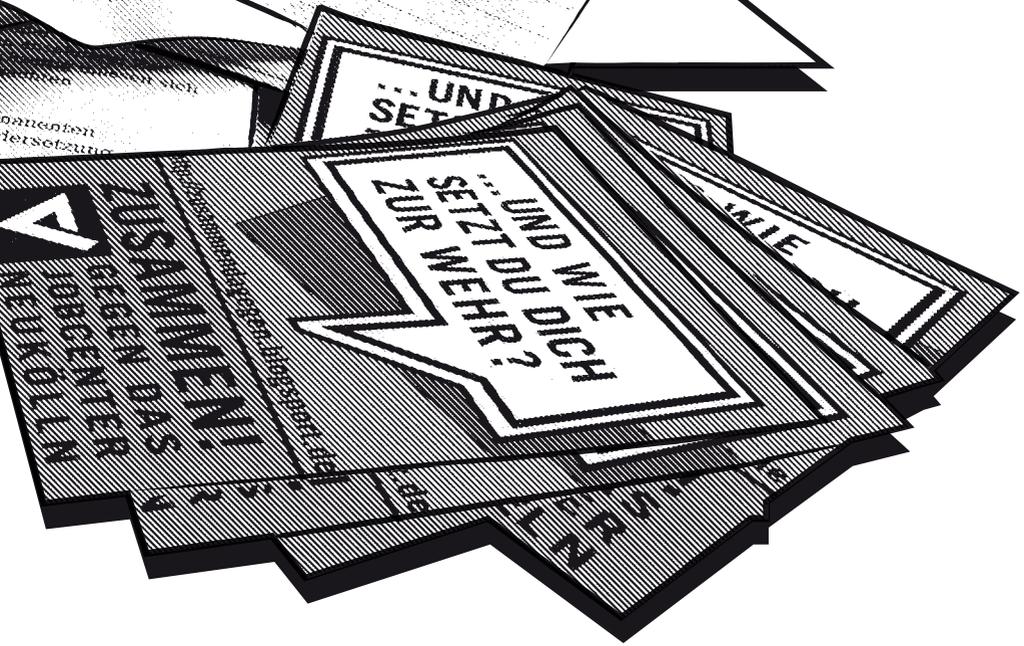
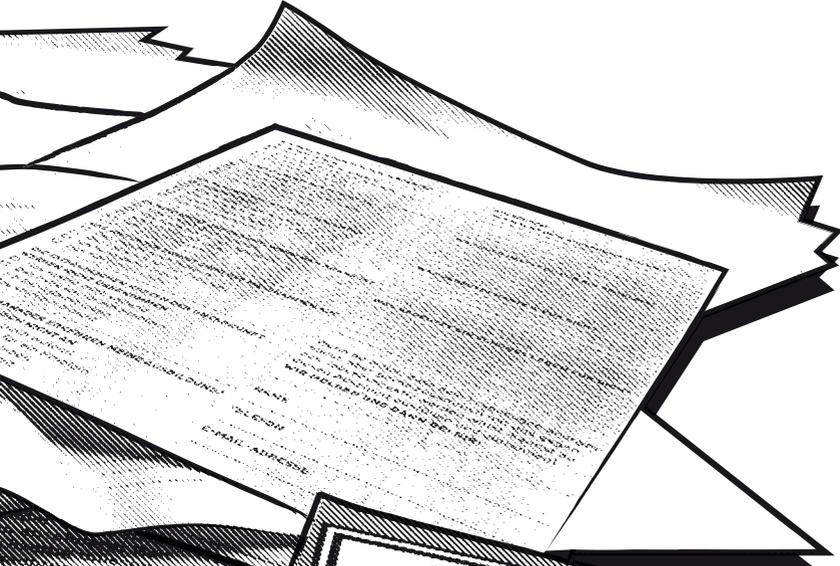
Zusammen !

Gegen das Jobcenter Neukölln



zusammen.dagegen@web.de
<http://zusammendagegen.blogspot.de>
Tel: 015 74-8530852
Post: c/o Schwarze Risse, Gneisenauerstr. 2a, 10961 Berlin
Facebook: Neukölln-Ein Stadtteil gegen sein Jobcenter

Es ist genug für Alle da!



Organi- sierung

Neben dem Untersuchungsansatz geht es in der Militanten Untersuchung vor allem darum, eine gemeinsame Organisationsform zu entwickeln, um Konflikte am Jobcenter anzugehen und eine eigene Handlungsfähigkeit herauszubilden. Dient die Untersuchung zunächst „nur“ dazu, die bereits vorhandenen Konflikte sowie ihre Sprache zu entdecken, soll die Organisation – im Idealfall – der Ausweitung und Verallgemeinerung der Konflikte dienen. Die Form, in der wir den Organisationsansatz zunächst angingen, war die typische Herangehensweise von linken Projekten: Wir luden zu einer regelmäßig stattfindenden, abendlichen Versammlung im Salvador-Allende-Club in Neukölln ein. Im ersten Text dieses Kapitels *Versammlung? Gegen das Jobcenter Neukölln!* nehmen wir eine kurze Auswertung dieses Organisationsversuches vor. Die nächsten beiden Texte sind Interviews, die sich aus unterschiedlicher Perspektive mit der Versammlung beschäftigen. Das erste Interview *Wir sind nicht alleine* ist ein Gespräch der Zeitschrift *Randnotizen* mit einer Aktivistin von FELS*. Dort geht es um den Zusammenhang von Militanter Untersuchung und der Versammlung. Im zweiten Interview *Vielleicht wird daraus ja mal wirklich was Gemeinsames* unterhalten wir uns mit einer beteiligten Erwerbslosen-Aktivistin über ihre Wahrnehmung der Versammlung.

Versammlung? Gegen das Jobcenter Neukölln!

Wie wollen wir uns gemeinsam mit Anderen gegen das Jobcenter organisieren? Und wie kann eine Plattform für Erwerbslose und Prekäre geschaffen werden, um gemeinsam Handlungsmacht zu gewinnen?

Erwerbslosenfrühstücke als Orte für gemeinsamen Austausch hatten wir bereits bei anderen Initiativen kennen gelernt. Mit der vierzehntägigen *Versammlung gegen das Jobcenter Neukölln* haben wir versucht, einen etwas anderen Weg zu gehen. Wir wollten einen offenen Raum schaffen, in dem die Teilnehmer_innen ihre Anliegen und Widerstandsstrategien austauschen, sich gegenseitig unterstützen, gemeinsam Aktionen machen können. Wir hofften, dass so langfristig eine handlungsfähige Initiative entstehen würde.

Durch Flyer bewarben wir am Jobcenter und darüber hinaus die Treffen. Es kamen immer wieder neue Leute. Einzelne nahmen auch regelmäßiger an den Versammlungen teil und begannen, sich mit der Initiative zu identifizieren. Die meisten erschienen allerdings nur einmal oder sehr sporadisch, wegen konkreter Probleme oder auch aus Neugier und Interesse. Letztlich blieben aber sowohl die Zahl der Teilnehmer_innen als auch die Dynamik der Versammlung unter unseren – vielleicht zu hohen – Erwartungen. Trotzdem kamen wir auf den Versammlungen mit Leuten in Kontakt, die uns sonst wahrscheinlich nie begegnet wären, und lernten auch Aktivist_innen, die wir schon aus anderen Projekten kannten, nochmal anders kennen. Auf der Versammlung entstand eine Videogruppe und schnell die Idee zu einem Aktionstag, es gab viele Gespräche über konkrete Probleme und Strategien im Umgang mit dem Jobcenter und auch Treffen außerhalb der Versammlungstermine. Doch eine gemeinsame Dynamik blieb aus. Nach einem guten halben Jahr stellten wir die Versammlungen daher bis auf Weiteres ein.

58

Hatten wir zu sehr auf das Konzept eines offenen Raums gesetzt? Hätten wir die Versammlung durch weitere vorbereitete Angebote interessanter machen sollen? Wären noch andere Leute gekommen, wenn wir zumindest Inhalt und Layout der Flyer oder den Versammlungsort mal gewechselt hätten? Hätten wir vorhandene Organisationsformen der Leute stärker berücksichtigen müssen?

Jedenfalls haben die *Versammlungen gegen das Jobcenter Neukölln* einen sozialen Konflikt sichtbar gemacht und damit politisiert. Für uns waren sie eine wichtige Erfahrung, an die wir anknüpfen werden, um mit neuen Formen von Organisation zu experimentieren.

Wir sind nicht allein.

Fragen und Antworten für Randnotizen – Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez

Randnotizen: Seit Mai ruft ihr zu Versammlungen Zusammen! Gegen das Jobcenter Neukölln auf. Wer seid ihr und was war eure Motivation?

Fels: Ursprünglich begannen wir als AG Soziale Kämpfe bei Fels (Für eine linke Strömung)* darüber nachzudenken, eine Militante Untersuchung durchzuführen. Beim Mayday*, unserem vorherigen Projekt, war es schon unser Ziel, an konkrete Kämpfe gegen prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen anzuknüpfen und diese miteinander zu verbinden. Dies hat nur bedingt geklappt. Wir hatten es satt bloß Kampagnen durchzuführen und wollen nun direkt mit Menschen, die nicht oder anders organisiert sind, zusammenkommen, die Probleme im alltäglichen Leben ausloten und gemeinsam für ein schöneres Leben kämpfen.

Nach langen Überlegungen, in denen wir uns über verschiedene Kampffelder unterhielten, wie Kieze, Jobcenter oder bestimmte Arbeitgeber, beschlossen wir, das Jobcenter Neukölln zum Gegner zu machen, nicht zuletzt weil viele von uns selbst von Erwerbslosigkeit betroffen sind, es waren oder befürchten, es in Zukunft zu sein. Wir waren an der Gründung der Initiative *Keine/r muss allein zum Amt!** beteiligt und haben bei der Arbeit in dieser Initiative gemerkt, wie viel Potential nicht nur für Begleitungen da war, sondern auch für eine weiterführende Gegenwehr.

59

Wir wurden auf das Jobcenter Neukölln aufmerksam, da es eines der größten Jobcenter Deutschlands ist und sich in einem der medial am verschriensten Bezirke von ganz Deutschland befindet. Zugleich hat es den Ruf, das repressivste Jobcenter in Berlin zu sein. Die Verhältnisse am Jobcenter Neukölln zu verändern, ist eine große Herausforderung, aber wir denken, dass, wenn wir hier erfolgreich sind, dies auch Auswirkungen auf andere Jobcenter haben wird.

Bei der Militanten Untersuchung geht es darum, sich mit anderen Menschen auszutauschen, und andererseits ist es wichtig, einen bestimmten Gegner zu haben und diesen gut zu verstehen, um zu wissen, wo die Hebel liegen, um diesen Gegner anzugreifen. Deshalb sammeln wir Informationen über das Jobcenter.

Wir wollen solidarische Strukturen aufbauen, aber auch den Kapitalismus bekämpfen. Denn Hartz IV betrifft nicht nur die Erwerbslosen, sondern setzt alle Einkommensabhängigen unter Druck und unterstützt die Etablierung eines immer größer werdenden Niedriglohnsektors mit schlechter werdenden Arbeitsbedingungen.

Ihr mobilisiert am Jobcenter Neukölln zu den Versammlungen. Dort befragt ihr auch Erwerbslose. Was fragt ihr und was erfahrt ihr? Was sind die Probleme?

Wir erfahren in Gesprächen viel von den alltäglichen Schikanen am Jobcenter, von rassistischer und sozialer Diskriminierung, von immer wieder verloren gegangener Post, von willkürlichen Kürzungen und von langen Wartezeiten, um Leistungen zu empfangen, um Umzugsgenehmigungen zu bekommen oder für die Neuberechnung von Leistungen, nachdem Menschen etwas an ihrer Lebenssituation verändert haben, beispielsweise einen 400 Euro Job bekommen haben. Außerdem erfahren wir über sinnlose Maßnahmen, die nichts mit dem eigentlichen Beruf der Menschen zu tun haben, über respektlose Behandlung und über die Beschneidung von Rechten und Willkür von manchen Sachbearbeiter_innen. Alle Probleme und Schikanen, die am Jobcenter stattfinden, hier aufzuzählen, würde den Rahmen des Interviews sprengen.

Neben den Problemen erzählen uns die Menschen auch von ihren Widerstandsstrategien gegen das Jobcenter. Sie erzählen auch von den kleinen Tricks im Alltag und der Unterstützung, die sie durch Freunde und Familie bekommen, von Wegen, wie sie ihre Rechte durchsetzen und Respekt einfordern. Diese Strategien im Umgang mit dem Amt helfen uns dabei, herauszufinden, wie wir uns gemeinsam wehren können. Diese Erfahrungen möchten wir an andere weitergeben.

60 Unsere Fragen richten sich nach dem Schema Wut-Hoffnung-Aktion*. Unser Ziel ist, die Probleme herauszufinden, Hoffnung auf Möglichkeiten zur Veränderung der Situation zu wecken und die Menschen dazu zu ermutigen, auf die Versammlungen zu kommen und sich dort gemeinsam mit uns und anderen einzubringen. Es ist Zeit, die Vereinzelung zu überwinden und die Wahrnehmung dafür zu schärfen, dass jeden Tag viele Menschen zum Jobcenter gehen, die mit sehr ähnlichen Problemen konfrontiert sind, gegen die wir uns gemeinsam wehren können.

Und was wird auf den Versammlungen besprochen?

In den Versammlungen wollen wir Menschen zusammenbringen, die sich gegenseitig unterstützen und etwas gegen das Jobcenter Neukölln unternehmen. Auf den Versammlungen reden wir zuallererst über die Situation der einzelnen Menschen, wenn sie das Bedürfnis haben, sich mitzuteilen. Wir versuchen uns gegenseitig zu unterstützen und Tipps zu geben, gemeinsam handlungsfähig zu werden. Danach besprechen wir verschiedene Ideen und Aktivitäten, die in der Versammlung entstehen. Ein Beispiel ist ein Videoprojekt, in dem über Hartz VI und Erfahrungen am Jobcenter von Betroffenen berichtet werden soll. Für

dieses Projekt suchen wir übrigens noch Menschen, die sich beteiligen möchten oder sich vor laufender Kamera interviewen lassen würden – auch anonymisiert. Ein anderes Projekt ist der Aktionstag am 1. Oktober 2010. An diesem Tag werden wir zusammen mit vielen anderen, beispielsweise mit den Menschen von der Berlin on Sale-Kampagne, der Lunte und *Keine/r muss allein zum Amt!** Aktionen durchführen, Beratung anbieten, eine Demo machen und vieles mehr.

Was hat es mit eurer Forderung auf sich, die Sachbearbeiter_innen zu bewerten?

Wir machen seit Anfang August eine Sachbearbeiter_innenbewertung, bei der alle Jobcenterbesucher_innen ihre Sachbearbeiter_innen mit einer Schulnote bewerten können. Wir haben eine Tafel, auf der dann die „Kunden_innen“ den Namen ihrer Sachbearbeiter_innen mit Noten schreiben.

Jeden Tag werden wir beim Jobcenter bewertet, sanktioniert und eingestuft und für den Arbeitsmarkt eingeteilt. Wir wollen den Spieß umdrehen und die Sachbearbeiter_innen bewerten, sie und ihre Institution unter Druck setzen, damit sie uns respektvoll behandeln. Viele Sachbearbeiter_innen geben den Druck ihrer Chefs sowie die schlechten Arbeitsbedingungen an ihre „Kunden_innen“ weiter. Wir versuchen unsererseits Druck auf diese Behörde auszuüben und bieten den Sachbearbeiter_innen an, sich mit uns zu solidarisieren oder Unterstützung dabei zu bekommen, sich gegen ihre schlechten Arbeitsbedingungen und die interne Hierarchie zu wehren. Sie können ihre Arbeitsbedingungen und die Abläufe in dieser Institution transparent machen und an die Öffentlichkeit gehen. Aber gegen die Sachbearbeiter_innen, die unsere Rechte verletzen und uns sanktionieren, setzen wir uns zur Wehr. Wir werden bald gemeinsam ins Jobcenter gehen und einen dieser brutalen Bürokraten als Sachbearbeiter des Monats küren und zur Rede stellen.

Die Sachbearbeiter_innenbewertung wird von den Angestellten wahrgenommen, es kommen immer mal wieder kleinere Gruppen, die an der Tafel stehen bleiben, wenn ihr Name nicht dabei ist, sind sie immer sehr erleichtert.

Bietet ihr den Erwerbslosen auch Hilfe an, Begleitung zum Amt, Sozialberatung oder Ähnliches?

Die Frage nach Hilfe finden wir problematisch. Uns geht es nicht darum, individuelle Hilfe zu leisten, sondern um eine gegenseitige Solidarisierung.

Es kommt aber immer öfter vor, dass wir am Jobcenter angesprochen werden und spontan die eine oder den Anderen begleiten. Wir schreiben auch manchmal Briefe oder helfen dabei, Formulare auszufüllen. Dies betrachten wir nicht als Hilfe, sondern als eine solidarische Unterstützung. Und da wir keine Expert_

innen sind und auch nicht alle Anfragen erfüllen können, schicken wir die Menschen oft weiter zu Inis wie *Keine/r muss allein zum Amt!* oder Beratungsstellen wie die Lunte.

Die Flyer von *Keine/r muss allein zum Amt!* haben wir fast immer dabei, da sie sehr nützlich sind, mit der E-Mail-Adresse von der Ini und der Liste von verschiedenen Beratungsstellen. Wir möchten gerne arbeitsteilig am Thema dran sein, da es schon viele tolle Inis gibt, deren Arbeit wir nicht doppeln wollen. Wir wollen einen zusätzlichen Beitrag leisten.

Habt ihr Forderungen an die Politik? Was müsste geändert werden?

In erster Linie kämpfen wir um die Erfüllung unserer Rechte, für Respekt und gegen die Institution Jobcenter, die Menschen erniedrigt und in schlechte Arbeitsverhältnisse drängt, wo sie für sehr wenig Lohn und unter schlechten Arbeitsbedingungen arbeiten müssen. Damit werden die Löhne und Arbeitsbedingungen der ganzen Gesellschaft verschlechtert, da Arbeitskräfte immer billiger zu bekommen sind. Schlussendlich geht es um das kapitalistische System als Ganzes, das wir infrage stellen und bekämpfen wollen.

Forderungen an „die Politik“ bleiben oft abstrakt und haben lokal wenig Bedeutung. Daher stellen wir keine. Wir erzeugen lieber Druck auf die, die wir direkt erreichen können. Diese wiederum können den Druck weitergeben. Trotzdem unterstützen wir natürlich das Sanktionsmoratorium* wie auch die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens.

62 Was können Hartz IV-Bezieher_innen selbst tun, damit sich etwas verändert?

Zuallererst sollten wir begreifen, dass wir nicht alleine sind, uns gegenseitig begleiten und Respekt einfordern und uns nicht vom Jobcenter einschüchtern lassen. Darüber hinaus können wir uns zusammentun, Aufmerksamkeit und Druck erzeugen – medial, durch Filme und Veranstaltungen und durch Protest. Um dies zu tun, können sie sich gerne uns anschließen, oder auch anderen Inis. Der Protest muss wachsen, wir müssen mehr werden, sichtbarer werden und den Herrschenden Angst einjagen! Es muss sich sehr vieles ändern!

„Vielleicht wird daraus ja mal wirklich was Gemeinsames“.

Gespräch mit einer Aktivistin der Versammlung

FeS: Wie bist du auf die Initiative aufmerksam geworden?

Aktivistin: Auf Zusammen dagegen bin ich aufmerksam geworden durch einen Flyer in der Lunte, der auf eine der montäglichen Versammlungen hinwies.

Und welche Erwartungen hattest du als du da hinkamst?

Erst mal dachte ich: Oh, das ist ja interessant, dass es so was hier in Neukölln gibt. Aber wirkliche Erwartungen hatte ich eigentlich keine, weil ich hatte ja schon meine Erfahrungen als Beistand auf dem Jobcenter, wo ich dann schon wusste: Zumindest was das Rechtliche angeht, kann ich mich da einbringen.

Und was dachtest du über die Ausrichtung der Initiative? Die ist ja schon ein bisschen anders als bei Keine/r muss allein zum Amt!.

Ich fand das einfach interessant mit diesen aktivierenden Befragungen vor dem Jobcenter, weil die Praxis ist ja schon ziemlich restriktiv, was da so abläuft. Und da ich das auch merke, immer wieder diese Vereinzelung, dachte ich mir auch: Hey, klasse, vielleicht wird daraus ja mal wirklich was Gemeinsames, so'n Selbstläufer.

63

Und wie hattest du das Gefühl, dich einbringen zu können in das Projekt?

Einerseits dadurch, dass ich dann gleich geschrien hab beim Thema Video: Hier, mach ich!. Und denn halt auch durch diese ganzen rechtlichen Geschichten. Ja, also, das ging für mich in dem Moment Hand in Hand.

Fällt dir im Nachhinein noch was auf, wo du dir denkst, Mensch, da hätt ich gerne mehr mitgemacht oder das hätt mich eigentlich auch interessiert?

Na ja, ich hätt eigentlich doch schon gern bei der Militanten Befragung dabei sein wollen, aber das war halt auch meiner eigenen Faulheit geschuldet, dass ich dann meinen Arsch nicht hochgekriegt habe.

Wie schätzt du das ein, glaubst du, durch 'ne Befragung auch wirklich jemand aktivieren zu können?

Ja, auf jeden Fall. Also ich kann mir sowas gut vorstellen, dass man mit so 'ner aktivierenden Befragung den Menschen noch mal klar machen kann, da liegen die Kritikpunkte und da kannst du auch selber was dagegen tun, weil das ist nicht nur das Problem bei dir, sondern bei Anderen ist das ganz genau so. Und wenn man sich zusammenschließt, dann kann man da auch was erreichen und dass sich die Probleme doch zumindest leichter lösen lassen.

Und bei dir hat's ja auch so funktioniert. Und du warst ja auch bei Aktivenversammlungen. Mit welcher Erwartung bist du da reingegangen? Was dachtest du, kommt da auf dich zu? Oder warst du eher so: Mmh, mal gucken...?

Die erste Zeit war's so: Mmh, mal gucken. Mal gucken, was da so für Leute sind. Und dann hat sich das auch im Laufe der Zeit rauskristallisiert, dass dann die erste Zeit so dieses Auskotzen übers Jobcenter kam, wo ich dann halt die Hilfestellung und die Tipps gegeben habe.

Du schätzt schon die Offenheit als gut ein, wenn man da hinkommt. Wie fandst du die Versammlung an sich? Was hätte man da draus machen können?

64 Ich wüsste jetzt aber auch gar nicht, wie anders... Was mir jetzt noch einfällt, man könnte den Leuten halt gleich noch sagen: Wenn ihr Probleme habt, da gibt's die und die Beratungsstellen, die gut sind, da gibt's ne Initiative, die Leute auf die Ämter begleitet. Und so ne Geschichten vielleicht auch 'n bisschen mehr auszubauen.

Und das Videoprojekt?

Das Videoprojekt läuft. Wir haben jetzt sozusagen unser erstes Interview abgedreht und das muss jetzt halt noch von mir bearbeitet werden, so dass es dann auch sendefähig ist.

Wie viele Leute arbeiten da gerade kontinuierlich dran?

3, 4, 5.

Was wollt ihr damit eigentlich machen?

Das soll eigentlich mal so 'n kleiner Film entstehen, auch mit Interviews, zusammen halt mit der Atmosphäre im Amt, wie man sich da drin so fühlt.

Und wer soll die Zielgruppe sein von dem Film?

Jobcenter-Betroffene, natürlich aber auch die Allgemeinheit.

Und außerhalb des Videoprojekts, siehst du da noch Möglichkeiten, sich einzubringen? Also auch für jemanden, dem das nicht so liegt?

Z.B. in der Organisierung der Versammlung bzw. der Initiative, die ja entstehen soll. Und vielleicht jetzt auch wieder Aktionen vor dem Jobcenter, im Jobcenter oder auch die gesamte Beistandsgeschichte für Neukölln weiter ausbauen.

Wie fandst du das, was am Aktionstag gelaufen ist?

Ich hab das, was am Vormittag gelaufen ist, am Jobcenter mit der anschließenden Demo aus der Kameraperspektive gesehen. Und ich fand das gut. Unser Film ist ja auch sehr gut angekommen. Bloß ehrlich gesagt, diese Videokundgebung, am liebsten hätte ich sie mir eigentlich gespart. Weil ich und F, wir waren nachher tot und alle.

Und was glaubst du, hatten die Aktionen, die am Morgen gelaufen sind denn so für Auswirkungen? Glaubst du, die haben den Jobcenteralltag 'n bisschen gestört?

Na, ich hoffe doch wohl mal! Ich hoffe doch, dass vor allem die Sachbearbeiter_innen sich da ein bisschen mehr zurücknehmen.

65

Und was wünschst du dir für die Zukunft des Projekts?

Na, dass es weitergeht!



KEINER NUR
ALLEIN
ZUM AM



Interven- tionen

Die Militante Untersuchung ist als langfristiger Prozess gedacht, welcher auch konkrete „Aktionen“ im klassischen Sinn umfasst. Diese stehen aber nicht für sich, sondern gewinnen ihre Bedeutung und ihren Zweck nur im Rahmen des Untersuchungs- und Organisationsprozesses. Es geht darum, immer wieder zu reflektieren, an welchem Punkt sich die Militante Untersuchung gerade befindet und was das für die zukünftigen Bemühungen bedeutet. Dabei sind uns Wahrnehmbarkeit und Organisation wichtig:

Wie, wann und die Militante Untersuchung an die Öffentlichkeit tritt, muss genau überlegt werden. Dabei ist es wichtig zu beachten, dass verschiedene Arten von Öffentlichkeit angesprochen werden, die ihre eigenen Spielregeln haben: etwa die breite Öffentlichkeit, das Jobcenter als konkreten Ort der Untersuchung oder verschiedene ‚Szenen‘ (die Erwerbslosenszene, die Politszene usw.). Wenn wir in die Öffentlichkeit treten, können wir unterschiedliche Zwecke verfolgen: Interventionen in Diskurse, die Skandalisierung von Verhältnissen oder die Beschaffung von Informationen. Wir können ganz konkrete Hoffnung vermitteln - ohne das Utopische aufzugeben -, oder zum richtigen Zeitpunkt unseren Gegner konfrontieren.

Unter Organisation verstehen wir, Personen stärker einzubinden, die schon lose mitmachen, (auf niedrighschwellige Art und Weise) einen festen Aktivist_innenkreis aufzubauen und schließlich Sympathie und weitere Organisationsangebote zu erzeugen.

Vor diesem Hintergrund muss man die Artikel über unsere Interventionsversuche am Jobcenter Neukölln lesen. Der Artikel *Zu viel Ärger zu wenig Wut?* gibt nicht nur einen Überblick über einige unserer bisherigen Aktionen und deren Motivation, sondern beinhaltet auch ein paar allgemeine Überlegungen für konkrete Interventionsformen. Die „größte öffentliche“ Aktion im Rahmen unserer Militanten Untersuchung war ein Aktionstag. *Der Bericht vom Aktionstag* zeigt, wie dieser in den Prozess der Militanten Untersuchung eingebettet war, z.B. durch die Verwertung von generiertem Wissen über die Institution Jobcenter. Eine Aktionsform mit ganz anderen Zielen, welche aber auch im Prozess der Militanten Untersuchung stattfindet, ist das Solidarische Begleiten*, welches versucht, durch Verkolektivierung des eigenen Alltags und des Kampfes in ihm, Situationen der ganz konkreten Machtausübung zu generieren, die organisierend sowie hoffnungsstiftend sind und Anstoß zu weiterem Widerstand geben können. Der Text *Grundlagen des Solidarischen Begleitens* trägt die wichtigsten Elemente des Solidarischen Begleitens zusammen.

In den *Tipps & Tricks im Umgang mit dem Jobcenter* werden einige Hinweise und Erfahrungen von Hart IV-Empfänger_innen gesammelt, die bei der Durchsetzung eigener Ziele beim alltäglichen Gang zum Jobcenter hilfreich sind.

Zu viel Ärger, zu wenig Wut? Interventionen.

„Wir wollen in den konkreten sozialen Konflikt intervenieren...“

so beschreiben unsere Freund_innen vom Mayday Mailand ihre Herangehensweise. Mit ihrem Punto San Precario haben sie eine Anlaufstelle geschaffen, an dem prekär Beschäftigte bei Konflikten Rat und Unterstützer_innen finden können. Auch wir wollen Teil einer Linken sein, die dazwischen geht und die aktiv in gesellschaftliche Konflikte eingreift. Wir glauben nicht, dass sich gesellschaftliche Veränderung durch abstrakte Bewusstseinsbildung erreichen lässt, sondern vor allem durch das Erleben gemeinsamer Handlungsfähigkeit. Auch als Aktivist_innen stehen wir dabei nicht im luftleeren Raum, sondern gehen von unseren eigenen Lebensrealitäten und Erfahrungen aus. Wir verstehen unser Projekt einer Militanten Untersuchung als Versuch, im Dialog mit anderen nach Handlungs- und Interventionsmöglichkeiten zu suchen und Experimente zu machen.

Keine/r muss allein zum Amt!

70

denn Solidarisches Begleiten zum Jobcenter ist ein einfacher Weg, individualisierte Probleme gemeinsam erfolgreicher zu bearbeiten. Deshalb haben wir uns schon vor Beginn unserer Untersuchung am Aufbau einer Begleitinitiative beteiligt. Durch diese wurden Begleitungen angeboten und vor allem die Idee des Begleitens beworben und bekannt gemacht. Auch spontan am Jobcenter haben wir Begleitungen durchgeführt, die uns auch unter dem Untersuchungsaspekt zu interessanten Einblicken verholfen haben. Viele Leute organisieren sich solche Begleitungen bereits in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis. Ein an alle gerichtetes Angebot baut darauf auf und macht zusätzlich auf die politische Dimension des Problems aufmerksam. Begleitung ist ein Beispiel für gemeinsame Handlungsmöglichkeiten, auf deren Verbreitung eine Organisation aufbauen kann.

„Man sollte da ´ne Bombe reinschmeißen...“

antwortete uns ein Gesprächspartner vor dem Jobcenter auf die Frage „Was tun?“ und drückt damit seine Wut auf die Institution ebenso aus, wie eine ziemliche Hilfslosigkeit. Wut artikuliert sich dabei oft gegenüber einzelnen Verantwortlichen, wie z.B. den Sachbearbeiter_innen, den Träger_innen einer Maßnahme, den Vermieter_innen oder auch der Institution Jobcenter. Für Teile der deutschen Linken ist dies ein großes Problem. Denn nicht einzelne Vorgänge oder Akteure sollen angegriffen werden, sondern deren Grundlage: Das kapitalistische System. Auch vor dem Jobcenter werden wir immer wieder von Hartz IV-

Empfänger_innen oder auch Sachbearbeiter_innen darauf hingewiesen, dass verschiedene Missstände sicherlich sehr schlimm seien, ihren Grund jedoch in der Politik der Bundesregierung hätten. Anstatt vor dem Jobcenter zu stehen, sollten wir also lieber Druck auf die Regierung machen oder die womöglich richtige Partei wählen.

„Mach den Gegner angreifbar..“

rät dagegen der Community Organizer Saul Alinsky. Die Undurchschaubarkeit bürokratischer Abläufe, die wechselnden Zuständigkeiten und die unterschiedlichen Ebenen verantwortlicher Instanzen vermitteln uns als Betroffenen nämlich zunächst ein Gefühl der Ohnmacht und soll dies auch tun. Der Kapitalismus und die Politik der Bundesregierung sind zwar tatsächlich für den Abbau unserer sozialen Rechte verantwortlich, allerdings benötigt jedes Herrschaftssystem einen Herrschaftsapparat, der dessen Vorgaben und „Sachzwänge“ umsetzt und dabei immer auch eigene Handlungsspielräume und begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten besitzt. Durch eine Machtanalyse wird herausgefunden, wer welche Fähigkeit zu handeln besitzt und wie unter Druck gesetzt werden kann. Dadurch werden reale Gegner erkennbar und damit auch die Suche nach Sündenböcken weniger attraktiv.

„Wenn die Armen nicht rebellieren, gewinnen sie nie etwas...“

so die Schlussfolgerung von Piven und Cloward in ihrer Langzeitstudie „Aufstand der Armen“ (siehe 7.4 Literatur zum Weiterlesen). Protest ist die Ausnahme, Hinnehmen die Regel. Doch „wenn die Armen rebellieren, gewinnen sie manchmal etwas“, immerhin! Für nachhaltigen Protest ist es nötig, dass das Alltagsverhalten und dessen tröstende Routinen in Frage gestellt werden und die Kollektivität der individualisierten Probleme erkennbar wird. Der Sinn des gemeinsamen Handelns vermittelt sich über ein Gefühl des Gewinnen-Könnens, der realen Durchsetzbarkeit von Veränderungen. Wenn durch Zahltags-Aktionen die Auszahlung überfälliger Leistungen gemeinsam durchgesetzt wird oder wir auch nur in einem Fall die Übernahme von Krankenkassenbeiträgen durch Beharren und Begleitung erkämpfen, entsteht dadurch auch eine Vorstellung davon, auch größere Veränderungen kollektiv erstreiten zu können. Eine wichtige Quelle der Macht ist für Erwerbslose die Fähigkeit zur Unterbrechung: Die Fähigkeit, den Alltag zu blockieren, den bürokratischen Ablauf zu stören, für Verunsicherung und Irritation zu sorgen. Wenn es gelingt, eine „institutionelle Krise“ herbeizuführen, die bürokratischen Routinen also nicht mehr ihren „normalen“ Gang gehen können, dann werden für die Verantwortlichen grundlegende Veränderungen an einer Herrschaftsinstitution wie dem Jobcenter notwendig.

„Zeit, den Spieß umzudrehen...“

und dem Jobcenter den Spieß vorzuhalten!“ stand deshalb auf unseren Flyern zur Sachbearbeiter_innenbewertung. Mit dieser wollten wir „die Schlimmsten unter ihnen herausfinden und zu mehr Respekt motivieren“. Dazu forderten wir die Leute auf, ihre Sachbearbeiter_innen mit Kommentaren und Schulnoten zu bewerten. Dazu konnten sie sich per Brief, E-Mail oder Telefon an uns wenden, oder sich direkt an einer Befragung vor dem Jobcenter beteiligen. Wir stellten vor dessen Eingang eine Pappwand auf, auf der die Namen der Sachbearbeiter_innen, ihr Team und ihre Noten aufgeschrieben wurden. Dies führte zu einer regen Beteiligung und gab vielen Menschen Gelegenheit, ihre Wut über das gerade Erlebte los zu werden oder manchmal auch die Sachbearbeiter_innen für ihr ungewohnt respektvolles Verhalten zu loben. Auch diese Bewertung diente als Gesprächseinstieg um mehr herauszufinden und neue Kontakte zu knüpfen.

„Wir küren den brutalsten Bürokraten...“

versprachen wir weiter. Und überreichten schließlich im Rahmen eines öffentlich angekündigten Aktionstags zwei mehrfach mit der Note 6 ausgezeichneten Sachbearbeitern einen Papppokal für ihre Verdienste als Mitarbeiter des Monats. Eine Auszeichnung, die schließlich nicht nur von den Anwesenden kam, die dazu als Flashmob durchs Jobcenter liefen, sondern die auf Grundlage einer ausgiebigen Befragung mit breiter Beteiligung möglich war. Sicherlich ist eine solche Statistik in gewisser Weise willkürlich und subjektiv. Hängt sie doch davon ab, welche Personen gerade zufällig aus dem Jobcenter kommen und in welcher Stimmung sie sich gerade befinden. Doch der subjektive Charakter der Statistik ist gewollt. Staat und Hartz IV-Regime begegnen uns am Jobcenter zunächst in Form der Sachbearbeiter_innen. Diese sollen fordern und fördern, also Druck machen und bewerten, bestrafen und kürzen. Während wir als Erwerbslose dem Jobcenter gegenüber möglichst transparent gemacht und durchleuchtet werden, präsentiert sich dieses umgekehrt als anonymer Apparat. Um kein persönliches Verhältnis entstehen zu lassen, wechseln immer mal wieder die zuständigen Sachbearbeiter_innen.

72

„Sie verstoßen gegen das Datenschutzgesetz...“

meinten daher die Wachleute des Jobcenters sowie die zum wiederholten Mal von diesen herbeigerufene Polizei. Wir sollten unsere gut sichtbar vor dem Jobcenter positionierte Bewertungswand sofort abbauen. Ein anderes Mal sollte es dann das Versammlungsgesetz gewesen sein oder war der Aufenthalt im öffentlichen Raum gar Hausfriedensbruch? Die spontane Aneinanderreihung von Vorwürfen deutete nicht nur darauf hin, dass das Jobcenter juristisch überhaupt nichts gegen uns in der Hand hatte, sie zeigten auch, dass die von uns öffentlich vorgenommene Umkehrung der Kontrolle dem Jobcenter ein ziemlicher

Dorn im Auge war. Auch wenn die Sachbearbeiter_innen lächelnd den Eindruck erwecken wollten, die Sache nicht ernst zu nehmen, sahen sie doch immer wieder nach ihrem Stand auf der Liste. Würden wir eine solche Statistik „von unten“ weitermachen, könnte langfristig eine recht verlässliche Statistik über die verschiedenen Abteilungen und Mitarbeiter_innen des Jobcenters entstehen, die eine gewisse Kontrolle durch Betroffene ermöglichen würde. Für besonders brutale Bürokrat_innen würde dies tatsächlich zum Problem werden und so deren Handlungsspielraum eingeschränkt. Unser Mitarbeiter des Monats hat sich nach der Auszeichnung erstmal drei Wochen krank gemeldet.

„Das kann ich ja hier mal offen sagen...“

Vor allem aber wurde die Bewertung ein Gesprächsstoff im und um das Jobcenter herum. Auch als Gesprächspartner_innen für Sachbearbeiter_innen wurden wir dadurch interessanter. Solche Gespräche hatten wir auch durch eigene Flyer für die Mitarbeiter_innen angeboten. Diese üben eine Herrschaftsfunktion über die Erwerbslosen aus. Es ist daher legitim, ihnen dabei auf die Finger zu sehen und mit unseren bescheidenen Möglichkeiten zu versuchen, ihren Handlungsspielraum einzuengen. Allerdings sind auch Sachbearbeiter_innen prekär Beschäftigte, die Druck und Kontrolle durch ihre Vorgesetzten ausgesetzt sind. Bestimmte Vorgaben können sich dabei gleichzeitig in mehr Arbeitsstress für die Beschäftigten und mehr Schikane für deren „Kund_innen“ übersetzen. Hier wollen wir in Zukunft nach Gemeinsamkeiten suchen.

„Vom Gefühl her hat sich schon viel verändert...“

seit ihr da immer davor steht. Die Leute sprechen euch an, lesen eure Flyer, reden darüber...“ meint eine Freundin nach ihrem Termin. Und beantwortet sich so die Frage, was unser Projekt denn bringe, ein stückweit selbst. Neben der „offenen Rede“, die wir den Vorgaben angepasst gegenüber Vorgesetzten, Ämtern und Behörden anwenden um keine Probleme zu bekommen, gibt es immer auch die „verborgene Rede“, in der wir bei Freund_innen und Kolleg_innen unseren Unmut herauslassen und überlegen, wie wir uns wehren können. In Zeiten der Revolte tritt die verborgene Rede an die Öffentlichkeit. Auch am Jobcenter finden sich solche Verwischungen, die Leute wehren sich bereits. Unsere Intervention will diese Momente ausweiten, vernetzen und sichtbar machen. Eine Diskursintervention ist eine Intervention, die in die Regeln des Sagbaren eingreift. Wir sagen in Gesprächen, auf Flyern, Aufklebern usw., dass wir uns gemeinsam wehren und uns gegenseitig stark machen wollen, um gegen diese mächtige Institution anzukommen und unsere Rechte durchzusetzen. Die Auswirkungen unserer Tätigkeit können wir dabei nur schwer messen. Wie sagen die Leute vom Mayday Mailand? „Es geht darum, uns mit sozialem Konflikt zu infizieren, und die ganze Gegend damit anzustecken“. Klingt zumindest nicht verkehrt.

Bericht vom Aktionstag

Im Rahmen der Berliner Herbstaktionstage *Berlin on Sale - nicht mit uns* wurde am 1.10.2010 von zahlreichen Initiativen und Aktivist_innen ein Temporäres Soziales Zentrum vor dem Jobcenter Neukölln errichtet. Den gemeinsamen Rahmen bildeten Redebeiträge und ein gemeinsames Frühstück, außerdem bot die Initiative *Keine/r muss allein zum Amt!** Begleitungen an und eine Anwältin für Sozialrecht beriet in ämter-spezifischen Fragen.

Sacharbeiterbewertung: „Glatte 6“

Seit Ende August führte die Initiative *Zusammen! Gegen das Jobcenter Neukölln** in regelmäßigen Abständen Sachbearbeiter_innenbewertungen durch, bei der die sogenannten Kund_innen des Jobcenters mal den Spies umdrehen konnten: Das „Dienstleistungsangebot“ der Sachbearbeiter_innen wird nach Schulnoten bewertet. Am 1.10.2010 fielen die Bewertungen überwiegend negativ aus. Reihenweise wurden die Leistungen des Jobcenters mit „mangelhaft“ und „ungenügend“ bewertet. Jana S., eine der Teilnehmerinnen brachte ihr Urteil für die Schikanen ihrer Sachbearbeiterin auf den Punkt: „Die bekommt eine glatte 6!“ Doch nicht bei allen Erwerbslosen und Jobcenter-„Kund_innen“ war das Urteil derart vernichtend. Einige Zweier und sogar ein paar Einsen wurden vergeben – sie waren aber die Ausnahme.

74

Anscheinend gibt der Großteil der Sachbearbeiter_innen den Druck, der durch das interne Controlling (zur Erklärung siehe Artikel *Wie im Hamsterrad? Arbeitsbedingungen im Jobcenter Neukölln*) des Jobcenters entsteht – so gut es nur geht – nach unten zu den „Kunden_innen“ weiter. Bei der Begründung der Bewertungen hat sich herausgestellt, dass die meisten Sachbearbeiter_innen weder die berufliche Qualifikation noch persönliche Bedürfnisse und Interessen berücksichtigen. Vorläufiger Höhepunkt, so berichtete einer der Anwesenden, sei die Verordnung einer „Wut-Therapie“ gewesen – verbunden mit angedrohten Sanktionen bei Nicht-Inanspruchnahme.

„Es muss einen sofortigen Sanktionsstopp geben“, sagte Benjamin Müller von *Zusammen! Gegen das Jobcenter Neukölln**. Die Sachbearbeiter_innen sind angehalten, Leistungen zu kürzen und Sanktionen auszusprechen, unabhängig davon wie sich die Erwerbslosen verhielten.

Öffentliche Kür der_des „Sachbearbeiter_in des Monats“

Nach der Notenvergabe fand dann schließlich die Kür der_des „Sachbearbeiter_in des Monats“ statt: Diesmal wurde der offizielle Controlling-Pokal des Monats

insgesamt zwei Jobcenter-Angestellten verliehen. Von der Polizei und den privaten Sicherheitsdiensten misstrauisch beäugt, wurden die gekürten von Flashmobs aufgesucht und der Preis überreicht. Als die Polizei am Ort des Geschehens eintraf, hatten sich die Preisrichter_innen aber schon in bester Flashmob-Manier verflüchtigt.

Die Sachbearbeiter_innen waren nicht amüsiert. Wir werten das als Anzeichen dafür, dass unsere Nachricht angekommen ist: Wir schauen euch auf die Finger! Denn ihr habt Spielräume, die ihr nutzen könnt! Auch als Sachbearbeiter_in könnt ihr euch, statt den internen Druck nach unten weiterzugeben, gemeinsam solidarisch verhalten! Schluss mit den Schikanen und Sanktionen!

Grundlagen des Solidarischen Begleitens. Eine Anleitung.

Das Sozialgesetzbuch X (SGB X) sagt eindeutig: „Ein Beteiligter kann zu Verhandlungen und Besprechungen mit einem Beistand [Begleiter] erscheinen“ (§13 Abs. 4 SGB X). Der Beistand bedarf keiner besonderen Legitimation oder Anmeldung. Es genügt, dass der Beteiligte „mit ihm/ihr“ zu Verhandlungen oder Besprechungen erscheint.

Auch mehrere Begleiter_innen sind möglich

Wenn mensch wiederholt zu zweit nichts erreicht, kann es manchmal sinnvoll sein, mehr als eine Person mitzunehmen. Diese Möglichkeit wird ausdrücklich in einem Kommentar zum Gesetzestext benannt. Das sollte jedoch gemeinsam gründlich vorbereitet werden!

Jede_r kann Begleitschutz leisten

Grundsätzlich kann jede_r Begleitschutz leisten. Familienangehörige sollten jedoch nur im Notfall bemüht werden, da ihnen als Zeugen leicht Parteilichkeit unterstellt werden kann und sie oft auch emotional (zu) sehr eingebunden sind.

Immer vorbereiten

76 Der_die Begleiter_in muss sich vor dem Termin gemeinsam mit der_dem zu Begleitenden gründlich vorbereiten. Dies gilt insbesondere, wenn der_die Begleiter_in mehr als nur anwesend sein und still Protokoll führen soll. Denn wichtig ist: „Das von dem Beistand Vorgetragene gilt als vom Beteiligten vorgebracht, soweit dieser nicht unverzüglich widerspricht (SGB X, §13, Abs. 4). Deshalb ist es wichtig, vor dem Termin genau abzusprechen, welches Ziel erreicht werden soll (z.B. Abwendung einer Sanktion, Barauszahlung, etc.) und welche Rolle der Beistand dabei spielen soll (ruhig und lediglich beobachtend oder aktiv eingreifend).

Vorher informieren

Auch Teilziele, wie ein realistischer Abschlag oder der eigene Verhandlungsspielraum sollten vorher besprochen werden. Erfahrungsgemäß ist die Lektüre von Gesetzen meist nur bei sehr komplexen Fällen notwendig. Aber man sollte sich seiner Rechtslage inhaltlich sicher sein.

Protokoll führen

Wichtig ist meistens beim Jobcenter-Besuch, ein Protokoll zu führen. Schnell

werden Details entscheidend, wenn es beispielsweise um die Auszahlung der Leistungen geht. Tonaufnahmen sind aber nicht erlaubt.

Nicht abwimmeln lassen

Ganz wichtig ist es, sich während des Termins nicht abwimmeln zu lassen, sondern sachlich sein Recht zu fordern. Dabei ist Recht häufig Verhandlungssache, deshalb ist Vorbereitung so wichtig. Wenn man beim Sachbearbeiter auf taube Ohren stößt, sollte man ein Gespräch mit der Teamleitung einfordern. Sofern von dort auch keine Abhilfe kommt, zur Beschwerdestelle gehen oder ein Gespräch mit dem_der Geschäftsführer_in des Jobcenters einfordern. Bewährt hat es sich, das Einschalten der Presse, des Kundenreaktionsmanagements der Bundesagentur für Arbeit, der Gewerkschaft oder des Sozialgerichts anzukündigen.

Nichts sofort unterschreiben - immer Bedenkzeit einfordern

Grundsätzlich ist es ratsam, bei einem Jobcenter-Besuch nichts sofort zu unterschreiben, sondern immer erst Bedenkzeit einzufordern.

Immer Kopien - immer Quittungen verlangen

Muss doch etwas (nach angemessener Bedenkzeit) unterschrieben werden, vergesst nicht, euch eine Kopie für eure Unterlagen aushändigen zu lassen. Müsst oder möchtet ihr ein Schriftstück abgeben, vergesst bitte nicht, euch das quittieren zu lassen (z.B. in Form eines Stempels auf einer mitgebrachten Kopie).

Dieser Text basiert auf den entsprechenden Punkten der KEAS e.V. Köln, von M.Binder/Erwerbslosenforum für Berlin adaptiert. Dieser Text kann gemäß CC-Lizenz weiterverbreitet werden – die Urheber sind zu nennen.

Tipps und Tricks im Umgang mit dem Jobcenter

Wie setzt Du dich zur Wehr?

Es gibt viele Formen, um mit den Erlebnissen im Jobcenter umzugehen: Verweigerung, Sich-Entziehen, falsche Angaben machen, unangemeldet arbeiten, Schauspiel, selbstbewusstes Einfordern von Unterstützung bei der Job- bzw. der Ausbildungsplatzsuche usw. usf. Viele dieser Strategien verbleiben auf einer individuellen Ebene, einige Menschen praktizieren aber auch bereits kollektive Formen, wie z.B. sich durch Familie oder Freunde beim Ämtergang begleiten zu lassen. Im Folgenden wollen wir einige der Umgangsweisen mit dem Jobcenter beschreiben und euch dadurch einen kleinen Leitfaden an die Hand zu geben, wenn ihr Probleme auf dem Amt habt. Es gibt sicher noch mehr Tricks als wir hier zusammengetragen haben. Wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir hoffen, dass dieser kleine Leitfaden ein wenig inspirieren. Vielleicht bringt er euch ja auf ganz eigene neue Ideen...

Antrag stellen:

Lasst euch eine Bestätigung geben, dass ihr den Antrag abgegeben habt. Kopiert euren Antrag, damit ihr wisst, was ihr abgegeben und notfalls einen Nachweis habt. Geht nicht alleine zum Amt! Lasst euch von Freund_innen begleiten. Egal, ob das Jobcenter zuständig ist oder nicht: Euer Antrag muss entgegengenommen werden und zur zuständigen Behörde weitergeleitet werden!

- 78 Geht selbstbewusst mit den Antragsunterlagen um: Gibt es kein Feld, wo ihr etwas eintragen könnt, schreibt es einfach an den Rand. Sucht bei Unklarheiten eine Beratungsstelle auf. Zur Not sind aber auch die Mitarbeiter_innen des Jobcenters verpflichtet, eure Fragen zu beantworten.

Gespräch in der Arbeitsvermittlung:

Auch hier: Am besten immer in Begleitung zum Jobcenter gehen. Im ersten Gespräch wird eure Schulbildung, Ausbildung und Erwerbsbiografie erfragt (das nennt sich „Profiling“). Nach diesem Profiling richtet sich dann auch eure Eingliederungsvereinbarung.

Allgemein gilt: Je mehr Qualifikationen ihr angebt, desto mehr Jobangebote oder mögliche Maßnahmen treffen auf euer Profil zu. Überlegt euch vorher, wie sparsam ihr mit Angaben über eure beruflichen Qualifikationen umgehen wollt. Wollt ihr vom Jobcenter in Ruhe gelassen werden und euch selbst um eine sinnvolle und erfüllende Tätigkeit kümmern oder auch einfach nur chillen, dann gebt so wenig Qualifikationen wie möglich an.

Ihr habt keine Ausbildung und/oder keinen Schulabschluss: Die Gefahr, zu viel Qualifikation anzugeben, kann euch nicht passieren. Dafür werdet ihr aber den üblichen Arbeitsfeldern zugeordnet, in denen ihr meist mies bezahlt werdet und schlechte Arbeitsbedingungen herrschen (z.B. in der Gastronomie, als Putzkraft, als Hilfsarbeiter_in usw.). Dagegen könnt ihr euch nur wehren, wenn ihr konkrete Vorschläge macht: Z.B. das Ziel einen Schulabschluss nachzuholen, eine Weiterbildung machen zu wollen, einen Ausbildungsplatz zu suchen usw. Ob ihr das dann wirklich macht oder nicht, ist erst einmal egal. Wichtig ist, dass ihr zunächst den Anschein erweckt.

Ihr habt eine relativ hohe Qualifikation: Überlegt euch gut, was ihr mitteilen wollt. Eine sehr spezielle Qualifikation kann durchaus hilfreich sein, euch als motiviert aber eben doch schwer vermittelbar darzustellen. Bedenkt: Zu viel Angaben zu Qualifikationen können auch zu mehr Arbeitsplatzangeboten führen, auf die ihr euch dann bewerben müsst.

Generelles zum Vermittlungsgespräch: Überlegt euch einen Plan, was ihr denen erzählen wollt. Oft fangen die Sachbearbeiter_innen an mit: Erzählen Sie doch mal, wie waren denn ihre Erfahrungen bei der Jobsuche? Was haben Sie denn alles unternommen?. Wenn ihr da den Eindruck macht, dass ihr gerade vergessen habt, welche Schein-Bewerbungen ihr noch schnell in der Vornacht weggeschickt habt, dann ist das oft schlecht für den weiteren Gesprächsverlauf. Überlegt euch vorher was. Je mehr ihr quatscht, desto weniger schlechte Vorschläge können die Sachbearbeiter_innen machen.

79

Wenn ihr nicht einverstanden seid, was in einer Eingliederungsvereinbarung* „vereinbart“ werden soll, dann unterschreibt sie nicht. Stattdessen wird dann ein Verwaltungsakt in Gang gesetzt und euch diese „Vereinbarung“ als Vorgabe nach Hause zugestellt. Gegen diesen Verwaltungsakt lässt sich aber mit Einsprüchen und notfalls auch gerichtlich vorgehen. Die unterschriebene Eingliederungsvereinbarung gilt hingegen als „Vertrag“. Dagegen lässt sich dann nicht mehr vorgehen. ACHTUNG: Manchmal tragen euch die Sachbearbeiter_innen, aufgrund der Weigerung eine Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben, in eine sogenannte **Querulanten-Datei** ein. Damit seid ihr dann als Verweigerer_innen bekannt. Da müsst ihr dann abwägen.

Maßnahmen, die für euch sinnlos sind und auf die ihr keine Lust habt, könnt ihr am besten so abwehren: Zwei Wochen krank melden, dann seid ihr da wieder raus. Bei Bürgerarbeit und ähnlichem gilt es zu beachten: ab dem 2. Beschäftigungsmonat besteht Anspruch auf 100% Fortzahlung im Krankheitsfall.

Bei Ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit: Ist der Träger der Bürgerarbeitsstelle nicht der gleiche wie der Arbeitsort - du bist z.B. bei einer Beschäftigungsgesellschaft, aber arbeitest an einer Schule als Hausmeister - dann ist das **verdeckte Arbeitnehmerüberlassung** und das ist verboten. Ihr könnt dann Tariflohn einklagen. Geht zur Beratung und lasst euch evtl. eine_n Anwalt_in vermitteln. Macht die Sache öffentlich!

Das gleiche gilt in Bezug auf **1-Euro-Jobs und Bürgerarbeit** bei den Kriterien der **Gemeinnützig- und Zusätzlichkeit**. Eure Tätigkeit muss eine gemeinnützige und zusätzliche Arbeit darstellen. Tut ihr dasselbe wie Festangestellte, dann habt ihr denselben Anspruch auf Tariflohn wie sie. Ist wegen euch eine fest angestellte Person entlassen worden, dann prüft über eine Beratungsstelle und/oder ein_e Anwalt_in, ob dies ein Verstoß ist. Macht die Sache öffentlich!

Du bist auf Jobsuche und hast auch realistische Chancen, eine Arbeit zu kriegen, die du OK findest: Lass dich nicht von der Drohung, dass du jede Arbeit annehmen musst, verschrecken und zeige dich motiviert, das hilft oft. Fordere deine_n Sachbearbeiter_in dazu auf, dich bei der Jobsuche zu unterstützen. Trainingskurse, Ein-Euro-Jobs und Bürgerarbeit sind dafür in aller Regel ungeeignet! Sind z.B. Weiterbildungsmaßnahmen sinnvoll, dann informiere dich bei einer Beratungsstelle über die Möglichkeiten einer Förderung durch das Jobcenter und versuche deine_n Sachbearbeiter_in davon zu überzeugen, dass sie_er dich bald los ist, wenn die Weiterbildung durch das Jobcenter gefördert wird.

80

Bewerbungen sind nur dann hilfreich, wenn ihr auch wirklich die Arbeitsstelle haben wollt. Da ihr dennoch oft zu Bewerbungen gezwungen werdet, nutzt eure Qualifikation bzw. eure Nicht-Qualifikation gezielt dazu aus, euch als über- bzw. unterqualifiziert darzustellen. Im **Bewerbungsanschreiben** darf zwar nicht stehen, dass ihr die Arbeit nicht wollt, aber es ist kein Verstoß gegen die Eingliederungsvereinbarung (und zieht deshalb auch keine Sanktionen nach sich), die eigenen Fähigkeiten nicht zu betonen bzw. die Nicht-Fähigkeiten herauszustellen. Wenn ihr nicht auf das Stellenprofil eingeht, sondern stur euren Standardtext schreibt, der so gut wie nichts mit der Stelle zu tun hat, könnt ihr meist schon dem Bewerbungsgespräch entgehen.

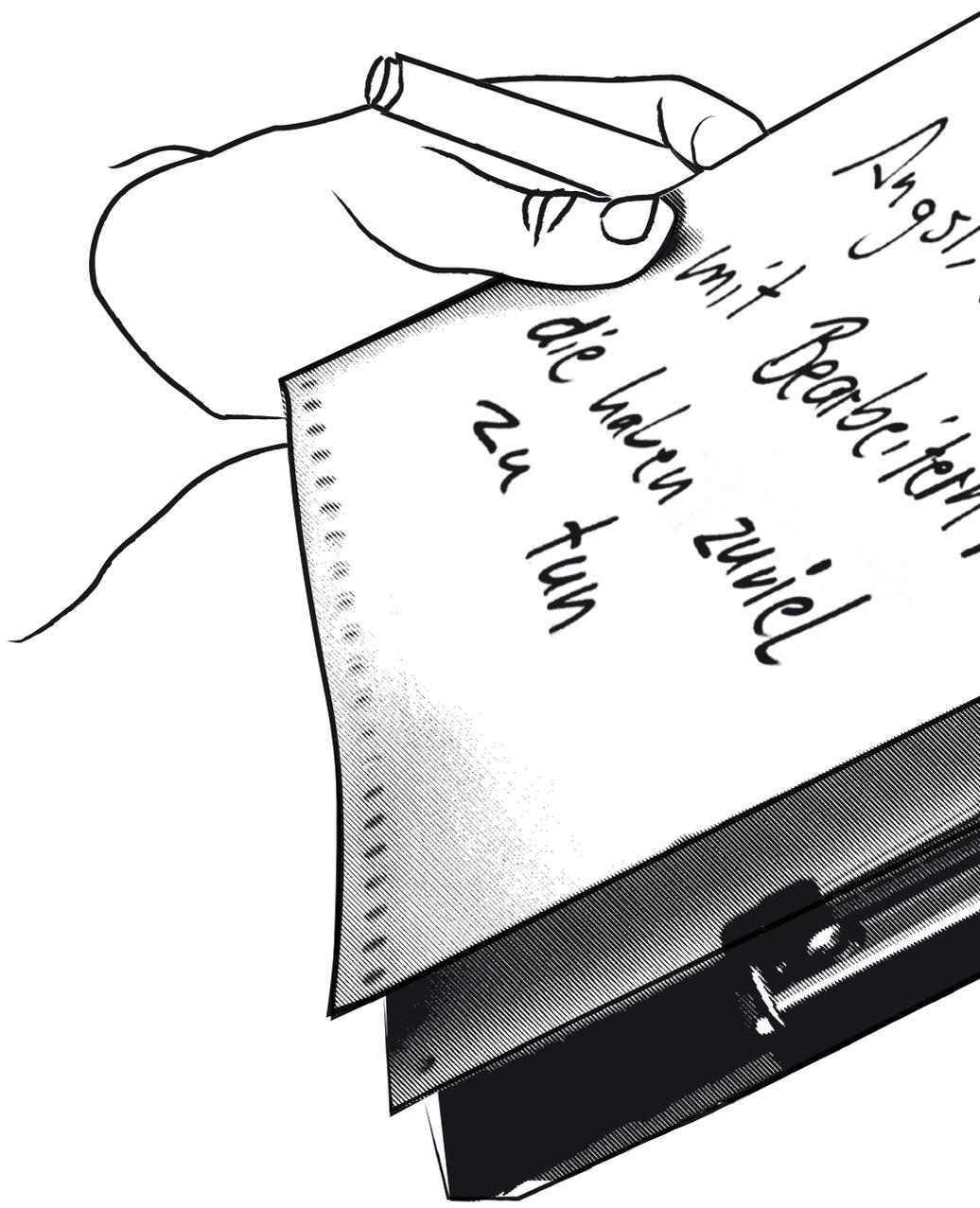
Bei Beschwerden: Wendet euch nicht an das sogenannte Kundenreaktionszentrum des jeweiligen Jobcenters. Das bringt nichts. Verlangt bei Problemen mit Sachbearbeiter_innen die jeweils zuständige Teamleitung. Bringt das auch nichts, dann verlangt, mit der Amtsstellenleitung zu sprechen. Bringt das ebenfalls nichts, dann beschwert euch beim Service der Bundesagentur für Arbeit,

bei der Regionaldirektion der Jobcenter oder auch direkt beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales (richtige Referats-Nr. raussuchen!). Geht am besten zu einer unabhängige Beratungsstelle und lasst euch das nochmal erklären. Sucht bei Konflikten mit dem Jobcenter generell unabhängige Beratungsstellen auf. Es ist wichtig, dass ihr parteiisch beraten werdet, denn das Gesetz und die Gesetzespraxis ist zumeist gegen euch. Am Ende dieser Broschüre findet ihr eine Liste mit Beratungsstellen.

Widerspruch und öffentlicher Druck

Wir glauben, dass es sinnvoll ist bei Auseinandersetzungen mit dem Jobcenter eine **Doppelstrategie** zu verfolgen: 1. Rechtliche Schritte prüfen (z.B. über ein Widerspruchs- bzw. anschließendes Klageverfahren) und 2. Politischer Protest, z.B. durch **Solidarisches Begleiten**, Veröffentlichung der eigenen Erfahrungen und gemeinsame Protestaktionen am Jobcenter, in denen die handelnden Sachbearbeiter_innen konkret benannt werden.

Bei allem, was ihr tut, solltet ihr euer Handeln gut überlegen. Manchmal reicht es aus, mit einem Beistand bei der_dem Sachbearbeiter_in zu erscheinen, um etwas durchzubekommen. In anderen Fällen braucht es mehr sozialen Druck oder auch rechtliche Schritte, die eventuell angedroht oder wirklich umgesetzt werden müssen. Versucht aber in jedem Fall die Eskalation nur dann zu suchen, wenn ihr abgesichert seid. Macht euch dann aber vorher Gedanken, welches Eskalationsniveau ihr sucht bzw. wollt und ab wann es euch zu „heiß“ wird.



Angst,
mit Bearbeitern
die haben zuviel
zu tun



Man kriegt

↓ wenn man

pedet

Perspektiven Zuspitzen

Und jetzt, wie weiter? In dieser Broschüre haben wir unsere bisherigen Erfahrungen mit unserer Militanten Untersuchung am Jobcenter wiedergegeben. Im letzten Kapitel soll es darum gehen, woher wir kommen und wohin wir wollen. Der Artikel *Vom Mayday zur Militanten Untersuchung* zeichnet dabei nach, warum die Gruppe FelS* als Teil der globalisierungskritischen Bewegung und des Euromayday*-Netzwerkes entschieden hat, eine Untersuchung am Jobcenter zu beginnen. Im zweiten Artikel *Moderner Klassenkampf mit Fragebogen? Untersuchungen auf der Berlinale und dem Berliner Mayday* (aus der *arranca!* Nr. 39) blicken wir auf unsere vergangenen Untersuchungsansätze mit prekär Beschäftigten zurück. Im Anschluss dokumentieren wir eine gekürzte Version des Textes *Perspektiven zuspitzen*, der in den sozialpolitischen Werkstattgesprächen entstanden ist. Dieser Text beschäftigt sich mit der Frage, wie wir als Erwerbslose und Prekäre* Handlungsfähigkeit gewinnen und Veränderungen ermöglichen können. Ein paar Aktionsideen haben wir in einer Tabelle zusammengefasst (siehe *Aktionsformen im Überblick. Eine Tabelle*). Vielleicht regt das ja Diskussionen bei Euch an, so zumindest unsere Hoffnung.

Vom (Euro)Mayday zur Militanten Untersuchung

Der Weg zu einer Militanten Untersuchung begann mit der Beteiligung an der Euromayday*-Bewegung. In den Jahren 2006-2009 organisierten wir den Mayday – das Bündnis sowie die Parade zum 1. Mai – in Berlin maßgeblich mit. Wir hatten das Ziel, die sich immer weiter verallgemeinernden prekären* Arbeits- und Lebensverhältnisse sichtbar zu machen und Organisationsprozesse der Lohnarbeitenden und Erwerbslosen anzustoßen.

Gemeinsam mit den Euromayday-Aktivist_innen in vielen anderen europäischen Städten (und in Japan!) hatten wir das Begehren, das prekäre Leben, ausgehend von unseren lokalen Besonderheiten, sichtbar zu machen. Wir wollten uns über die Vielfältigkeit der Scheiße, in der wir stecken, bewusst werden. Wir versuchten, mit unseren noch nicht vom Kapital angeeigneten kreativen Ideen und Produkten einen lebendigen Ausdruck der arbeitenden Klasse auf die Straße und in die politischen Debatten zu bringen. Als Migrant_innen, immaterielle Arbeiter_innen und Kulturprekäre war uns klar, dass unsere Fähigkeiten und Bedürfnisse an sich nicht nur ästhetisch etwas Neues und Buntes sichtbar machten, sondern dass sie auch dem Trott der alten gewerkschaftlichen Arbeiter- und der antikapitalistischen Bewegung etwas zur Seite stellten, was vielleicht auf andere bisher nicht „Bewegte“ ansprechend wirkte.

- 86 Die Euromayday-Bewegung setzt sich in allen Ländern bewusst von den gewerkschaftlichen Repräsentations- und Aktionsformen ab, deren Handlungshorizont nach wie vor an der fordistischen* Figur eines „Normalarbeitsverhältnisses“ hängt. In einem solchen Arbeitsverhältnis wird über Tarifvertrag die Arbeitszeit auf acht Stunden am Tag begrenzt, der Arbeitsvertrag ist ein unbefristeter und gearbeitet wird nur unter einem „Arbeitgeber“. Gerechnet wird mit Absicherungen für Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter durch die Sozialversicherungen. Hinzu kommen die „normalisierten“ Reproduktionsformen und Lebensweisen in der Kleinfamilie, bei der der Mann den Hauptnährer darstellt und die Entwertung der Arbeit von Frauen im Haushalt und bei der Kindererziehung geschieht. Ebenso sahen wir die herrschaftliche Normalisierung von nationalistischen und rassistischen Ausschlüssen von Personen mit keinem oder einem Pass eines anderen Staates oder rassistisch Diskriminierte von den Gewerkschaften nicht aufgegriffen.

Von solchen Gewerkschaften und von den sozialdemokratischen bis hin zu kommunistischen Parteien wurde sich daher abgegrenzt. Dies geschah auch aufgrund der von ihnen angewandten Stellvertreter_innenpolitik für einen

ganz kleinen Teil der lohnarbeitenden Menschen, in der es sich nur um die Arbeit und dessen Lohn drehte. Migrant_innen, Erwerbslose, Praktikant_innen, Scheinselbständige usw. spielten keine Rolle. Dazu wurde die Aufrechterhaltung der Herrschaft durch eine Arbeitsethik („Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“), trotz der ausgereiften Produktiv- und überflüssig gewordener menschlicher Arbeitskraft, nicht problematisiert.

Bewegungsfreiheit sowie Tätigkeiten, Fähigkeiten und Bedürfnisse von Migrant_innen, neue Geschlechterverhältnisse auslebende Menschen und deren Marginalisierung, sowie neue prekäre Arbeitsformen (ob selbst gewählt oder unfreiwillig) wurden in der Euromayday-Bewegung thematisiert. Einige Fragmente der angesprochenen Themen fanden ihren Widerhall in den bürgerlichen Medien. Etwa wenn es um die missliche Lage der „Generation Praktikum“ oder um den Begriff der „Prekarisierung“* an sich ging.

2001 fand der erste Mayday in Mailand statt. Von dort breitete sich das Netzwerk rasch auf dem gesamten europäischen Kontinent aus - wenn auch nicht immer gleich mit eigenen Paraden zum 1. Mai - bis er 2007 auch in Japan praktiziert wurde.

Die zapatistische Maxime „fragend schreiten wir voran“ prägt das Netzwerk bis heute. Allen Aktivist_innen war klar, dass die vielfältigen prekären Lebens- und Arbeitsweisen, dass die Krise der Repräsentation aber auch die sich nach dem Fall der Mauer verfestigende Krise der Linken mehr Fragen aufwarfen, als Antworten gaben.

Die Euromayday-Bewegung verstand sich dabei von Anfang an als Teil der globalisierungskritischen „Bewegung der Bewegungen“. Doch neben der oft abstrakt wirkenden Kritik der globalisierungskritischen Bewegung an der Politik der Globalen Akteure (Staaten, G8, WTO, IWF, Multinationale Unternehmen) stellten sich die Aktivist_innen der Euromayday-Bewegung die Frage nach der Verbindung der Kämpfe auf der Straße mit dem eigenen Leben, den konkreten Erfahrungen im kapitalistischen Alltag. In der BRD wurde sich immer wieder gefragt, warum, nachdem die radikale Linke die Hartz IV-Bewegung 2003-2004 verschlafen hatte, diejenigen nicht auf die Straße gingen, die am ehesten unter der herrschenden Politik zu leiden haben.

Die Ungleichzeitigkeit durch das Dazustoßen von immer wieder „neuen“ Aktivist_innen, der prekäre Alltag und das hektische Gipfel- und Themenhopping erschwerte die Verwirklichung einer ganzheitlichen Politik und ein gemeinsames Bewusstsein darüber. Trotz der Kämpfe auf den Straßen und einiger kleiner Teilerfolge durch Kommunikationsguerilla*, Boykottaufrufe aber auch Streiks blieb die Politik der „Bewegung der Bewegungen“ in ihrer Breite lediglich eine Intervention in den herrschenden Diskurs. Die Politisierung und eine deutlich

wahrnehmbare kritische Diskussion und Praxis in und aus allen Poren der Gesellschaft blieben dagegen aus.

In der BRD wurde nach den Protesten 2007 gegen den G8-Gipfel rund um Heiligendamm versucht, einen gemeinsamen Punkt des Handelns zu finden. Einen, der versuchte, mehrere Praktiken und Erfahrungen miteinander zu verbinden: Zum Einen den bis dahin erzielten Teilerfolg des erneuerten Gesprächs zwischen reform- und revolutionsorientierten Gruppen, zum Anderen den Wunsch, die gemeinsame alltägliche (!) Praxis zum Aufbau „einer anderen Welt“ und die Diskussion um diese „andere Welt“ zu verbinden. Dieser gemeinsame Punkt des Handelns sollte ausdrücklich nicht durch einige Aktivist_innen in der Bewegung gesucht werden, sondern sich durch eine breite gesamtgesellschaftliche Debatte herauskristallisieren.

In kritischer Selbstreflektion war allen Akteuren klar, dass diese Debatte nicht von oben nach unten geführt werden kann, sondern dass das fragende Vorschreiten einen Diskussionsprozess von unten braucht. Begonnen wurde dennoch damit, sich bei dieser Diskussion auf die Forderungen nach „Globalen Sozialen Rechten“ zu fokussieren. Um die Diskussion zur jeweils individuellen und gesamtgesellschaftlichen Lage unter möglichst vielen Menschen zu führen, wurden Bezüge zur Militanten Untersuchung der Operaist_innen* der 1960er und 70er Jahre und der etwas sanfter klingenden Variante der „aktivierenden Befragungen“ hergestellt.

- 88 Genau an diesem Punkt entwickelte sich unser Projekt der Militanten Untersuchung. Die Praxis der Untersuchung und Befragungen verfolgten wir schon 2008, als es darum ging im Rahmen der „mir reicht' s... nicht!“-Kampagne die Arbeitsbedingungen unter anderem am glamourösen Spektakel der Berlinale zu erforschen. Auf dem Mayday 2008 liefen wir dann ebenfalls mit Fragebogen in der Hand auf der Parade herum, um herauszufinden, wer zu den Paraden kommt, wie die Teilnehmenden arbeiten, wie sie über die Runden kommen und wie sie sich politisch organisieren (siehe *Moderner Klassenkampf mit Fragebogen? Untersuchungen auf der Berlinale und dem Mayday*).

2007-2009 war - nicht nur für uns - zudem durchzogen von Phasen heftiger Diskussionen um die Frage „Wie emanzipative Politik in neoliberalen Zeiten machen?“. Die Arbeitsverhältnisse auf der Berlinale, bei der wir als Streikunterstützer_innen auftraten, entsprachen auch unserer alltäglichen Realität. Trotz der von uns allen gemachten Erfahrung prekären Alltags und schwieriger, diskontinuierlicher Politik mit viel Scheitern, vielen Themen und Eventhopping konnten wir nur schwer ein geteiltes Bild unserer Lage, gemeinsame Praktiken und

solidarische Strukturen gegen den kapitalistischen Irrsinn im Alltag aufbauen.

In dieser Situation, Mitte 2009, erschienen uns die Methoden der Militanten Untersuchung, die die Stärkung und den Aufbau von Organisations- und Solidarisierungsprozessen zum Ziel hatten, plausibel. Mit ihnen wollten wir diese Prozesse, die wir durch die Mayday-Bewegung leider nur ungenügend verwirklicht sahen, in die Wege leiten. Innerhalb von FelS* entwickelte sich dabei zeitgleich eine Debatte um die Frage des eigenen Subjekts in solch einer Untersuchung. So organisierte die FelS Intersol AG im Rahmen des Bündnisses gegen Lager eine Lagerinventour, bei der es starke Ähnlichkeiten in der Methode der Befragung und der politischen Ziele zur Militanten Untersuchung gab.

Im Feld Soziale Kämpfe versuchten wir von uns selbst auszugehen. Also analysierten und diskutierten wir mögliche politische und soziale Felder, die uns selbst betrafen und in denen uns eine Militante Untersuchung sinnvoll erschien:

- 1. Kiez:** Problem der steigenden Mieten und prekärer Lohnarbeit/Hartz IV
- 2. Erwerbslosigkeit:** Derzeitige und potentielle Hartz IV-Empfänger_innen
- 3. Hochschule:** Arbeitende Studierende, Wissenschaftler_innen, Jobperspektiven nach Studium, Situation im Studium

Wir haben alle diese Felder nach ihrer Verallgemeinerung auf möglichst viele Menschen, auf mögliche politische Partner_innen, auf konkrete politische Gegner_innen, auf Aspekte der möglichen Sozialarbeiterisierung, auf Orte des Zusammenkommens und des Eingreifens, auf Nah- und Fernziele und auf allgemeine und spezifische Schwierigkeiten hin diskutiert. Schließlich analysierten und schätzten wir die oben genannten Felder im Rahmen der gegenwärtigen großen weltweiten Krise des Kapitalismus alias „Finanzmarktkrise“ ein. Vor allem Erwerbslosigkeit wurde nun zum Fokus. So dachten wir, dass sich die Erwerbslosigkeit durch Entlassungen ausweiten würde und dadurch auch das Thema in der gesamten Bevölkerung mehr Relevanz bekommen würde. Mit der Krise nehmen außerdem Versuche der Spaltung zwischen Erwerbslosen und Beschäftigten zu, wie sie im jüngsten Kürzungspaket der Bundesregierung und sozial-chauvinistischen und rassistischen Äußerungen à la Thilo Sarrazin deutlich werden.

Die Tendenz zum Feld Erwerbslosigkeit wurde dann durch die schon aufgebauten kleineren solidarischen Strukturen in diesem Feld bestärkt. Diese hatten wir im Rahmen unserer Aktivitäten im Berliner Krisenbündnis mit aufgebaut, indem wir die Initiative *Keine/r muss allein zum Amt!** gründeten und dabei erste Strukturen aufbauten um sich gegenseitig bei Stress mit dem Jobcenter zu helfen. (siehe *Grundlagen des Solidarischen Begleitens*).

Moderner Klassenkampf mit Fragebogen?

Untersuchungen auf der Berlinale und dem Mayday

Ein Interview mit AktivistInnen des Berliner Mayday* und der Berliner Gruppe Für eine linke Strömung (FeLS)* über die Untersuchungen auf der Mayday-Parade und während der Berlinale

Arranca-Redaktion: Ihr habt alle Erfahrungen mit Untersuchungen gemacht und zwar einerseits im Rahmen der Kampagne *Mir reicht's... nicht!* (MRK) und andererseits während der Berliner Mayday Parade. Wie seid ihr darauf gekommen?

Arnd: Das kam dadurch zustande, dass der Hamburger Mayday die MRK gemacht hat und darin als eine Station auch die Berlinale gesehen hat. Wir haben dann festgestellt, dass wir relativ wenig über die Situation dort wissen und überlegten, wie wir an Informationen über die Arbeitssituation vor Ort rankommen. Daraus ergaben sich erste Interviews mit Kinobeschäftigten: Wir waren auf der Suche nach Konflikten und wollten wissen, wie das Beschäftigungsverhältnis für diese Leute aussieht.

90 Dennis: Die MRK sah ursprünglich drei Etappen vor. Bei der ersten Etappe auf der Documenta ging es darum, kollektiven und individuellen Konflikten nachzuspüren, um ein Verständnis für die alltäglichen Lebensrealitäten von prekarierten* KünstlerInnen oder KunstvermittlerInnen zu entwickeln. Diese gelten Neoliberalen ja oft als „role model“. Dieses erste Stadium wurde vom Hamburger Mayday-Bündnis alleine in Angriff genommen, sie sind während der Documenta rumgelaufen und haben Interviews geführt und gleichzeitig zu einem kollektiven Reviewing-Prozess eingeladen. Dort wurde versucht, sowohl Konflikt- als auch Verbindungslinien nachzugehen und die gesammelten Aussagen zu diskutieren. Die zweite Etappe war ursprünglich für den Verdi-Bundeskongress geplant, wo die HamburgerInnen mit Gewerkschaftsmitgliedern und GewerkschaftssekretärInnen Interviews führen wollten, um die ambivalente Rolle von Gewerkschaften im Prozess der Prekarisierung* zu thematisieren. Diese Etappe fand schließlich aus verschiedenen Gründen nicht statt.

Die Berlinale schließlich war als Endpunkt der Kampagne gedacht, vor allem weil sie ein öffentlicher, sich als „gesellschaftskritisch“ sehender Ort ist, an dem sich deutliche Ambivalenzen zeigen: Zahlreiche Prekarierte inmitten des Glambours, wobei Glamour und Prekarisierung gerade auf der Berlinale immer

aufeinander verweisen. Die Berlinale polarisiert, dort werden – bei genauem Hinsehen - soziale Realitäten und Verschiebungen von Arbeits- und Lebensverhältnissen sichtbar, die exemplarisch für den Prozess der Prekarisierung stehen. Es ging zunächst darum, überhaupt erst einmal zu erfassen, was das konkret für die Menschen bedeutet und welche individuellen aber vor allem verbindenden Perspektiven sie darüber hinaus haben. Uns als FeLS war es zudem ein Anliegen, Momente von möglicher Selbstorganisation und Widerstand freizulegen.

Julika: Bevor wir selbst aktiv geworden sind, haben wir die Umfrage der HamburgerInnen beobachtet und fanden es spannend, wie durch eine solche Befragung die Lebenssituationen und auch die Selbsteinschätzungen und -wahrnehmungen der befragten Personen rausgekitzelt wurden. Das hat uns inspiriert. Zudem gab es in Wien auch eine Befragung, die explizit „militante Umfrage zu prekären Lebenssituationen“ genannt wurde. Diese beiden Versuche haben uns animiert, eine Selbststudie beim Berliner Mayday zu machen. Wir wollten wissen: Wer sind wir eigentlich, der Berliner Mayday? Ein weiterer Motivationsfaktor war unser Eindruck, prekäre Lebenssituationen würden sehr häufig nur als individuelles Problem wahrgenommen. Viele von uns erfahren die Folgen der Prekarisierung in ihrem eigenen Lebensalltag und suchen sich Wege, damit umzugehen. Entweder individuell oder in Kleingruppen – sei es das Hausprojekt, die Familie, der Freundeskreis. Wir wussten aber auch, dass die eigenen Lebensumstände unter vielen AktivistInnen und auch in Politgruppen selten thematisiert werden, was auch das politische Arbeiten und das Miteinander im Politikbetrieb beeinflusst. Wir wollten also zweierlei erreichen: Erstens unsere „Vereinzelungs-These“ überprüfen und zweitens gucken, ob sich darüber hinaus durch die Befragung Auswege finden lassen, ob Ideen und Strategien existieren, über die wir zuvor noch nicht nachgedacht hatten. Wir wollten eine Diskussion unter den Teilnehmenden des Berliner Mayday in Gang setzen: Wer ist warum da und was für Potenziale oder Grenzen bringt die ganz alltägliche prekäre Lebenssituation mit sich – auch in Hinblick auf politische Arbeit?

91

Dennis: Das könnte man auch umformulieren: Demonstriert man beim Mayday, weil es einem um ein moralisch-politisches Anliegen geht oder geht es vielleicht auch um die eigene Involviertheit?

Arranca-Redaktion: Wie sah das Untersuchen als Tätigkeit konkret aus?

Dennis: Bei der Berlinale-Befragung war ja die „Zielgruppe“ – um es mal so zu bezeichnen – sehr diffus, das waren Reinigungskräfte in den einzelnen Kinos, KartenabreißerInnen, VorführerInnen, Security, Selbstständige, PraktikantInnen – also ein ganz weites Feld. Wir hatten zunächst vor allem das Problem, dass

wir kaum direkte Kontakte zu jemand hatten. Und die zwei Wochen Berlinale sind ein relativ kurzer Untersuchungszeitraum, in dem die Beschäftigten noch dazu total viel zu tun haben. Wir haben also schon Monate zuvor begonnen, mit einem ausgearbeiteten Gesprächsleitfaden in Kinos zu gehen. Ursprünglich war die Idee, dort ad hoc kurze Interviews zu führen und die Leute dann noch mal zu einem längeren Interview einzuladen. Dort hätte es auch stärker um die Perspektive jenseits von individualisiertem Umgang mit der Erfahrung von Prekarisierung gehen sollen. Die langen Interviews kamen allerdings nie zustande: Wir haben zwar zu einem Termin eingeladen, aber da kam dann niemand. Ansonsten haben wir Ad-hoc-Interviews bei einer Aktion vor dem Berlinale-Vorbereitungsbüro am Potsdamer Platz geführt, wo wir in erster Linie mit den PraktikantInnen geredet haben. Es wurden Kontakte geknüpft, so dass wir danach im privaten Rahmen noch ein paar längere Interviews mit anderen Beschäftigten führen konnten.

Zunächst basierte alles auf dem eben erwähnten Gesprächsleitfaden, gerade bei längeren Interviews mussten wir jedoch oft stark davon abweichen, so dass es eher explorative qualitative Interviews wurden.

Arnd: Allerdings schwammen wir sehr lange bei der Frage, wer jetzt für uns als BefragteR „relevant“ ist bzw. „wen“ wir eigentlich gerade untersuchen. Oder anders: Wen können wir überhaupt untersuchen? Wir hatten immer diese zwei Pole – einerseits die „Niedriglohnprekarisierten“ und dann die „Kreativprekarisierten“ – und wollten die Frage nach dem Gemeinsamen stellen.

92 Dennis: Schade ist auch, dass wir es trotz guter Vorsätze nicht mehr geschafft haben, Interviews noch während der Berlinale zu führen. Uns ist einfach die Zeit ausgegangen, wir hatten den Aufwand unterschätzt und irgendwie war dann Stress mit der Vorbereitung der Gala, auf der wir Ergebnisse präsentieren wollten.

Julika: Bei der Mayday-Untersuchung hatten wir ja im Gegensatz zur Berlinale einen relativ langen Vorbereitungszeitraum, in dem wir uns erst mal überlegen mussten, was wir überhaupt genau wissen wollten und wo wir mit unserer Umfrage hinwollten. Es gab durchaus unterschiedliche Motivationen und Perspektiven und wir haben dann versucht, ausgehend von unseren Interessen Fragecluster zu bilden und uns mit Brainstormings an das Thema anzunähern. Die konkrete Umsetzung fand auf dem Berliner Mayday statt, dadurch war die Zielgruppe sehr klar. Die Umfrage bestand schließlich aus einer Art Baukastensystem. Wir hatten einerseits Leute, die eine Teilnehmende Beobachtung durchgeführt und einen subjektiven Eindruck davon geliefert haben, wie das Geschlechterverhältnis war, wie viele Leute mit Kindern da waren, ob und wie

viele Plakate hochgehalten wurden oder ob es Sprechchöre gab. Die eigentliche Umfrage hatte einen quantitativen und einen qualitativen Teil. Die quantitative Umfrage bestand in einem Fragebogen, der vor allem die Lebenssituation der Menschen abgefragt hat, also das Alter, den Beruf, ob sie Studis sind und Kinder haben, wie sie wohnen. Auch zur Frage der politischen Organisierung haben wir Fragen gestellt. Bei der qualitativen Umfrage liefen Leute mit Aufnahmegegeräten rum. Wir hatten uns vorher Fragen überlegt, die einerseits den Bereich der Lebenssituation abdecken und dann das individuelle Verständnis von Prekarisierung abfragen, auch wie man sich selbst dazu ins Verhältnis setzt. Weil das Motto des Mayday „Organisiert das schöne Leben!“ war, fragten wir, was für die Leute überhaupt „schönes Leben“ bedeutet und wie sie es organisieren. Schließlich haben wir noch Postkarten verteilt. Dort standen Fragen drauf wie „Was machst du am 2. Mai?“ Wir wollten damit die Leute auffordern, im Freundeskreis, auf der Demonstration oder zu Hause am Küchentisch zu diskutieren.

Arranca-Redaktion: Was waren denn zentrale Probleme und Hindernisse bei euren Untersuchungen?

Julika: Ein Problem war erst mal die Frage, worauf wir uns konzentrieren. Was wollen wir überhaupt wissen und wo wollen wir damit politisch hin? Das ist ein großer Themenkomplex, an den wir uns zwar diskursiv so weit wie möglich angenähert haben, aber ich glaube, dass wir es nicht geschafft haben, eine „Superkomplettmasterplanlösung“ zu entwickeln. Das zweite Problem war die große Datenmenge – es hat doch einen ganzen Stab an Leuten mit viel Zeit gebraucht, um den Interviewbogen auszuwerten und dann diese Informationen auch in politische Projekte oder einen diskursiven Prozess umzusetzen.

93

Arnd: Das Problem bei der Berlinale war von vornherein die knappe Zeit, dadurch wir irgendwann ziemlich in Bedrängnis.

Dennis: Die Berlinale hatte eine doppelte Funktion: Zum einen war es immer noch ein Befragungs- und Verständigungsprojekt, aber auf der anderen Seite war es auch Abschluss einer Kampagne, also sollte am Schluss auch irgendwas öffentlich Präsentables rauskommen. Diesem Zwang Genüge zu leisten bedeutete, einerseits zu befragen und gleichzeitig daraus irgendwelche Ergebnisse zu ziehen.

Arnd: Bei der Berlinale waren zum Schluss alle im Stress, sowohl Befragte als auch Befragende. Interessant war jedoch, dass einige Befragte bei der Berlinale ihre Arbeitssituation gar nicht als problematisch gesehen haben. Sie haben schon die Widersprüche benannt, aber oftmals war es so, dass zum Beispiel

PraktikantInnen oder Leute, die dort als LichttechnikerInnen arbeiteten, das als Sprungbrett gesehen haben. Für die ist das ein Prestigeding, dass sie da arbeiten können und sie machen das irgendwie auch gerne. Eine Regisseurin hat erzählt, dass ihre Mutter für drei Monate nach Berlin gezogen ist, um auf ihr Kind aufzupassen, damit sie Vollzeit für die Berlinale arbeiten kann und das fand sie gut so. Mit diesen Aussagen muss man umgehen, denn es ist deutlich geworden, dass einige Leute Prekarisierung eben nicht einfach nur Scheiße finden.

Dennis: Das fasst eine der Ambivalenzen von Prekarisierung gut zusammen. Wir hatten auch noch andere Schwierigkeiten. Im Vorfeld haben wir uns zum Beispiel stark den Kopf zerbrochen, mit welcher Position wir auftreten wollen. Denn wir waren Befragende und als solche distanziert, gleichzeitig haben wir versucht, Anknüpfungspunkte zu finden und auf ähnliche Konfliktmuster in unseren Lebensrealitäten zu verweisen. Dennoch waren wir eben nicht „vom Fach“. An sich hat die Befragung dann trotzdem ganz gut geklappt, aber ich glaube, dass mitunter das Interesse von Leuten größer gewesen wäre, wenn wir nicht so als Leute „von außen“ erschienen wären.

Arnd: Es gab eben ein zweifaches Interesse: Das eine war das Aufspüren von Konflikten, bzw. überhaupt der Versuch, der individualisierten Bewältigung von Prekarisierung nachzugehen und zu schauen, ob es kollektive Bewältigungs- oder Widerstandsformen gibt. Und zweitens eben auch ein Interesse daran, mögliche Organisationsprozesse zu initiieren. Gerade bei diesem Punkt stellt sich die Frage, ob wir überhaupt Angebote formulieren können.

94

Julika: Wir hatten sehr große Bedenken, dass Leute aus Angst, Informationen über sich preiszugeben, nicht mitmachen. Entsprechend waren wir positiv überrascht, dass das ganz selten passiert ist. Ganz im Gegenteil war das Interesse recht groß. Wenn man da stand und einen Fragebogen ausgefüllt hat, kamen häufig gleich mehrere Leute und haben gefragt, was wir machen. Das Bedürfnis, etwas über sich und sein Leben zu erzählen, ist schon da – das ist in Hinblick auf die methodische Herangehensweise an eine Militante Untersuchung durchaus eine wichtige Feststellung.

Dennis: Auf der Abschlussveranstaltung wurde in erster Linie die Form der szenischen Lesung gewählt, in der sehr viele Zitate aus den Berlinale und Documenta-Interviews zusammengefasst wurden. Dabei wurden Widersprüchlichkeiten, Ambivalenzen und auch Absurditäten des prekarisierten Lebens sehr deutlich. Diese Form war ursprünglich angedacht worden, um überhaupt einen Aufhänger für eine gemeinsame Diskussion herzustellen, auch darüber, wie man rauskommen kann aus diesem Hamsterrad der individualisierten

Bewältigung. Diesen Kommunikationsprozess haben wir allerdings im Rahmen der Gala nicht so erfolgreich herstellen können, vor allem weil die Veranstaltung viel zu gut besucht war, um überhaupt noch so etwas wie eine Diskussion zu ermöglichen. Eine einzige Veranstaltung ist dafür sicherlich zu kurz, wir hätten beispielsweise Workshops machen müssen. Dem Anspruch, einen Organisationsprozess zu initiieren, konnten wir so jedenfalls nicht gerecht werden.

Arranca-Redaktion: Was habt ihr daraus gelernt, was zieht ihr politisch für Schlüsse aus euren Projekten? Wird es in Zukunft weitere Untersuchungen geben?

Arnd: Es steckt sicher eine ganze Menge Potenzial in dieser Form der politischen Intervention und wenn man es sehr akribisch macht, ist dort durchaus politischer Mehrwert zu holen. Man muss sich allerdings im Vorfeld viele Gedanken darüber machen, wie man das organisiert und welchen Bereich man sich aussucht. Militante Untersuchung ist immer zunächst eine Methode und man sollte sie auch in diesem Sinne einsetzen. Ich glaube, in Zukunft würde ich das auf einen sehr langen Zeitraum ansetzen, um Veränderungen und Prozesse besser beobachten und begleiten zu können.

Julika: Meines Erachtens hat eine Militante Untersuchung großes Potenzial, es gibt aber auch Risiken, zu denen vor allem die Fehleinschätzung von Ressourcen und Aufwand gehört. Ich glaube trotzdem, dass da spannende Möglichkeiten drinstecken: Es ist eine Möglichkeit, Leute einzubinden und selbst zu Wort kommen zu lassen, die nicht in den klassischen Politstrukturen drinstecken. Ich hab den Eindruck, dass das eine Möglichkeit für Selbstverständigung und Reflektion bietet – auch für die Befragenden selber. Es ist auch für uns interessant gewesen, was Leute aus einem völlig anderen Umfeld unter Prekarisierung verstehen und was die für sie wichtigen Themen sind.

Dennis: Letztlich geht es uns in gewisser Weise darum herauszufinden, wie so etwas wie „moderner Klassenkampf“ in der Zukunft aussehen kann.

Perspektiven Zuspitzen! Soziale Kämpfe in der Krise

Eine Bestandsaufnahme aus Sicht einiger Erwerbslosenaktivist_innen

Wir sind eine Gruppe von Menschen, die „rund um die soziale Frage“ aktiv sind. Wir kommen aus sehr unterschiedlichen Zusammenhängen, die von „klassischen“ Erwerbslosengruppen aus dem Westen, über Hartz-IV-Gruppen aus dem Osten bis hin zu den radikalen Linken (West) oder anderen Bündnis-konstellationen reichen. U.a. gehören folgende Gruppierungen dazu: ABSP (Aktionsbündnis Sozialproteste), agenturschluss, BAG Prekäre Lebenslagen, Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t. Marburg, felS (für eine linke Strömung)*, Soziale Bewegung Land Brandenburg und Tacheles e.V. Einige von uns sind in sozialen Kämpfen seit den 1990er Jahren aktiv, während andere erst mit den Auseinandersetzungen um die Agenda 2010 anfangen, hier ihren politischen Schwerpunkt zu setzen. Seit drei Jahren treffen wir uns regelmäßig mit Unterstützung der Kontaktstelle soziale Bewegungen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, um uns über die Lage der „Sozialproteste“, neue Bündnisstrukturen und Aktionsformen auszutauschen. Zunächst beschreiben wir den Ausgangspunkt und Blickwinkel, von dem aus wir auf soziale Kämpfe derzeit blicken. Diese befinden sich unserer Meinung nach im doppelten Wortsinn „in der Krise“. In einem zweiten Schritt versuchen wir, anhand verschiedener Erfahrungen von „Arme Leute Bewegungen“ (Poor Peoples Movement) in den

96 USA, realistischere Einschätzungen der Möglichkeiten, besonderer Potentiale und Schwierigkeiten dieser Bewegungen zu formulieren. Erst im dritten Schritt nähern wir uns dann der eigentlichen Ausgangsfrage: Nämlich der des Zustandes der (organisierten und zu organisierenden) sozialen Kämpfe / Kämpfe um soziale Rechte heute. Wir gehen dies aber nicht durch eine übliche „Analyse der Kräfteverhältnisse“ an, sondern wollen uns einigen Sackgasen und Stillständen über das, was wir „Spannungsfelder“ nennen, annähern. Es gibt einige Streitpunkte, die sich durch unsere Tagungen, unsere Zusammenarbeit, unsere Konkurrenz und Nicht – Kommunikation ziehen.

Mit verschiedenen Fragen wollen wir eine kritische Bestandsaufnahme der derzeitigen Aktivitäten im Bereich sozialer Kämpfe, ihrer Potentiale, Möglichkeiten und Grenzen aus dem Blickwinkel von Erwerbslosen-Aktivist/innen vornehmen: Wo stehen „wir“? Wie sehen wir die Zukunft sozialer Kämpfe? Wie sind die derzeitigen (politischen und sozialen) Verhältnisse zu verstehen? Wie bewegen wir uns darin und was für Schlussfolgerungen ziehen wir daraus?

Als Ausgangspunkt für unsere Überlegungen haben wir zwei Grundannahmen:

1. Wir gehen davon aus, dass sich die soziale Frage zu einer der zentralen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik entwickeln wird. Auch ohne einen direkten linearen Zusammenhang zwischen der Verschlechterung der Lebensbedingungen und der Widerstandsbereitschaft zu konstruieren, scheint uns eine Verbreiterung und Zuspitzung der Proteste rund um die „soziale Frage“ dennoch am wahrscheinlichsten. Denn die „soziale Frage“ schreibt sich in alle anderen Fragen ein und artikuliert diese als „Klassenfragen“. Des Weiteren hängt es davon ab, inwieweit sich kollektive Formen der sozialen Auseinandersetzungen entwickeln und ob es gelingt, politisch wie ideologisch über die Durchsetzung von „Partikularinteressen“ hinauszureichen.

2. Soziale Kämpfe brauchen die Selbstorganisation von unten. Ansonsten werden sie zu schlechter Stellvertreterpolitik. Sicher müssen große Verbände sich der „sozialen“ Frage annehmen und sie vorantreiben. Wie sie dies aber machen, ob sie dies primär „stellvertretend“ von oben oder im Sinne „einer Verwaltung des Elends“ machen, ob sie dies aus einer gemeinsamen Zieldefinition tun (z.B. soziale Gerechtigkeit) und ob sie auch dazu bereit sind, Bündnisse auf Augenhöhe einzugehen, hängt nicht nur von ihrer, sondern auch von unserer Stärke ab. Wir brauchen starke Strukturen von „unten“, mit denen wir auf gleicher Augenhöhe in die gesellschaftlichen Aushandlungen treten können. Selbstorganisationsprozesse von „unten“ sind in den letzten Jahren an vielen Orten entstanden und ausgebaut worden. Zum einen mit Hilfe von öffentlichen Beratungen und öffentlichen, gemeinsamen Umsonstmahlzeiten, zum anderen durch die „Begleitpraxis“ und/oder direkte Interventionen/Aktionen. Über diese primär lokale Praxis der einzelnen Gruppen hinaus sollte jedoch eine strategische Bündnisorientierung entstehen.

97

► **Das Feld, in dem wir uns bewegen**

Es scheint so, als sei der erste Zyklus von Auseinandersetzungen, der eng mit Hartz IV verbunden war und unter anderem „Die Linke“ als Partei hervorgebracht hat, abgeschlossen. Der Beginn eines neuen Bewegungsabschnittes wäre also auch eine Reaktion auf die Krise. Dennoch wird eine seit längerem verstetigte Arbeit von Erwerbsloseninitiativen, sozialen Zentren und anderer Erwerbslosenarbeit teilweise erst jetzt (mit Zeitverzögerung) sichtbar. Es verbinden sich Kampfformen aus den unterschiedlichsten historischen Phasen der Erwerbslosenbewegung und den Sozialprotesten miteinander. Genannt seien hier Zahntag, Begleitschutz, parteiliche Beratung, Demonstrationen, symbolische Aktionen, und Forderungskampagnen. Es gibt eine Reihe von Selbsthilfeansätzen, die allein die aktuelle krisenhafte „Bewegungslosigkeit“ nicht zu durchbrechen

vermögen. Hier sind wir eindeutig gefordert, breitere Bündnisse aufzubauen. Zu glauben, dass eine radikale Linke und Erwerbslosenproteste nun in den Protesten gegen die Auswirkungen der Krise eine „Vorreiterrolle“ einnehmen könnten, wäre nicht nur eine Fehleinschätzung, sondern überdies auch noch vermessen.

Auch konnten entgegen der positiven Erwartungen einiger politischer AktivistInnen die Basisaktivitäten in den Jahren 2007 und 2008 nur sehr schwer gegen „die Krise“ artikuliert werden. Denn trotz der weltweiten Krise ab 2007/08 verschärfte sich die soziale Lage der „fest Lohnarbeitenden“, der Prekären* und der Erwerbslosen weder sofort noch automatisch. Zum einen, weil die Regierenden scheinbar einiges taten, um die Auswirkungen der Krise abzufedern (Kurzarbeit, Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich, Transfergesellschaften usw.). Der Sozial- und Stellenabbau geschah zum anderen auch in der Krise nicht mit einem Federstrich, sondern schleichend und schiebchenweise.

Ein weiterer Grund für eine fehlende „Massenmobilisierung“ war und ist sicher, dass „Hartz IV“ insofern - zynisch gesprochen - genial war, da durch diese Gesetze die „Befriedungs“- und Kontrollinstrumente gegenüber Erwerbslosen nach 2001, also vor dem großen Finanzcrash von 2007/08, schon bereit gestellt wurden.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die subjektive Lage des seit fünf Jahren von ALG II lebenden, mittlerweile verschuldeten Menschen, sich während der Krise zunächst nicht verschlimmerte - sie war schon „prekär genug“. Das Ausmaß der aktuellen Krise, die ökonomischen und ökologischen Ursachen und Folgen ist von vielen gar nicht erfasst worden, weder von den in Lohnarbeit Stehenden, noch von den Erwerbslosen u.a.. Selbst die gesellschaftlich Linkstehenden haben die Ausmaße zu weiten Teilen nicht erfasst. Auch gewerkschaftliche Kämpfe und gewerkschaftliche Forderungen hielten sich in Grenzen.

98

Die Radikalität, mit der von den Kräften, die Hartz IV geschaffen haben, eine Existenzsicherung ohne Arbeit bekämpft wird, tut ein Übriges, Einmischung und Widerstand der Betroffenen zu beschweren. Jährlich werden mehr Menschen durch Sanktionen und andere „Einspartricks“ aus dem Leistungsbezug herausgedrängt. Selbstverwaltete Ausbeutung und eine Überlebensstrategie als Niedriglöhner/innen bringt Menschen aus der Grundsicherung, bzw. belässt sie darin. D.h., sie leben immer „an der Grenze“. Nach dem Motto „keine Leistung ohne Gegenleistung“ soll flexibler, billiger und unter stärkerer Kontrolle „gearbeitet“ oder „etwas geleistet“ werden. Diese Tendenz wird sich mit der fortschreitenden Krise noch verschärfen.

Da die zu verteilenden Gelder in den Jobcentern und ähnlichen Behörden weiter gekürzt werden, wird das wenige zu verteilende Geld den Abhängigen durch Dreistigkeit und Unrechtspraxis vorenthalten. Diese restriktive Vergabep Praxis ist auch dem Finanzmangel in der kapitalistischen Krise geschuldet. Sie gilt für den Staat insgesamt, aber gerade auch für die Kommunen, die ja für die

Auszahlung von Wohngeld, Kinder- und Jugendhilfe, und den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur verantwortlich sind.

Statt vorgeblicher gesellschaftlicher „Integration durch Arbeit“ wird in der Krise versucht, mehrere Schichtungen von Erwerbslosen und Armen sowie prekär Arbeitende durch den Zeitpunkt der Entlassungen und die Schaffung neuer Trennlinien und Distinktionsmerkmale a la „ich bin ganz anders erwerbslos als du“ voneinander getrennt zu halten. Bisherige trennende Merkmale verlieren dabei teilweise ihre Umrisse, sie lösen sich an ihren Grenzen auf und differenzieren sich immanent weiter aus. Dabei entstehen neue vermeintliche Trennlinien; zum Teil gewollt; zum Teil der Eigendynamik geschuldet. Hierbei wird die eigene Zugehörigkeit zum „Prekariat“ häufig in trennende Merkmale umgeformt wie: (unterschiedliche) „Phasen“ der Erwerbslosigkeit, Studierende, (unterschiedlich) prekär Lohnarbeitende, Kranke. Das Zugehörigkeitsgefühl zu diesen ausdifferenzierten Schichtungen reproduziert unreflektiert Hierarchien, die es durch Solidarität und gemeinsames „Bewusstwerden“ zu durchbrechen gilt.

► Die besondere Bedeutung von Armenprotesten

...liegt in der Störung institutioneller Routinen – sie lassen sich aber weder formal organisieren noch als Bewegungen verstetigen. Frances Fox Piven und Richard Cloward haben in ihrer Studie „Der Aufstand der Armen“ spezifische Charakteristika von „Armenbewegungen“ analysiert. Obwohl sich ihre Analyse auf die 1930er und 1960er Jahre in den USA bezieht, erscheint sie uns für die gegenwärtige Situation aufschlussreich. Denn ihre Arbeit legt die strukturellen Bedingungen, die „falschen Hoffnungen“, aber auch das politische „Störpotential“ von Armenprotesten offen. Wir denken, dass diese Erkenntnisse auch für die neueren Sozialproteste hier in Deutschland hilfreich sind – zumindest können sie die aktuelle Auseinandersetzung anregen.

99

Nach Piven/Cloward besteht das Besondere sozialer Bewegungen von Armen darin, dass diese über nur geringe Ressourcen und Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Entscheidungen des politischen Systems verfügen. Ihr „einzig brauchbares politisches Instrument“ ist daher der Protest in Form der „Disruption“, worunter die Fähigkeit zur Störung institutioneller Routinen verstanden wird. Armenbewegungen entstehen im Allgemeinen an den Schnittstellen der Alltagsroutinen der Armen und den Routinen der Institutionen, in die sie eingebunden sind.

Während beispielsweise Industriearbeiter_innen an ihrem Arbeitsplatz streiken und damit unmittelbare Kosten verursachen können, haben Erwerbslose hingegen nur wenige Druckmittel zur Hand. Sie können lediglich Jobcenter besetzen oder andere Arme dazu aufrufen, massenhaft ihre „verdeckte Armut“ offen zu legen und öffentliche Leistungen zu beantragen, um auf diese Weise die Sozialbürokratie zu überfordern.

Nur unter historisch seltenen und strukturell außergewöhnlichen Bedingungen kommt es zu massenhaftem Widerstand der Armen, wie z.B. in den 1930er und den 1960er Jahren in den USA. Die Tatsache sozialer Ungleichheit – so Piven/Cloward – ist zwar eine notwendige Bedingung, aber keineswegs eine hinreichende Grundlage von Protest, denn sonst wäre der Aufstand allgegenwärtig. Für einen solchen Protest müssen mehrere gesellschaftliche Strukturverschiebungen zugleich wirksam sein. Diese müssen ökonomischen Druck erzeugen und die Instanzen der sozialen Kontrolle schwächen. Zudem müssen soziale Benachteiligungen als ungerecht und zugleich veränderbar erkannt werden, um so tief sitzenden Frust und „Apathie“ in Empörung umschlagen zu lassen.

Wie Piven/Cloward zeigen, sind Protestbewegungen von Armen ständigen, massiven Schwankungen ausgesetzt. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse verhindern, dass sich Proteste zu kontinuierlichen, von unten und übergreifend agierenden Bewegungen entwickeln können. Allerdings gibt es immer wieder – in besonderen Situationen – „disruptive“ Höhepunkte. Nämlich dann, wenn die Konflikte an vielen Orten zugleich und über längere Zeiträume hinweg in Protest umschlagen. In solchen Situationen kann es tatsächlich zu Zugeständnissen kommen. Allerdings setzt in aller Regel danach, so Piven/Cloward, der Niedergang einer Protestbewegung der Armen ein. Dieser Niedergang des Protests hat verschiedene Ursachen und Teilaspekte. So machen die Eliten in der Hochphase des Konfliktes Zugeständnisse an die Protestierenden, die objektiv gesehen als Erfolg gelten können. Zudem werden im Allgemeinen einige der Aktivist_innen der Bewegungen in die bestehenden Institutionen eingebunden, die wiederum im Rahmen der Einbindung teilweise umgestaltet werden.

100

Eine weitere Kanalisierung des Protests entsteht dadurch, dass die Netzwerke selbst der Funktion halber ihre formale Organisation vorantreiben. Laut Piven/Cloward ist das keine Folge von „falschen Handlungen“ oder Moral, sondern Ergebnis der schwierigen und widersprüchlichen strukturellen Probleme. Zum einen ist die formale Organisation und Vertretung eine Notwendigkeit für den Erfolg der Bewegung, da sie eine gewisse Dauerhaftigkeit und Beständigkeit erhält. Zum anderen liegt ein gesellschaftlicher Zwang der formalen Organisation der Massenbewegung zugrunde und beraubt sie dadurch ihrer eigenen Machtquellen, nämlich der „Disruption“ und der Militanz der Bewegung.

Wir alle kennen diese Dilemmata aus der eigenen Praxis: Die Suche nach verbindlichen Formen, Absprachen und Selbstvertretung, sowie der Wunsch, längerfristige Strategien zu entwickeln, lassen uns die Nähe zu bestehenden Organisationen suchen, um mit unseren Ideen in ihren Strukturen Aufnahme zu finden. Und zugleich kennen wir auch die damit einhergehenden Dynamiken der großen formalen Organisationen, in denen sich der Fokus auf den Erhalt der Organisation und die Versorgungsansprüche richtet und die eigentlichen Aktivitäten und Ziele all zu schnell blockiert werden.

Der politische Umgang mit „Zugeständnissen“ ist ebenso schwierig: In den Erfahrungen des Zahltags (Köln), beispielsweise, ist der Druck auf die ARGE so stark geworden, dass die Behörde sich Versuche der Entpolitisierung, Integration und Spaltung von Widerstand überlegte. Da sollte dann die „Begleitung“ als „Umsonstberatung“ integriert werden, während andere Aktivitäten weiter strafrechtlich verfolgt wurden. Auch die derzeitige Diskussion um einige Ungechtigkeiten im Hartz IV System sind aufschlussreich: Hier wird das Schonvermögen angehoben, da angekündigt, dass Regelsätze transparent ausgerechnet werden und dort wird durch die Regierung der Wachstumsbedarf von Kindern ab dem Schulalter zu großem Teil wieder anerkannt. Auch der ansonsten materiell sehr sinnvolle Ansatz der Rechtsdurchsetzung kann widersprüchlich sein. Er erlaubt, notwendige Rechte durchzusetzen und ein Problem zu politisieren, das zunächst als ein „rechtliches“ gilt und individuell ertragen werden muss. Die Skandalisierung eben jener grundlegenden Rechtsbrüche der ARGE kann ein zentraler Hebel sein, um Bündnispartner_innen zu gewinnen, den Rechtsstaat herauszufordern und gemeinsam neue Schritte auszuprobieren. Gleichzeitig kann er aber zu einer besonderen Form der „Kooption“ (meint die Übernahme der Mittel bzw. des Stils der Machthabenden) werden, wenn die Berufung auf das Recht zu einer Maximalforderung wird und „eben nicht mehr drin ist“.

Die Fragen bleiben deswegen die gleichen: Wann sind Zugeständnisse materiell für die Betroffenen so bedeutsam, dass sie aufgegriffen werden müssen, wann müssen wir sie als Erfolge unserer Politik und als Ausdruck der gegenwärtigen Kräftekonstellationen verteidigen, wann reicht unsere Stärke, diese weiter zu treiben? Und wann liegen die Fallstricke von Spaltung und Abspeisung so offenkundig auf der Hand, dass Zurückweisung und Zuspitzung des Konfliktes das bessere politische Mittel wäre? Denn umgekehrt, und das wissen wir alle aus leidvoller Erfahrung, lässt sich Bewegung und Selbstbehauptung selten aus Situationen entwickeln, die durch umfassende soziale Erpressbarkeit geprägt sind. Ebenso wenig führt der erfolgreiche Weg über zwar „richtige“, aber wenig vorwärts treibende Forderungen, wie z.B. „Kapitalismus abschaffen!“, nur weil sie für das Fronttransparent durchgesetzt wurden. Linke Selbstvergewisserung lähmt und fragmentiert auf Dauer. Auch wenn sie manchmal wie Zuspitzung aussieht, heißt das nicht, dass es sich um eine wirkliche gesellschaftliche Zuspitzung handelt.

Es bleibt herausfordernd, „Umarmungen“ ebenso wie Zurückweisungen in ihren wirklichen Konstellationen der Kräfte („der eigenen“ wie „der herrschenden“) zu verstehen, in die Diskussion zu bringen und Wege zu finden, die Konstellation der Kräfte dahingehend zu verändern, dass bessere Bedingungen für Organisierung, für den Umgang mit „Zugeständnissen“ bestehen und neue Dynamiken darüber in Gang kommen.

Aus unserer Erfahrung von Bewegungsdynamik ist es deswegen von größerer Bedeutung, konkrete Etappen hinsichtlich all dieser Fallstricke zu bestimmen. Das macht das Problem nicht „weg“, lässt aber Entscheidungen überprüfen und Erfolge unserer Kämpfe konkret nach ihrer jeweiligen Bedeutung und ihrem konkreten Stellenwert (nicht grundsätzlich und für alle Zeiten gültig) bestimmen. Die von Piven/Cloward aufgeworfene Skepsis hinsichtlich der einfachen Möglichkeit eines „Aufstands der Armen“ wirft aber auch eine weitere Frage auf. Da der Protest von Armen im Allgemeinen als breite und erfolgreiche Bewegung dauerhaft so schwierig zu gewährleisten ist, und zwar nicht weil sie zu wenig „Gutes“ und zu viel „Falsches“ tun, sondern weil die Bedingungen dafür strukturell so schwierig sind, wirft Roland Roth im Anschluss an Piven/Cloward die Frage nach gegenseitiger Unterstützung oder Bündnissen zwischen den direkt und indirekt Betroffenen auf. Er richtet sich zuallererst an die Adresse der an Ressourcen stärkeren Bündnispartner. Bei dieser Form bewusster Bündnisarbeit darf nicht die „Protesterwartung“ entscheidend sein (Erfolg ist, wenn es eine „Massenbewegung“ gibt). Entscheidend für das Gelingen eines solchen Bündnisses ist das Arbeiten an der „gemeinsamen Sache“. Dieses andere Verständnis von Bündnisarbeit, eines, das über unmittelbare gemeinsame Arbeit (die Demonstration) hinausgeht, erlaubt es, an gemeinsamen politischen Konzepten zu arbeiten. Ziele und Organisationsformen werden miteinander verklammert, aber die Eigenständigkeit der unterschiedlich starken Bündnispartner bleibt gewährt. Was aber könnten produktive Klammern sein, die Zusammenhänge und Gruppen in Bündnissen jenseits unmittelbarer Ziele längerfristig zusammenkommen lassen? Ein Teil der Sozialproteste sieht in Forderungskampagnen, welche die Gemeinsamkeit von Erwerbstätigen und Erwerbslosen herstellen wollen, die Möglichkeit einer politischen und sozialen Klammer, andere sind auf der Suche nach „anderen“ Klammern oder Richtungsforderungen, um gemeinsame Orientierungen zu schaffen.

102

Große und gesellschaftlich etablierte Organisationen müssen sich nach Roland Roth zudem in diesen Bündniskonstellationen fragen, wie eine „anwaltliche Vertretung“ und solidarische Unterstützung aussehen kann, die eine gemeinsame Arbeit auf gleicher Augenhöhe als zentrales Element und Voraussetzung der Zusammenarbeit und Zukunft denkt und dennoch bewusst mit dem unterschiedlichen gesellschaftlichen „Gewicht“, mit daraus folgenden Aufgaben der Vertretung, Verteilung von Ressourcen, ebenso mit der verschiedenen Organisationslogik umgeht. Armenprotesten sind in ihrer Durchsetzungsmöglichkeit, in dem, was wir herkömmlich als Erfolg denken (die bundesweite Demo, Organisierung, der Aufstand von Unten usw.), enge und objektive Grenzen auferlegt. Piven/Cloward benennen aber andere Kriterien, die vielleicht viel genauer erkennen lassen, welche Dynamiken in Gang kommen, wo „Erfolge“ zu verzeichnen sind und wo deswegen auch strategische Eingriffsmöglichkeiten liegen. Denn zum Einen

sind es die (für unsere Gesellschaft so wichtigen) institutionellen Routinen, die empfindlich „gestört“ werden und gesellschaftliche Verhältnisse in spezifischen Konstellationen in Bewegung bringen können (da aber auf dauerhafte Massenproteste zu hoffen wäre nach Piven/Cloward abwegig). Zum anderen sind soziale Kämpfe von „Armen“ immer auch (potentiell) mehr, als sich im Rahmen konkreter Auseinandersetzungen abspielt.

Genau das „Mehr“ herauszuarbeiten, bleibt Aufgabe der Bewegungen. Wie kann es also in sozialen Auseinandersetzungen durch unser Mittun, durch strategische Praxis gelingen, nicht nur die Bedingungen spezifischer Betroffenengruppen zu verbessern, deren Interessen sich bei verengter „Klientelpolitik“ leicht gegeneinander ausspielen lassen (Exklusivität/Konkurrenz/ Ausschluss). Sondern wie können breite von weit gefasster Solidarität getragene Ansätze entstehen, die einen gemeinsamen Boden haben oder einen solchen Boden bereiten? Wie können Interventionen aussehen, so dass sie das „Mehr“ zum Ziel haben?

► Spannungsfelder

Nicht nur bei Erwerbslosenprotesten stehen Positionen verschiedener Akteur/innen teilweise widersprüchlichen gegenüber, teilweise unverbunden nebeneinander. Um einige Fragen und Konsequenzen, die sich daraus ergeben, zu skizzieren, beschreiben wir im Folgenden Spannungsfelder mit ihren für uns relevanten Positions- „Polen“ und den von ihnen erzeugten „Spannungen“.

Symbolträchtige Demonstrationen gegenüber offensiven Selbsthilfeansätzen

Weniger symbolträchtige Demonstrationen – mehr offensive Selbsthilfeansätze in konkreten sozialen Auseinandersetzungen? „Groß-Kampftage“ können mehr als die Summe ihrer realen sozialen Kämpfe sein. Aber sie können ihre Ausstrahlungskraft nur dann entfalten, wenn die sozialen Kämpfe darin ihren Ausdruck finden. Konkrete soziale Kämpfe brauchen immer wieder Orte der Zusammenkunft, um aus den vielen Subjekten mit partikularen Interessen den Kampf gegen Prekarisierung zusammen zu führen.

Im Kontext des bundesweiten Krisen-Bündnisses haben auch in diesem Sommer wieder bundesweite Demonstrationen stattgefunden, die an die „Wir zahlen nicht für eure Krise“-Demonstrationen vom 28. März 2009 anknüpfen wollten. Aber immer wieder eine Demo nach der anderen...? Groß-Demonstrationen können Protestströmungen bündeln, sie können Konflikte auf die Straße tragen, marginalisierte Forderungen stark machen, auch können sie Kraft geben, weil sie das Gefühl vermitteln nicht allein zu sein. Groß-Demonstrationen können aber auch Ausdruck realer Schwäche sein, wenn sie zu einem Ritual werden, die investierten Ressourcen – und diese sind nicht zu unterschätzen – sang- und klanglos verpuffen, sie schlichtweg keine Dynamik entfalten und der Resonanzkörper fehlt.

Groß-Demonstrationen sind häufig eher von dem Wunsch getragen, die unterschiedlichen Lebensrealitäten symbolisch zusammen zu bringen, als dass dieses real der Fall ist. Die vielfältigen sozialen Kämpfe, wie die inzwischen verbreiterte Praxis der politischen „Ämter-Begleitungen“ wie auch die wieder erstarkenden kollektiven Umsonst-Fahr-Aktionen, versuchen den Wunsch nach kollektiver Gegenwehr in eine Praxis zu übersetzen und offensive Selbsthilfefansätze in konkreten sozialen Auseinandersetzungen zu erproben. Bei diesen konkreten sozialen Kämpfen gilt es stets darauf zu achten, Partikularinteressen zu überwinden. Wie gelingt es uns, in konkreten sozialen Kämpfen nicht nur die Bedingungen spezifischer Betroffenengruppen zu verbessern, deren Interessen sich bei verengter „Klientelpolitik“ leicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern darüber hinausgehend neue Formen des Eingriffs zu schaffen?

Eine auf inklusive Solidarität aufbauende Praxis kann auf der Meso-Ebene mit der Koppelung konkreter sozialer Kämpfe ihren Ausdruck finden. So setzen sich Zahltag-Aktivist/innen mit der Problematik des dem Hartz IV-Regime immanenten Niedriglohn auseinander und verlinken den Zahltag mit den Aktivitäten gegen die Arbeitsbedingungen von Schlecker XXL. Oder Aktivist_innen der Initiative Keine/r muss allein zum Amt* vernetzen sich mit dem Berliner Mietenstopp-Bündnis und entwickeln gemeinsam eine Praxis gegen Zwangsumzüge. Diese Kopplungsbeispiele, die Potential für Synergien für die involvierten sozialen Kämpfe ergeben können, könnten dann im Falle von Groß-Demonstrationen Brückenköpfe sein, deren Bedeutung für ein Signal nach innen (Wir sind viele, wir können was bewegen), wie nach Außen (Wir nehmen eure Abwälzung der Krisen-Folgen nicht einfach hin) nicht unter schätzt werden darf.

104

Jenseits von Stellvertreterpolitik und jenseits der „Politik in der ersten Person“

Wenn unsere Politik auf Verallgemeinerung, auf neue Formen der Solidarität und Dynamiken zielt, reicht eine „Politik in der ersten Person“ nicht aus. Unabhängige Erwerbslosenproteste und -initiativen versuchen seit den 1970er Jahren neue Wege der Organisation zu gehen. Wege, die sich von der alten Stellvertreterpolitik von Großorganisationen abheben, die sich im Wohlfahrtsstaat nach 1949 entwickelt haben und Erwerbslose oder Arme eher verwalten oder paternalistisch disziplinieren, statt Bekämpfung von Armut mit Emanzipation zu verbinden (namentlich durch Wohlfahrtsverbände, z.T. Gewerkschaften und die SPD). Dies gilt in ähnlicher Weise für das, was wir als Traditionslinke bezeichnen, die sich zu Stellvertreter_innen von Erwerbslosen (und anderen) aufspielen und i.d.R. zu wissen meinen, was die richtigen Forderungen, Strategien und Werte sind.

Aus der Kritik in beide Richtungen haben sich immer wieder Ansätze entwickelt, die auf Ermächtigung von „Betroffenen“ setzen, neue Bündnisse ermög-

lichen und politische Dynamiken in Gang setzen. Diese Art von Erwerbslosenpolitik macht nicht bloß Politik für Erwerbslose und ist keine bloße Politik von Erwerbslosen. Initiativen wie *Zahltag* und *Keine/r muss allein zum Amt* sind aktuelle Beispiele dieser Politik, die derzeit viel Aufmerksamkeit bekommt, im ganzen Bundesgebiet Nachahmer_innen findet und in einzelnen Regionen sogar produktive politische Unruhe stiftet. Lohnenswert also genauer auf diese Praxis und die Fallstricke, die auch diese Praxis bereithält, zu blicken.

In Initiativen wie *Zahltag* und *Keine/r muss allein zum Amt* kommen Menschen mit sehr unterschiedlichen sozialen und ökonomischen Hintergründen zusammen. Alt erprobte Aktivist_innen aus Sozialen Bewegungen treffen auf Leute von Erwerbslosen-Treffs, Beratungsstellen, Alt- oder Post-Autonome setzen sich mit Menschen zusammen, die sich zum ersten Mal im sozialpolitischen Feld engagieren. Die Aktivist_innen kommen entsprechend ihrer politischen bzw. sozialen Herkunft mit sehr unterschiedlichen Ansprüchen und Erfahrungen in den Kreis der Vorbereitenden, woraus spezifische Aufgabenfelder und Arbeitsverteilungen resultieren können. Haben die einen mehr Know-how für die Beratungsarbeit bei brenzligen Fragen zum SGB II, setzen andere ihre Kapazitäten für Hilfen bei Erstanträgen ein und einige begleiten einfach regelmäßig beim Gang zum Amt, andere organisieren die Anlage, Bänke und Tische für den Zahltag, wieder andere schreiben Flugblätter usw.

Diese sich häufig sehr schnell herauskristallisierende Aufgabenverteilung wird immer wieder in Frage gestellt. Eine der Konfliktlinien ist die Frage nach der Wichtigkeit der eigenen Betroffenheit von Hartz IV und der konkreten Hilfe beim Amt gegenüber dem eher aktionistischen Herangehen und der Schwerpunktsetzung auf Zahltage. Oft wird auch der Vorwurf der Stellvertreterpolitik erhoben a la „junge Studierende organisieren Erwerbslose“. Steht dieser Vorwurf im Raum, so fühlen sich folglich diejenigen in Frage gestellt, die sich an den Erwerbslosen-Initiativen beteiligen, im „real life“ aber ihre Dissertation schreiben, einer Erwerbstätigkeit nachgehen, noch studieren usw. und nicht erwerbslos sind oder sich nicht darüber definieren.

Stellvertreterpolitik ist in den letzten Jahren ein politisches Reizwort geworden. Ein Essential der radikalen Linken scheint das Ablehnen von jeglicher Stellvertreterpolitik zu sein – konkret kann dies bedeuten: Nicht für Flüchtlinge die Wertgutscheine abschaffen, sondern mit Migrant_innen gemeinsam in einen Organisationsprozess treten. Oder: Nicht für „die Armen, sozial benachteiligten Schichten“ Politik machen, sondern die Auswirkungen von Prekarisierungsprozessen entlang unserer eigenen Erfahrungen zum Ausgangspunkt von Kämpfen machen. Nicht für Erwerbslose einen reibungsloseren Gang zum Amt organisieren, sondern Hartz IV und Prekarisierung unserer aller Arbeits- und Lebensbedingungen an dem Ort Jobcenter zum Thema machen. Abgelehnt wird ein Politikverständnis, das paternalistisch geprägt ist (für andere etwas machen,

ohne diejenigen, um die es geht, mit einzubeziehen). Denn dann wird denjenigen, um die sich die Aktivität dreht, ihr Subjektcharakter genommen und sie werden zum „hilflosen Opfer“ ohne Willen und Kampfeskraft erklärt.

Aber die Perspektive, dass die Aktionen am Jobcenter für die von ALG II Betroffenen gemacht werden, ist eine in die Irre leitende. Erwerbslosenspolitik wird nicht für und auch nicht alleine von Erwerbslosen gemacht. Denn es geht um den Kampf gegen Prekarisierung von sozialen (Rechts-)Ansprüchen. Egal ob prekär beschäftigt, als Selbstständige schlecht verdienend oder erwerbslos – Prekarität ist die gemeinsame Klammer dieser Aktivitäten. Längst sind wir doch Alle von Prekarisierung im Sinne einer prinzipiellen Entgarantierung von sozialer Sicherung und sozialen (Rechts-) Ansprüchen betroffen. Es geht um das strategisch ausgewählte Feld Jobcenter als Ort der Auseinandersetzung um Hartz IV und damit um einen effekt- und machtvollen Ansatzpunkt gegen Regulierung und (Selbst-)Zurichtung.

Ein Solidaritäts-Verständnis, das bei den Interessen und Kämpfen der Subjekte ansetzt, baut auf Gegenseitigkeit. Diese gegenseitige Unterstützung, ob beim Jobcenter, der Abteilung für Aufstocker_innen oder in Betriebsversammlungen, setzt bei den pluralen Fähigkeiten und Hintergründen der Aktivist_innen an und drückt die Suche nach einem gemeinsamen Bezugspunkt aus, auch wenn wir aus unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbereichen kommen.

Spannungsfeld Widerstandsformen

106 Es gibt mittlerweile eine breite Praxis, der Aktion Zahltag bzw. Keine/r geht allein zum Amt und deren Weiterentwicklungen. Dies kann als eine Möglichkeit gesehen werden, uns kollektiv zu wehren gegen die Zumutungen in den Jobcentern und um wenigstens punktuell aus unserer Hilflosigkeit in der Vereinzelung herauszukommen. Das Beispiel Zahltag dient uns im folgenden Abschnitt dazu, ein paar Spannungslinien zu verdeutlichen – die sich letztlich immer, wenngleich lokal sehr verschieden – durch eine Praxis ziehen (müssen), die sich an der Grenze von „legalistisch“ und „grenzüberschreitend“ formiert. Das macht sie ja auch so spannend:

Bei offensiverer Zahltag-Praxis versucht die ARGE oftmals den Protest zu spalten, indem sie einigen bei der Ausübung der Erwerbslosenberatung und „kontrollierten Begleitung“ organisatorisch behilflich ist, während sie jedoch gegen andere mit der Verhängung von Hausverboten und Strafanträgen auf Hausfriedensbruch vorgeht. Diese Spaltung durch die Gegenseite in „Anerkannte“ und „Störer_innen“ darf auf unserer Seite nicht fälschlich in „Ängstliche“ und „Mutige“ übersetzt werden. Die selektive Anerkennung durch den politischen Gegner hat eine spaltende Funktion und führt zu Konkurrenz- und Dominanzmechanismen. Deshalb müssen die Anwendungen von Gesetzesübertretung, Regelverletzung und funktionsstörender Sabotage auch in Bezug auf ihre

Binnenwirkung genau diskutiert werden. Nur dann sind Initiativen wie Zahltag in der Lage, Mut machend, also mobilisierend zu wirken. Es scheint möglich, weder reine „linke Sozialarbeit“ zu betreiben, noch als bevormundende „Revolutionspädagogen“ aufzutreten. Die Position zwischen diesen Polen muss jedoch im dynamischen Widerstandsprozess ständig nachjustiert werden, damit das Instrument nicht abstumpft.

Wir müssen selbstkritisch feststellen, dass der „Klebeffekt“ bei vielen Selbsthilfeansätzen (so auch beim Zahltag) nicht besonders groß ist. Das heißt nur ein geringer Teil derer, denen z.B. per Begleitung geholfen wurde, trägt sich für zukünftige Begleitungen in unsere „Alarmlisten“ ein oder beteiligt sich anderweitig an unseren Protesten. Die Begleitung allein ist also kein Selbstzünder – die Ausweitung ist schwierige Handarbeit. Das Prinzip Zahltag muss die konkrete Selbsthilfe von Betroffenen verknüpfen mit weiteren Formen von Widerstand, die andere Aktivist/innen mit auf den Plan locken.

Legalistisch contra grenzüberschreitend?

Auffällig in der Bewegung sind die unterschiedlichen auf den ersten Blick unversöhnlichen Ansätze, Widerstand/Protest zu organisieren. Auf der einen Seite der „legale“ Widerstand von der Mahnwache/Latschdemo bis zum institutionalisierten Ämterkampf von „Hartz IV-Abhängigen“ mittels Durchsetzung individueller Rechte im bestehenden System – mit den Mitteln des Systems, das eigentlich bekämpft wird.

Auf der anderen Seite die „illegalen“ oder besser grenzüberschreitenden Widerstandsformen, beginnend mit zivilem Ungehorsam über Aneignungsaktionen bis hin zum militanten Widerstand (Übergang und Begriffe sind fließend). Die Verfechter/innen beider Richtungen blicken oft auf unterschiedliche scheinbar unversöhnliche „Traditionen“ politischer Arbeit, gesellschaftlicher Analyse und „Protestkultur“ zurück. In der alltäglichen Praxis sind sich beide Ansätze jedoch oft schon näher gekommen als viele annehmen. Sie laufen parallel nebeneinander her, ergänzen sich mehr oder weniger gewollt oder gehen bei manchen Praktiken fließend ineinander über.

Durch legalistische Widerstandsformen erreichen wir Menschen, die sich sonst nicht angesprochen fühlen. Durch kontinuierliche Arbeit z.B. einer Beratungsstelle, einer Initiative oder einer „Ämter-Begleitschutzgruppe“ können neue Leute erreicht und eingebunden sowie solidarische Selbsthilfepraktiken verbreitert werden. Das zeigt sich darin, dass individuelle Selbsthilfe angeregt wird und viele Erwerbslose nur noch mit Freund/innen und Bekannten zum Amt gehen. Auch wenn diese Organisierung nicht direkt in kollektiven Widerstand mündet, fördert sie eine Verschiebung des individuellen Selbstbildes vom hilflosen Einzelnen zum wehrhaften Rechtssubjekt und eröffnet kollektive Lösungsansätze.

Auf der anderen Seite darf sich politisch-emanzipatorischer Widerstand nicht auf die Berufung auf das geltende (Un-)Recht und geforderte Mindeststandards beschränken. „Realpolitische“ Forderungen werden dann schnell zur Maximalforderung, wenn sie vermitteln: Das steht dir zu – mehr ist aber nicht drin. Daher muss bewusst gefragt werden: Führt die Durchsetzung von Rechten zur Befriedung? In welchem Verhältnis stehen Durchsetzung von Rechten und Störung des Ämter-Ablaufs in unseren Aktionen?

Eine „breite soziale Bewegung“ kommt nicht ohne legalistische Praktiken aus. Demgegenüber müssen grenzüberschreitende Formen des Widerstandes als Praktiken einer kleinen Minderheit aus der avantgardistischen Ecke herausgeholt und im alltäglichen Widerstand der „Mehrheit“ (der Widerspenstigen) akzeptiert, ja sogar eingeführt werden. Sympathie mit Erfolgen, heimliche oder allmählich auch offene Unterstützung grenzüberschreitender/militanter Aktionsformen eröffnen eine Perspektive heraus aus der Bescheidenheit, die uns die politische und gesellschaftliche Realität auferlegt.

► **Lasst uns diskutieren, produktiv streiten und nach neuen Wegen suchen**

Wir haben im letzten Teil versucht, Positionen, die sich oft unversöhnlich gegenüberstehen und lähmend wirken, als „objektive“ politische Spannungsfelder in verschiedenen Bereichen anzusehen. Dieses Vorgehen hat uns geholfen, die in dieser Art Streitkultur oft nicht mehr erkennbaren „materiellen Gehalte“ der Auseinandersetzungen wieder sichtbar zu machen und POLITISCH diskutierbar zu machen.

- 108 Zum Teil haben wir dabei bewusst zugespitzt, provoziert; zum Teil sind die „Spannungen“ bei uns in der Gruppe selbst manifest geworden. Gerade letzteres zeigt uns, wir brauchen die offene Auseinandersetzung um POLITISCHE und STRATEGISCHE Fragen und Bestimmungen. Es ist unsere Verantwortung, ein Diskussionsklima zu gestalten, das Differenzen zwischen Haltungen, Einschätzungen und Vorgehensweisen schätzt, um in einem nächsten Schritt strategisch zu überlegen, wo etwas nebeneinander stehen bleiben muss, wo es scharfe politische Auseinandersetzungen braucht und wo differente Positionen auch in gemeinsame neue Positionen überführt werden können. Voraussetzung dafür ist der gemeinsam getragene Wunsch, Kräfteverhältnisse in Bewegung zu bringen, zu verschieben, einzugreifen, politisch Einfluss nehmen zu wollen. Es liegt auf der Hand, dass dies nicht alleine gelingt oder dadurch, dass man andere unterwirft.

Eingangs haben wir gesagt, dass wir davon ausgehen, dass soziale Kämpfe die Selbstorganisierung von unten brauchen, sie ansonsten zu schlechter Stellvertreterpolitik werden. Wir wissen auch, dass es der Unterstützung, der Mitwirkung, des Zusammentuns mit großen (Massen-)Organisationen bedarf, um die

„soziale“ Frage voranzutreiben. Wie sie dies aber machen - ob primär „stellvertretend“ von oben oder im Sinne „einer Verwaltung des Elends“, ob aus einer gemeinsamen Zieldefinition heraus (z.B. soziale Gerechtigkeit) und mit der Bereitschaft, Bündnisse auf Augenhöhe einzugehen - hängt nicht nur von ihrer, sondern auch von unserer Stärke ab. Deswegen wiederholen wir hier am Ende noch mal unseren wichtigsten Punkt:

„Wir brauchen starke Strukturen von „unten“, mit denen wir in die gesellschaftlichen Aushandlungen treten können (und wollen). Selbstorganisationsprozesse von „unten“ sind in den letzten Jahren an vielen Orten entstanden und ausgebaut worden. Über diese bisher primär lokale Praxis der einzelnen Gruppen hinaus sollte jedoch eine strategische Bündnisorientierung entstehen. Offenheit für politische Fragen und für Veränderungen sowie ein gesellschaftlicher Weitblick werden gebraucht. Autonomie ist wichtig, bloße Selbstbezogenheit ist auf Dauer fehl am Platz.“

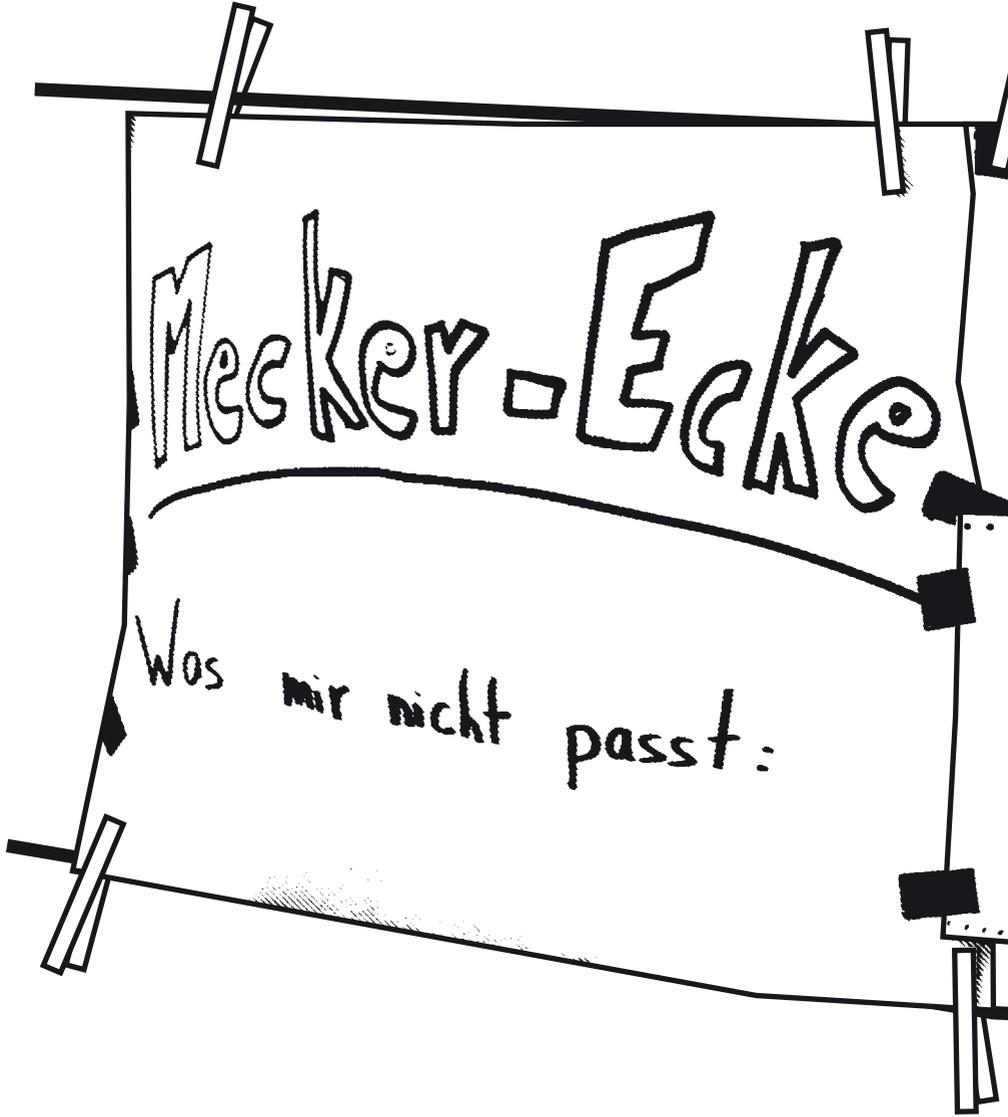
Wir wünschen uns, dass dieses Papier anregt zur Diskussion, zum Streit. Wir hoffen auf lebendige Auseinandersetzungen digital, auf Papier oder in realen Räumen.

Im Juli 2010

► Aktionsformen im Überblick. Eine Tabelle

	angesprochene Bedürfnisse	Probleme
Blockade	<ul style="list-style-type: none"> > Große Verägerung über das Jobcenter > keine Hoffnung auf Hilfe vom Jobcenter 	<ul style="list-style-type: none"> > Formaler Akt des Rechtsbruches > Probleme mit anderen Jobcenter-Besucher_innen möglich
Agitprop-Theater	<ul style="list-style-type: none"> > Je nach Form und Inhalt des Theaters konkreter Unmut, der spielerisch dargestellt wird 	<ul style="list-style-type: none"> > Wer spielt Theater? (Hemmschwelle) > hohe Fluktuation der Zuschauer_innen > Stress mit Polizei
Broschüre	<ul style="list-style-type: none"> > Aufklärung über rechtliche Verhältnisse > Weitergeben von Erfahrung > Verkollektivierung 	<ul style="list-style-type: none"> > Kein „Erleben“ von Widerstand > Wen erreicht so eine Broschüre? Wer kann das machen?
Flashmob-Aktion	<ul style="list-style-type: none"> > Bruch des Alltags > Offensiv öffentlichkeitswirksame Aktion > Selbstermächtigung > anonyme öffentliche Aktion (je nach Art) 	<ul style="list-style-type: none"> > Konfrontation mit Security und Polizei, evtl. mit anderen Jobcenter-Besucher_innen > Aktion nur punktuell > Aufwendige Pressearbeit
Spammen	<ul style="list-style-type: none"> > Ärger über Bürokratie > Überforderung mit Papierkrieg > Blockade 	<ul style="list-style-type: none"> > Aktion konzentriert sich auf Empfangsbereich? > Erreicht das andere Betroffene?
Im Vogelkostüm den Chef Nerven	<ul style="list-style-type: none"> > Spaß > Verägerung über den Chef 	<ul style="list-style-type: none"> > Stress mit Polizei > Öffentlichkeit sieht keine materielle Verbesserung
Zahltag-Aktion	<ul style="list-style-type: none"> > Verbesserung der eigenen Situation 	<ul style="list-style-type: none"> > Macht nur Sinn, wenn Zahltag regelmäßig gemacht wird

Innenwirkung	Außenwirkung	politische Einschätzung
<ul style="list-style-type: none"> > Gemeinsamer Grenzüberschritt 	<ul style="list-style-type: none"> > In den Medien eher schlechte Rezeption > Lahmlegung (von Teilen) des Jobcenter 	
<ul style="list-style-type: none"> > Zusammen Theater spielen kann Spaß machen 	<ul style="list-style-type: none"> > künstlerischer Handlungsappell und Aufklärung 	
<ul style="list-style-type: none"> > Mit der redaktionellen Arbeit verbundenes Kennenlernen > Keine unmittelbar verkollektivierende Erfahrung 	<ul style="list-style-type: none"> > Kommt auf die Broschüre an ;) 	
<ul style="list-style-type: none"> > Zusammenhalt, Selbstbewußtsein und Spaß > Gefühl von Aneignung 	<ul style="list-style-type: none"> > Irritation 	
<ul style="list-style-type: none"> > Selbstermächtigung und Zusammenhalt 	<ul style="list-style-type: none"> > Aufzeigen von bürokratischen Strukturen und Unzulänglichkeiten in der Verwaltung (bei guter Öffentlichkeitsarbeit) 	
<ul style="list-style-type: none"> > lustige Aktion > Selbstermächtigung (Umkehrung) 	<ul style="list-style-type: none"> > Macht den Chef lächerlich > Gutes YouTube-Video (Spaßgruppe ohne ernsthaften Anspruch) 	
<ul style="list-style-type: none"> > Selbstermächtigung und konkrete Erfolge > Verkollektivierung der eigenen Situation 	<ul style="list-style-type: none"> > Organisation lohnt sich > Viel Öffentlichkeit 	



Mecker-Ecke

Was mir nicht passt:

Besser im Gefängnis
sitzen, da ist's
besser. ▽

Dass man
so lange warten
muss ist schlimm

Schlange für
Schwerbehinderte
Schwangere
noch loslassen
s's nimm!

Bearbeiter
unfreundlich,
man wird wie 2. Wahl
behandelt
"Hast ja Zeit"

Anhang

Im Anhang befindet sich der *Fragebogen. Vorläufige Version*, der ein Bestandteil unserer weiteren Arbeit gegen das Jobcenter Neukölln sein soll. Dabei sind die wesentlichen Probleme am Jobcenter Neukölln aufgelistet. Mit diesem neuen Fragebogen wollen wir eine weitere „Befragungsrunde“ am Jobcenter Neukölln einleiten, weiter Gespräche über das Jobcenter anregen und einen neuen Vernetzungsanlauf auf Bezirksebene starten: Es geht uns darum, Missstände zu identifizieren, die vielen Leuten unter den Nägeln brennen und diese abzuschaffen. Die individualisierten Probleme am Jobcenter zu gemeinsamen, politischen zu machen und reale Veränderung durchzusetzen – eben Widerstandsperspektiven. Danach finden sich *Einige Beratungsstellen für von Hartz IV Betroffene*. Darauf folgen dann unsere Kontaktdaten. Am Ende des Anhangs finden sich noch einige Vorschläge an *Literatur zum Weiterlesen* und das *Glossar*, in dem einige in diesem Heft verwendete Begriffe erklärt werden.

Als Initiative „Zusammen! Gegen das Jobcenter Neukölln!“ sind wir seit über einem Jahr im und ums JobCenter Neukölln unterwegs. Wir haben uns mit vielen Erwerbslosen über die Probleme dort unterhalten, haben Versammlungen organisiert und Aktionen gemacht. Bei unseren Gesprächen haben wir herausgefunden, dass Viele von den gleichen Ärgernissen betroffen sind und ähnliche Probleme haben. Und wir haben gefragt „Wie setzt Du Dich zur Wehr?“ und dabei erfahren, dass es ganz viele unterschiedliche Strategien und Tricks gibt, die die Menschen dort anwenden, um diese Probleme zu lösen oder zu umgehen. Viele Leute dort sind sehr aktiv und kreativ! Nun kommen wir ein zweites Mal ans JobCenter, aber auch an andere Orte im Kiez mit einem Fragebogen, der auf den Erfahrungen und Erkenntnissen beruht, die wir in der „ersten Runde“ gesammelt haben. Wir haben noch viele Fragen! Zum Beispiel welches das grösste und drängendste Problem am JobCenter Neukölln ist. Das wollen wir gemeinsam herausfinden und dort ansetzen; aber auch wie die Stimmung und die Verbindung von JobCenter und Kiez ist. Unsere Perspektive ist und bleibt: Gemeinsam wollen wir unsere sozialen Rechte durchsetzen!

Was Kennst du / Häilst du noch für ein Problem?

.....

Was Gleubt du, ist das grösste und drängenste Problem?

.....

Wie äussert sich das / Wie Gehst du damit um?

.....

Was glaubst du, kann man dagegen unternehmen?

.....

Wenn es nicht ums Geld gegen würde, was würdest du machen?

.....

Was häilst du von diesem Fragebogen?

.....

	Das macht mich wütend. Unerträglich!	Das ist ein Problem.	Es gibt schlimmeres. Ich kann damit leben.
Die Behandlung auf dem Jobcenter ist respektlos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Jobcenter zwingt einem sinnlose Massnahme auf	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Behandlung auf dem Jobcenter ist rassistisch	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Fallmanager Berücksichtigen die Ausbildung / den Berufwunsch nicht (genug)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Tatsächlichen Kosten der Unterkunft werden nicht übernommen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Es wird nicht geglaubt wenn man krank ist	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Das Geld Kommt häufig zu spät an	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Die Familiäre situation wird nicht berücksichtigt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Wenn Du willst, dass wir Dich auf dem Laufenden halten oder Du mit uns zusammen aktiv werden willst, dann schreib uns eine Email oder füll diesen Abschnitt aus und trenne ihn ab und gib ihn uns direkt oder schicke ihn per Post.

Name

Telefon

E-mail-Adresse

Einige Beratungsstellen für von Hartz IV Betroffene

Vorsicht: diese Auflistung deckt weder sämtliche Beratungsstellen in Berlin ab, noch können wir die Richtigkeit aller Angaben garantieren. Am besten vorher nochmal selbst informieren.

Wichtig: Unterlagen mitnehmen!

Charlottenburg

Arbeit und Leben (DGB/VHS) e.V., DGB Berlin-Brandenburg,

Keithstraße 1-3, 10787 B.

Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten in deutsch/türkisch/polnisch/
griechisch/russisch/englisch

U Wittenbergplatz, Tel. 030-212 40-322,

www.berlin.arbeitundleben.de/migrantenberatung.html

Mo. bis Do. 08h-15h

Friedrichshain

Mieterladen Friedrichshain

Kreuzigerstraße 23, 10247 B.

Wichtig: mind. zwei Tage vorher anmelden unter

Tel. 030-74078831 (Rückrufnummer hinterlassen)

118 U Samariterstr.;

<http://www.ubi-mieterladen.de/>

jeder 3. Mi. im Monat 19h-20h

Hohenschönhausen

Hedwig – Stadtteilzentrum

Hedwigstraße 10, 13053 B.

Tel. 422 53 49; www.hartzroller.de

jeder 1. Do. im Monat 13h-15h

Kreuzberg

Berliner MieterGemeinschaft,

Möckernstraße 92 10963 B.

U Mockernbrücke, Mehringdamm, Yorckstraße, S Yorckstraße, M19

Tel. 030-21 00 25 84;

<http://www.bmgev.de/>

Di. ab 19h

Südblock

Admiralstraße 1-2, 10999 B.

U Kottbuser Tor; Tel. 030-422 53 49; www.hartzeroller.de

Di. 14-17h (Winter)

Di. 13-16h (Sommer)

Kreuzberger Stadtteilzentrum

Lausitzer Straße 8, 10999 B.

Wichtig: vorher anmelden unter Tel. 030 422 53 49

U Görlitzer Bahnhof; www.hartzeroller.de

jeder 2. und 4. Do. im Monat 14:30h bis 17:30h

Ver.di-Erwerbslosenberatung

ver.di-Haus, Köpenicker Straße 30, 10179 B.

Raum Z.10 und Z.09 (Zwischengeschoss)

U Heinrich-Heine-Strasse, S Ostbahnhof;

<http://erwerbslose.berlin.verdi.de/>

Mi. 16h-18h

Lichtenberg

Alte Schmiede

Spittastraße 40, 10317 B.

Wichtig: vorher anmelden unter: Tel. 030-422 53 49

S Rummelsburg, S Nöldnerplatz,

www.hartzeroller.de

jeder 1./3. Mo. im Monat 14h-18h

119

Mitte

Berliner Arbeitslosenzentrum (BALZ)

Nazarethkirchstraße 50, 13347 B.

U Leopoldplatz, Tel. 030-45 60 60 15,

www.berliner-arbeitslosenzentrum.de/

Di. 10-12:30 Uhr

Neukölln

Stadtteilladen Lunte

Weisestraße 53, 12049 B.

U Boddinstraße; Tel. 030-622 32 34;

www.dielunte.de

Do. 18-20h Sozialberatung

Mi. 12-16h Erwerbslosen-Frühstück

Prenzlauer Berg

mob e.V., Kaffee Bankrott

Prenzlauer Allee 87, 10405 B.

S Prenzlauer Allee, Tel. 030-4679 4611,

www.strassenfeger.org

Di. 14h-17h

Schöneberg

AK Elvis, Rote Insel

Feurigstraße. 68, 10827 B.

S Julius-Leber-Brücke, U Kleistpark, Tel. 030-21997,

www.dielinke-tempelhof-schoeneberg.de

jeder 2./4. Do. im Monat 10h-12h Erwerbslosenfrühstück:

Do. 10h-12h und 2./4. Di. 17h-19h Sozialberatung

Wedding

BASTA - Berliner Erwerbslosenzentrum

Scherrstraße 8, 13347 B.

U+S Wedding, U Nauener Platz,

www.spatico.de/wiki/index.php?BASTA

Mi. 10h-13h

Do. 15h-18h

120

Literatur zum Weiterlesen

- > arranca! nr. 39: Militante Untersuchungen; Berlin 2008
- > Saul Alinsky: Call me a Radical – Organizing und Empowerment. Politische Schriften; Göttingen 2011
- > Francis F. Piven/ Richard A. Cloward: Aufstand der Armen; Frankfurt 1986
- > Peter Nowak: Zahntag. Zwang und Widerstand in Hartz IV; Münster 2010
- > Gruppe Blauer Montag: Risse im Putz. Autonomie, Prekarisierung und autoritärer Sozialstaat; Berlin 2008
- > Romano Alquati: Klassenanalyse als Klassenkampf. Arbeiteruntersuchungen bei FIAT und OLIVETTI; Frankfurt am Main 1974
- > kolinko: Call Center. Untersuchung. Kommunismus. Oberhausen 2002
- > Lüttringhaus, Maria/ Richters, Hille: Handbuch aktivierende Befragung. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen. Bonn 2007 ver.di: Wir sind die Pflegekraft. Ein Handbuch. Berlin 2011

Glossar

Breiter Klassenbegriff Im Unterschied zu einer rein soziologischen Definition von Klasse, die die faktische Schichtung von Bevölkerungsgruppen in der Gesellschaft meint. In der marxistischen Theorie wird davon ausgegangen, dass in bisher fast allen Gesellschaften eine Klasse mit bestimmten Eigenschaften – im Kapitalismus Eigentum an Produktionsmitteln – eine andere unterdrückt und ausbeutet – im Kapitalismus diejenigen ohne Eigentum an Produktionsmitteln. Daher können Klassen auch zu politisch handelnden Gruppen werden. Dazu müssen sie aber von einer Klasse an-sich zu einer Klasse für-sich werden. Also die eigene Funktion im System und die daraus resultierende Unterdrückung zu erkennen. Die Entwicklung vom an-sich zum für-sich wird in vielen marxistischen Theorien als notwendige Voraussetzung für klassenkämpferische Auseinandersetzungen verstanden.

Der italienische Operaismus setzt mit der Entwicklung des Begriff der Klassenzusammensetzung an diesem Punkt an und geht gleichzeitig wesentlich darüber hinaus. Er überwindet eine einfache Gegenüberstellung von Arbeiterklasse vs. Kapitalistenklasse und betont gleichzeitig das Politische der Klassenzusammensetzung, d.h. den Umstand, dass die Klasse oder auch Klassenfraktion etwas ist, dass nicht einfach da ist, sondern, sie sich erst im Kampf, in der Auseinandersetzung, formiert. Das passiert z.B., indem bei der Aushandlung von Forderungen in einem (Arbeits-)Kampf aktiv nach möglichst vielen Gemeinsamkeiten zwischen den Beschäftigten und/oder Betroffenen gesucht werden. Das wäre eine Fokussierung auf einen breiten Klassenbegriff. (Alle Einkommensabhängigen sind von Hartz IV betroffen!) Die Strategie der gegenständlichen Klasse sieht dabei zumeist so aus, dass sie versucht, so viele Trennungs- und Spaltungslinien zu betonen oder zu produzieren wie möglich. Das kann geschehen durch das Schüren rassistischer Ressentiments gegenüber Kolleg_innen, die als nicht-deutsch gesehen werden, durch unterschiedliche Lohnhöhen, durch das vertraglich festgelegte Verbot, mit den anderen Mitarbeiter_innen über die Lohnhöhe zu sprechen oder durch die Aufteilung der Beschäftigten eines Betriebs in Leiharbeiter_innen einerseits und eine Stammebelegschaft andererseits.

121

Biodeutsche sind weiße Deutsche ohne Migrationshintergrund, also ohne Rassismuserfahrungen (es sei denn als der diskriminierende Part).

Eingliederungsvereinbarungen werden die Verträge über Anzahl von Bewerbungen genannt, die Sachbearbeiter_innen mit Erwerbslosen abschließen.

(Euro)Mayday ist ein 2001 zuerst von italienischen, französischen und katalanischen Aktivist*innen gegründetes Netzwerk, die am 1. Mai zu einer Euro-Mayday-Parade aufriefen. Sie fand ebenfalls 2001 zum ersten Mal in Mailand statt. Zentrales Anliegen war und ist es, den verschiedenartigsten Formen von Prekarisierung in Arbeit und Leben, die durch die klassischen Institutionen der Arbeiterbewegung und der Linken nicht (mehr) organisiert werden können, einen Ausdruck zu geben. Dabei geht es nicht um Repräsentation und/oder Einheitlichkeit, sondern um ein Sichtbarmachen der Vielheit der Wünsche, Lebens- und Kampfformen. Im Zentrum stehen dabei Selbstorganisation und Vernetzung. Die Organisation des Mayday am oder um den 1. Mai soll genau dieses Spannungsverhältnis auch symbolisch aufzeigen. Der EuroMayday findet jährlich in verschiedenen Städten Europas statt.

In Berlin fanden die Mayday-Paraden 2006-2009 statt. 2010 ist in Dortmund ein weiterer Mayday-Zusammenhang entstanden.

> <http://www.euromayday.org/>

FelS – Für eine linke Strömung ist eine radikal linke Initiative aus Berlin. Die Gruppe gibt die Zeitschrift *arranca!* heraus und ist Teil der Interventionistischen Linken. FelS bemüht sich seit 1991 um die Weiterentwicklung linksradikaler Politik. Dafür arbeiten wir in themenbezogenen Arbeitsgruppen: Antifaschismus, Internationale Solidarität, Queerfeminismus, Soziale Kämpfe sowie Klima. Neben der alltäglichen Praxis (wie der Militanten Untersuchung am JobCenter Neukölln) sind wir auch an bundesweiten Bündnissen und Kampagnen beteiligt. Beispielsweise ist FelS Teil des Bündnis *Dresden Nazifrei!*, das sich dem alljährlichen Dresdener Naziaufmarsch mit Massenblockaden entgegenstellt. Im Rahmen der Kampagne *Castor? Schottern!* unterstützen wir die Proteste gegen den Castor-Transport und im Bündnis gegen Lager sind wir gegen Rassismus und Ausgrenzung aktiv. In der Vergangenheit haben wir u. a. die Block G8-Massenblockaden in Heiligendamm (2007) und die Proteste gegen den Klimagipfel in Kopenhagen (2009) mitgetragen. Außerdem haben wir mehrmals in Berlin am 1. Mai die Mayday-Parade der Prekären veranstaltet. Weitere Informationen gibt es in unserem Selbstverständnis:

> <http://fels.nadir.org/de/573/whois>

PS. FelS ist eine offene Gruppe und freut sich über neue Mitstreiter_innen!

Fordismus und **Postfordismus** bezeichnen aufeinander folgende Modelle der Wirtschafts- und Produktionsweise. Der Fordismus bezeichnet das Wirtschaftsmodell der Industriestaaten in der Nachkriegszeit bis in die 1970er. Die Phase des Fordismus ist auf staatlicher Ebene durch einen relativ ausgebauten Sozialstaat gekennzeichnet. Auf betrieblicher Ebene ist er durch eine detaillierte Arbeitsteilung und eine weitläufige Hierarchisierung und Überwachung

gekennzeichnet. Dies bedeutet, dass sehr monotone Arbeiten bei sehr geringer Selbstbestimmung verrichtet werden mussten, bei gleichzeitiger Automatisierung. Symbol für diese Arbeitsweise ist das Fließband. Es herrschte aber eine große Arbeitsplatzsicherheit, die Möglichkeit eines kontinuierlichen Aufstiegs nach Länge der Betriebszugehörigkeit und es kam zu steigenden Lohnzahlungen, um die Arbeitenden an Rebellionen gegen das neue Modell zu hindern und die Nachfrage anzukurbeln. Produziert wurden Konsumgüter auf Massenbasis. Diese Phase war gekennzeichnet durch eine strenge Trennung von Arbeit und Familie sowie das Modell der Hausfrau und eines männlichen Alleinernährers. Unter anderem durch verschärfte Konkurrenz auf den Weltmärkten geriet das Modell unter Druck, weil durch mehr fordistische Produktion nicht mehr weiteres Wachstum erzielt werden konnte. Auf staatlicher Ebene kam es zu einem rigiden Abbau des Sozialstaates und mehr und mehr Zwang zur Arbeit. Gleichzeitig wurden Bereiche, die bisher nicht warenförmig strukturiert waren, in Wert gesetzt (z.B. der Ausbau der Dienstleistungen). Im Bereich der Produktion wurden und werden Hierarchien und Verwaltung verschlankt. In wachsenden Bereichen sollen nun eigene Emotionen, Interessen und Fähigkeiten eingebracht werden und in Eigenverantwortung oder Gruppen geplant werden. Gleichzeitig kommt es zu einer steigenden Unsicherheit und Ausbau des Niedriglohnssektors. Befristete Verträge und flexibler Einsatz der Arbeitenden durch das Unternehmen nehmen zu. In der Produktion wird mehr auf unterschiedliche Produkte mit Besonderheiten, als auf Massenproduktion nur eines Produktes gesetzt. Nicht mehr nur für berufstätige Frauen sondern auch für Männer wird es immer schwieriger, die Grenze zwischen Arbeit und Familie aufrechtzuerhalten (z.B. durch Lohnarbeit von zu Hause). Diese Phase wird Postfordismus genannt.

123

Habitus (lateinisch habitus = „Gehaben“ von habere = „haben“) ist ein Ausdruck für das Auftreten oder Benehmen eines Menschen; für die Gesamtheit seiner Vorlieben und Gewohnheiten bzw. für die Art, sich zu verhalten. In der Soziologie wurde der Begriff „Habitus“ von Norbert Elias und Pierre Bourdieu zum Fachterminus erhoben. Bei Elias bezeichnet der Begriff „sozialer Habitus“ Gewohnheiten im Denken, Fühlen und Handeln, die Mitgliedern einer Gruppe gemeinsam sind (gleichbedeutend „soziale Persönlichkeitsstruktur“: die den Mitgliedern einer Gruppe gemeinsamen psychischen Merkmale). Nach Bourdieu bezeichnet „Habitus“ das gesamte Auftreten einer Person, im Einzelnen also z. B. den Lebensstil, die Sprache, die Kleidung und den Geschmack. Am Habitus einer Person lässt sich ihr Rang oder Status in der Gesellschaft ablesen. Durchaus möglich ist allerdings auch, dass eine Person mit einem der sozialen Schicht angemessenen Habitus durch verschiedenste Einflüsse in eine tiefere oder höhere soziale Schicht absteigt bzw. aufsteigt. Der Habitus ändert sich (zumindest kurzfristig) nicht.

> Quelle: http://de.wikipedia.org/wiki/Habitus_%28Soziologie%29

Initiative Zusammen! Gegen das Jobcenter Neukölln

In der Initiative *Zusammen! Gegen das Jobcenter Neukölln* kommen Menschen ins Gespräch, die in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen stecken und führen Aktionen am Jobcenter und im Stadtteil Neukölln durch. Die *Versammlung gegen das Jobcenter Neukölln* (siehe den Artikel *Versammlung? Gegen das Jobcenter Neukölln!*) war ebenfalls Bestandteil der Initiative. Die Initiative macht die alltäglichen Kämpfe gegen Hartz IV und Prekarisierung präsent und möchte herausfinden, welche die dringendsten Probleme am Jobcenter Neukölln sind, um gemeinsam nach Wegen zu suchen, soziale Rechte durchzusetzen. Leute, die mitmachen wollen, sind willkommen!“

> <http://zusammendagegen.blogspot.de/>

> <http://www.facebook.com/Zusammen.gegen.das.Jobcenter.Neukoelln>

Keine/r muss allein zum Amt! ist eine Initiative, die solidarisches Begleiten organisiert und mehrere Zahltags-Aktionen vor Berliner Jobcentern durchgeführt hat. > <http://zahltagberlin.blogspot.de/>

Der Begriff **Kommunikationsguerilla** beschreibt eine künstlerische, parodistische Strategie zur Subversion von Kommunikationsstrukturen, bei der vorhandene Zeichen/Codes verdreht oder entstellt werden.

Operaismus (ital.: operaismo) bezeichnet sowohl eine neomarxistische Strömung als auch eine soziale Bewegung, die in den frühen 1960er Jahren im industriellen Norditalien entstanden ist. Der Begriff ist von dem italienischen Wort *operaio* (für „Arbeiter“) abgeleitet.

124

In deutlicher Abgrenzung zur Kommunistischen Partei Italiens, deren politische Strategie ganz auf die Eroberung des Staatsapparats ausgerichtet war, gaben sich die Operaist_innen strikt antistaatlich und propagierten den Kampf gegen die Fabrikarbeit. Im Mittelpunkt der Überlegungen steht stets die Subjektivität der Arbeiter_innen, deren nicht immer offensichtlicher Kampf gegen die Arbeit als treibendes Bewegungsmoment der Geschichte begriffen wird. Die Bewegungen der Kapitaleseite und der kapitalistischen Gesellschaft sind als Reaktionen auf diesen Kampf der Arbeiter_innen aufzufassen, nicht umgekehrt.

Internationale Aufmerksamkeit erregten die Operaist_innen ab Anfang der 1970er Jahre mit groß angelegten und oft lang andauernden Bestreikungen von Automobilfabriken; wobei mitunter spektakuläre und rabiate Methoden bis hin zur Entführung von Managern angewendet wurden. Als Konsequenz ihrer Ablehnung der Fabrikarbeit gab es eine intensive Hinwendung zu sozialpolitischen Themen (vor allem Wohnverhältnisse und Krankenpflege). Zudem entstand eine vielfältige und entsprechend unübersichtliche Medienproduktion (vor

allem Zeitschriften und Radiosendungen). Von den zahlreichen centri sociali, die in der Hochphase der Bewegung als Treffpunkte aufgebaut wurden, haben einige in italienischen Großstädten bis heute überlebt.

Wichtige VertreterInnen des Operaismus sind Romano Alquati, Antonio Negri, Raniero Panzieri und Mario Tronti. Weitere Vertreter sind: Aris Accornero, Franco Berardi, Sergio Bologna, Rita Di Leo und Alberto Asor Rosa.

> Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Operaismus>

Prekarisierung (von lat.-fr. prekär; „unsicher, durch Bitten erlangt, widerlich, schwierig“) ist ein Begriff aus der Arbeits- und Industriesoziologie und beschreibt die «im Zuge von Individualisierung und Deinstitutionalisierung seit Beginn der 80er» stetige Zunahme der Zahl von Arbeitsplätzen mit zu geringer Einkommenssicherheit. Als strukturelle Ursachen für diese mangelnde Sicherheit wird häufig mangelnde Arbeitsplatzsicherheit, niedriger Lohn, Teilzeitbeschäftigung, befristete Verträge und mangelnder Kündigungsschutz und häufig fehlende Interessenvertretung (Betriebsrat) genannt. Prekarisierung beschreibt dabei den Prozess der relativen Zunahme von prekären (resp. schlecht bezahlten und unsicheren) Arbeitsverhältnissen in der nicht selbständigen Erwerbsarbeit. Als ein strukturelles Kriterium für die Prekarität ist die Frage entscheidend, inwieweit noch eine Selbständigkeit der Existenz durch die Beschäftigung gewährleistet ist. Danach gilt ein_e Beschäftigte_r als prekär, wenn er_sie selbst bei Vollzeitarbeit nicht eigenständig von dem erzielten Einkommen leben kann. Es kann dabei (nach neueren soziologischen Diskussionen) zur Herausbildung eines „Prekariats“ kommen.

> Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Prekarisierung>

125

Hinzu kommt, dass der Begriff nicht nur auf Arbeitsverhältnisse, sondern allgemeiner, auch auf Lebensweisen angewendet werden kann. Dann betrifft der Begriff z.B. auch einen prekären Aufenthaltsstatus als Migrant_in o.a.

Rating ist die englische Bezeichnung für Bewertung oder Einstufung. Das Rating bezieht sich dabei auf eine festgelegtes, formalisiertes Bewertungsschema. Im Kreditwesen bezieht sich das Rating auf die Einschätzung der Bonität eines Schuldners. Häufig werden die Ratings durch eigens hierauf spezialisierte Ratingagenturen in Form von Ratingcodes von A bis D vergeben.

> http://de.wikipedia.org/wiki/Rating_%28Begriffskl%C3%A4rung%29

Sanktionsmoratorium meint eigentlich die Kampagne für ein sofortiges Aussetzen (Moratorium) der Sanktionierungen gegen Hartz IV-Bezieher_innen. Diese Sanktionierung drückt sich normalerweise in der Kürzung der Mittel aus, die den Bezieher_innen ausgezahlt wird: 30% bei sogenannten einmaligen Verstößen und bis zu 100% bei mehrmaligen Verstößen. Bei der gesetzlichen

Regelung, die bei der Sanktionierung angewendet wird, handelt es sich um § 31 SGB II (Sozialgesetzbuch 2). Weitere Informationen findet ihr unter:

> <http://Bundeskuratorium>

Solidarisches Begleiten ist eine Möglichkeit, sich im Alltag solidarisch zu unterstützen. Es ist eine politisch-soziale Praxis, bei der Erwerbslose bei ihrem Gang aufs Amt begleitet werden. Denn viele dieser Termine sind unangenehm und schikanierend, eine Begleitung bewirkt da oft Wunder. Der Umgangston auf dem Amt wird entspannter, scheinbar festgefahrene Situationen lassen sich plötzlich regeln und Erwerbslose erhalten Leistungen, die ihnen bislang verwehrt wurden. Der juristische Terminus für eine solche Solidarische Begleitung ist der sogenannte Beistand. Die Grundlagen des solidarischen Begleitens könnt ihr im gleichnamigen Artikel in dieser Broschüre nachlesen.

Subalternität ist im von den herkömmlichen Bedeutungen abweichenden sozial- und kulturwissenschaftlichen Sinn, als Übersetzung aus dem Italienischen, ein Begriff, den Antonio Gramsci zur Beschreibung gesellschaftlicher Gruppen geprägt hat, denen der Zugang zu hegemonialen Teilen der Gesellschaft verschlossen ist. Subalterne Gesellschaftsschichten sind nach Gramsci durch hegemoniale Strukturen und die Herrschaftsausübung anderer Gesellschaftsteile stark eingeschränkt in ihren Möglichkeiten, sich ihrer politischen Interessen und ihrer potentiellen politischen Stärke bewusst zu werden und sich politisch und öffentlich zu artikulieren. Beispiele Gramscis für subalterne Teile von Gesellschaften sind die Sklav_innen im antiken Rom und Kleinbäuer_innen und Arbeiter_innen in kapitalistischen Gesellschaften zu Lebzeiten Gramscis. Die Subalternität gründet sich entsprechend gramscianischem Verständnis nicht nur auf direkte Gewaltausübung, sondern vor allem auf die ökonomisch begründete zivilgesellschaftliche Hegemonie, die sich der zivilgesellschaftlichen Kommunikation und ihrer (zumeist versteckten) Kontrolle durch die Herrschenden bedient.

126

> Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Subalternit%C3%A4t>

Der Begriff **Workfare** ist in Anlehnung an Welfare (engl. Wohlfahrt) entstanden und bezeichnet ein arbeitsmarktpolitisches Konzept, welches staatliche Transferleistungen mit einer Verpflichtung zur Arbeitsaufnahme verknüpft. Das in den Vereinigten Staaten in den 1990 Jahren entstandene Modell zielt darauf ab, ohne zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen möglichst viele Transferbeziehende dazu zu bringen, eine unsubventionierte Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt anzunehmen [...]

Workfare sind Aktivierungsmaßnahmen, die vor allem darauf abzielen, die Arbeitssuche und -aufnahme durch verbindliche Absprachen und durch Androhungen von Sanktionen zu erhöhen. Folgende drei Merkmale sind bestimmend.

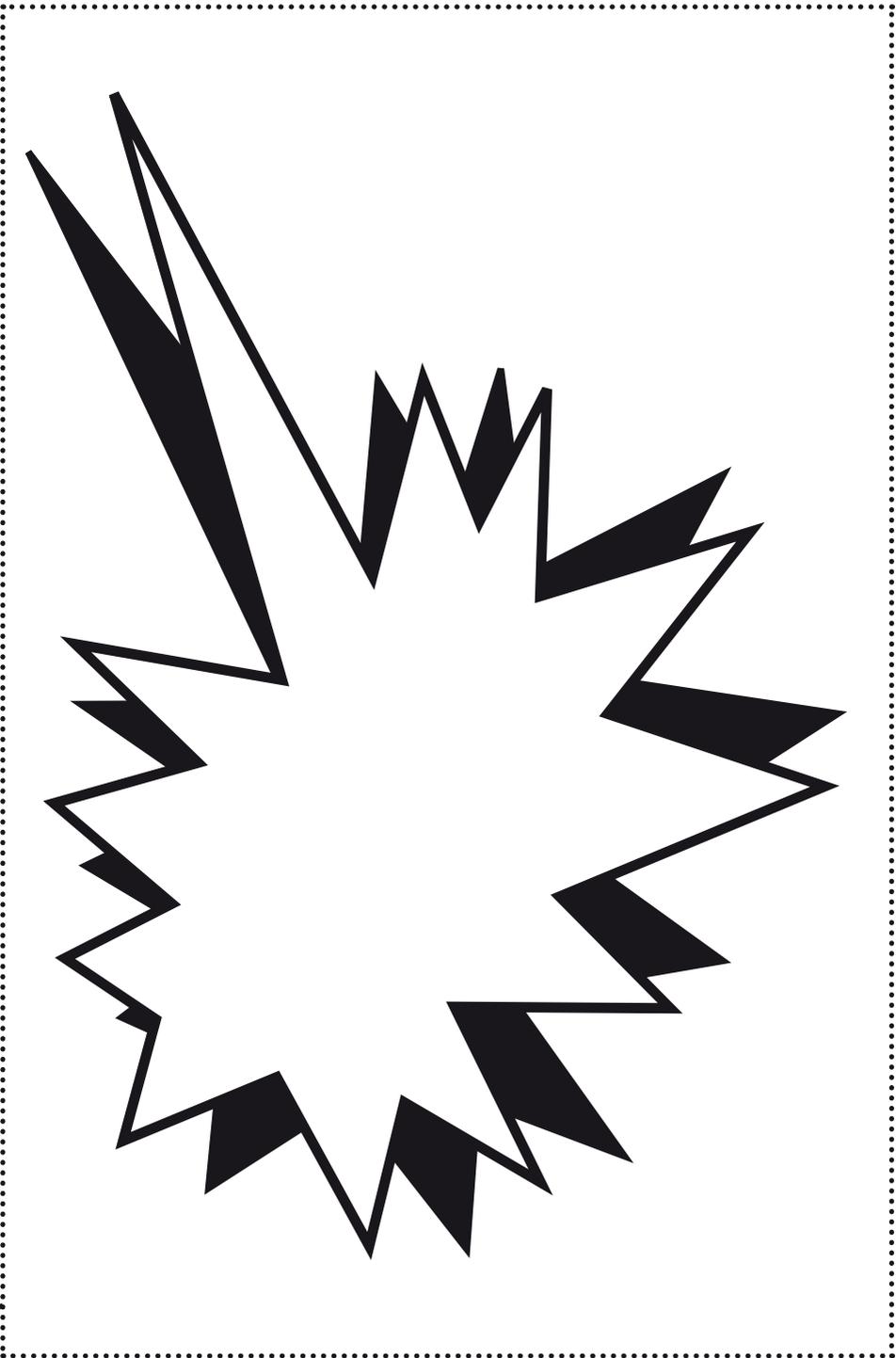
1. Es besteht eine Verpflichtung zur Teilnahme am Workfare-Konzept mit Auswirkungen auf die Rechte der Betroffenen: Eine Verweigerung zieht das Risiko der Verminderung oder Streichung von Sozialleistungen nach sich. Darin verdeutlicht sich zugleich die implizite Annahme des Konzepts, der Grund für Arbeitslosigkeit liege nicht primär in einem Fehlen an Arbeitsplätzen, sondern am Mangel an Motivation und Anstrengung bei den Betroffenen.
2. Der Schwerpunkt von Workfare liegt auf der Aufnahme von Arbeit und weniger auf Ausbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen oder sonstigen Formen der Aktivierung. Ob dabei als Ziel die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt oder der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit relevant ist, wird dabei zunächst offen gelassen.
3. Workfare ist entweder eine Bedingung zum Erhalt von Sozialleistungen, oder aber es stellt (z.B. durch eine Lohnzahlung) einen Ersatz für diese bereit. Voraussetzung zur Teilnahme ist wie bei Sozialleistungen eine individuelle Bedürftigkeit der Betroffenen.

> Quelle: <http://de.wikipedia.org/wiki/Workfare>

Wut-Hoffnung-Aktion (W-H-A) ist ein Schema, dass als ein Grundprinzip des gewerkschaftlichen Organizing bezeichnet werden kann. In diesem Dreischritt geht es darum, zuerst die „heißen“ Anliegen der Gesprächspartner_innen bzw. der Zielgruppe zu identifizieren: Welche Probleme brennen ihnen auf den Nageln und machen sie wütend? Gegen diese Probleme, so die These, werden die Leute eher aktiv als gegen Probleme, die sie nicht unmittelbar betreffen oder die als nicht so „heiß“ eingestuft werden.

Als zweiten Schritt geht es darum, die Wut in Hoffnung auf Veränderung zu kanalisieren. Das kann man versuchen in einen Gespräch zu vermitteln, vielleicht auch in einer Versammlung, die eine solche kollektive Stimmung erzeugt o.a.

Und drittens geht es in der Aktion darum, gemeinsam zu handeln und eine reale Veränderung zu erreichen. Generell sollten die Ziele der Aktion auch durch die Aktion selbst oder durch eine Kampagne erreichbar sein. Lieber mit einem kleinen erreichbaren Ziel anfangen und dann „größer“ werden. Das stärkt den Zusammenhalt der Aktiven und das Gefühl, dass etwas verändert werden kann (Hoffnung!).





Impressum

Danke an

die Gesprächspartner_innen vor dem Jobcenter Neukölln, die *Versammlung Gegen das Jobcenter Neukölln*, image-shift, die RandNotizen - Stadtteilzeitung aus dem Schillerkiez und den Stadtteil- und Infoladen LUNTE in Neukölln.

Gestaltung

www.image-shift.net

Fotos

Björn Kietzmann

Druck

www.oktoberdruck.de



Unsere Kontaktdaten

Initiative Zusammen! gegen das Jobcenter Neukölln

zusammen.dagegen@web.de

> <http://zusammendagegen.blogspot.de/>

> <http://www.facebook.com/Zusammen.gegen.das.Jobcenter.Neukoelln>

130

FeLS - Für eine linke Strömung

organisiert in der Interventionistischen Linken (IL)

c/o Schwarze Risse

Gneisenaustr. 2a

10961 Berlin

> <http://fels.nadir.org/>

Finanziert von



Herausgeberin und V.i.S.d.P.

S. Sommer

Gneisenaustr. 2a 10961 Berlin

**Macht mit,
macht's nach,
macht's besser!**